

Die Linke

Mannheim

Isabell Belser
Platz 5

David Frey
Platz 10

Jan Ohnemus
Platz 8

Dennis Ulas
Platz 1

Lennard Songo
Platz 6

Isabell Fuhrmann
Platz 3

Teresa Curcio
Platz 9

Tanja Hilton
Platz 7

Nalan Erol
Platz 2

Sven Metzmaier
Platz 4

Für Mannheims Zukunft:

Sozial-ökologisch, demokratisch!

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten

- 1 - Ulas, Dennis; Neckarstadt Ost
- 2 - Erol, Nalan; Sandhofen
- 3 - Fuhrmann, Isabell; Innenstadt/Jungbusch
- 4 - Metzmaier, Sven Rheinau
- 5 - Belser, Isabell; Innenstadt/Jungbusch
- 6 - Songo, Lennard; Neckarstadt-West
- 7 - Hilton, Tanja; Neckarau
- 8 - Ohnemus, Jan; Neckarstadt-Ost
- 9 - Curcio, Teresa; Neckarstadt-Ost
- 10 - Frey, David Innenstadt/Jungbusch
- 11 - Weber-Bordt, Katja; Feudenheim
- 12 - Ullrich, Andreas; Schwetzingenstadt/Oststadt
- 13 - Kübler-Kunz, Karin; Innenstadt/Jungbusch
- 14 - Ohlhauser, Lukas; Seckenheim
- 15 - Rigot, Maria; Käfertal
- 16 - Dr. Lambert, Klaus Dieter; Lindenhof
- 17 - Caroli-Buch, Barbara; Feudenheim
- 18 - Willhauk, Andreas; Seckenheim
- 19 - Schmidt, Rotraud; Käfertal
- 20 - Claaßen, Stefan; Neckarstadt-West
- 21 - Andreas, Marike; Neckarstadt-West
- 22 - Petrov, Mario; Neckarau
- 23 - Graf-Baier, Jutta; Rheinau
- 24 - Hauk, Andreas; Neckarstadt-Ost
- 25 - Pospesch, Christine; Neckarau
- 26 - Dr. Brodde, Alexander; Rheinau
- 27 - Fenoglio, Cinzia; Neckarstadt-Ost
- 28 - Kunz, Steven; Innenstadt/Jungbusch
- 29 - Lais, Sibylle; 1952; Neckarau
- 30 - van der Winkel, Rene; Käfertal
- 31 - Delfino, Graziella; Neckarau
- 32 - Roos, Helmut; Schwetzingenstadt/Oststadt
- 33 - Wack, Lisa; Neckarstadt-Ost
- 34 - Bordt, Stephan; Feudenheim
- 35 - Sauer-Gürth, Hedwig; Neckarau
- 36 - Uysal, Imre; Neckarstadt-West
- 37 - Ummenhofer, Uta; Lindenhof
- 38 - van Bebber, Jörg; Seckenheim
- 39 - Ruck, Andrea; Schwetzingenstadt/Oststadt
- 40 - Bewernitz, Torsten; Neckarstadt-West
- 41 - Santee, Lorena; Neckarau
- 42 - Riebel, Hermann; Neckarstadt-Ost
- 43 - Hohmann, Claudia; Innenstadt/Jungbusch
- 44 - Kalfa, Resul; Sandhofen
- 45 - Reim, Monika; Neckarau
- 46 - Trüper, Thomas; Neckarstadt-Ost
- 47 - Brinkschulte, Elli; Innenstadt/Jungbusch
- 48 - Dr. Elb, Norbert; Innenstadt/Jungbusch



Unser Kommunalwahlprogramm findest du auch auf unserer Internetseite unter www.dielinke-ma.de

Inhalt

Mannheim für Alle! Solidarisch, sozial-ökologisch, demokratisch!... 2

- 1. Wohnen ist ein Menschenrecht:
Guten und preiswerten Wohnraum sichern und neu schaffen.....4
- 2. Gute Kinderbetreuung und Bildung für alle!.....15
- 3. Mannheim klimaneutral bis 2030.....20
- 4. Mobil in Mannheim:
Für eine ökologische und soziale Mobilitätswende..... 31
- 5. Gute Gesundheitsversorgung und Pflege -
für Alle in allen Stadtteilen!.....39
- 6. Wirtschaft und Arbeit der Stadt Mannheim.....46
- 7. Solidarisches und gleichberechtigtes Zusammenleben
aller Menschen – Menschenrechte sind unteilbar..... 53
- 8. Für Demokratie und Vielfalt –
gegen Rechts und völkischen Nationalismus.....57
- 9. Ohne Frauen* ist kein Staat zu machen!.....61
- 10. Queer im Quadrat:
LGBTIQ Freedom Zone Wirklichkeit werden lassen!..... 63
- 11. Jugend ist Zukunft!.....67
- 12. Inklusion und selbstbestimmtes
Leben trotz Beeinträchtigungen.....70
- 13. Kultur für alle - alle Kultur sichern.....72
- 14. Sport und Vereinsleben.....76
- 15. 15-Minuten-Stadt: Attraktive Innenstadt und Stadtteilzentren.....78
- 16. Mit Sicherheit ein gutes Gefühl für alle Schwächeren.....81
- 17. Kommunale Friedensarbeit in der Friedensstadt Mannheim.....84
- 18. Ausreichende Finanzierung und
öffentliches Vermögen erhalten!..... 86

Mannheim für Alle! Solidarisch, sozial-ökologisch, demokratisch!

Liebe Mannheimerinnen und Mannheimer,

Mannheim ist die Stadt mit dem niedrigsten privaten Haushaltseinkommen im Landesdurchschnitt Baden-Württembergs. Kinderarmut und Langzeitarbeitslosigkeit sind in Mannheim viel höher als im Landesdurchschnitt. Viele Menschen müssen in mehreren Berufen arbeiten, um zu leben. (So der erste Armuts- und Reichtumsbericht für Baden-Württemberg.)

Die Stadt Mannheim hat die Aufgabe, die grundlegenden Lebensbedürfnisse aller Menschen zu sichern, die hier leben, und das zukunftssicher und für alle Lebensabschnitte: Wohnen, Gesundheit, Bildung, Mobilität und eine finanzielle Grundsicherung. Leben, Arbeit, Wirtschaft in einer naturnahen, gesunden Umwelt in der Stadt und in der Region.

Soziale Gerechtigkeit bedeutet für uns deshalb: der Zugang zu den öffentlichen Gütern und Dienstleistungen für diese Grundbedürfnisse – wie z.B. Energie- und Gesundheitsversorgung, Bildung und Ausbildung – muss allen gleichermaßen ausreichend zur Verfügung stehen. Das sind für uns Grundbedingungen eines guten Lebens und der sozialen Sicherheit in dieser Stadt.

Deshalb sagen wir: „Mannheim für Alle“ und niemanden zurücklassen!

Mannheim – eine Stadt der sozialen Gerechtigkeit!

Dazu aber braucht die Stadt mehr finanzielle Verstärkung von Bund und Land für die Aufgaben, die sie übernimmt. Im Gemeinderat und in der Verwaltung braucht Mannheim eine Politik,

- die solidarisch den Menschen, das Miteinander und die Zusammenarbeit zur Richtschnur ihrer Politik macht und nicht den Weg der marktbeherrschten Konkurrenz ebnet. Die solidarisch und internationalistisch für die Verteidigung der Menschenrechte in Mannheim und in der Welt eintritt.
- die sozial-ökologisch bei allen Projekten und Verwaltungsmaßnahmen der Stadt die soziale Verbesserung der Situation der Menschen, der Stadtteile, der Quartiere, die das am meisten brauchen, zum Ziel hat. Dazu gehört ebenso, dass alle diese Maßnahmen nur erfolgreich und nachhaltig sein können, wenn sie sozial gerecht sind. Von der Klimakrise sind die ökonomisch Schwächsten am meisten betroffen.
- und die demokratisch ist, die Selbstbestimmung, die Einflussnahme auf

die städtischen Angelegenheiten und die Teilhabe und Teilnahme für alle in allen Lebensbereichen fördert und unterstützt. Eine Politik, die sich gemeinsam mit allen, die hier leben, rechter, diskriminierender, rassistischer, antidemokratischer, nationalistischer Politik entgegenstellt und die Organisierung von Widerständigkeit und Widerstand gegen Rechts in der Gesellschaft und in den Staatseinrichtungen unterstützt.

Dafür hat sich DIE LINKE im Gemeinderat bereits in den letzten Jahren eingesetzt und soziale Veränderungen erreicht und mitbewirkt. Aber solidarische, sozial-ökologische, demokratische Politik im Gemeinderat wird jetzt und in Zukunft noch wichtiger als Antwort auf die Herausforderungen und Unsicherheiten für die Gesellschaft und die Stadtgesellschaft.

Wir wollen Mannheim zu einer sorgenden Stadt machen. Die sorgende Stadt hat eine gut ausgebaute soziale Infrastruktur, sie stellt die Bedürfnisse der Bewohner*innen ins Zentrum. Sie ist eine Stadt der kurzen Wege, sie ist barrierefrei und ermöglicht die Teilhabe aller. In Wohnortnähe brauchen wir mehr Kitas, Stadtteil-, Familien- und Gesundheitszentren, Pflegestützpunkte, Jugend- und Obdachlosentreffs etc. In Pflege und Gesundheit zeigt sich, dass private profitorientierte Betreiber die Versorgung nicht sicherstellen können. Wir wollen Pflege, Bildung und Gesundheit in der Hand sozialer und öffentlicher Träger, die demokratisch gemäß den Bedürfnissen der Nutzerinnen und Nutzer organisiert sind.

Dafür suchen wir Ihre/Eure Unterstützung, dafür brauchen wir Ihre/Eure Stimme.

1. Wohnen ist ein Menschenrecht: Guten und preiswerten Wohnraum sichern und neu schaffen

Gemeinwohlorientierte Wohnungs- und Bodenpolitik: Erwerb von Grund und Boden und Bestandsimmobilien als kommunalpolitische Strategie

Privateigentum an Grund und Boden ist die Grundlage für die sich verschärfende Situation auf dem Mietwohnungsmarkt und bei Wohnimmobilienpreisen. Boden ist eine endliche Ressource, die aus Sicht der Linken Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge sein muss. Bodenrecht muss sich am Gemeinwohl orientieren statt der Bodenspekulation zum Zwecke privater Profitmaximierung Vorschub zu leisten. DIE LINKE Mannheim tritt ein für eine gemeinwohlorientierte Wohnungs- und Bodenpolitik seitens der Stadt Mannheim. Denn das ist notwendig, damit bezahlbarer Wohnraum entsteht. Der Verkauf von städtischen Grundstücken darf nicht mehr dazu dienen, den kommunalen Haushalt aufzubessern. Die Stadt wird durch Grundstücksverkäufe in ihrer Gestaltungsmacht eingeschränkt.

Das **kommunale Vorkaufsrecht muss** gestärkt werden, damit die Stadt Mannheim dieses Mittel noch mehr für eine kommunale Bodenvorratspolitik und zur Preislimitierung einsetzen kann. Eine erleichterte

Anwendung des kommunalen Baugebots für unbebaute Grundstücke und leerstehende Brachen wäre notwendig. **Bodenwertsteigerungen**, die ohne Leistungen des Eigentümers zu Stande gekommen sind, müssten zur Refinanzierung einer aktiven kommunalen Bodenpolitik eingesetzt werden (Planwertausgleich).

Wir unterstützen die Initiative des bundesweiten „Bündnis Bodenwende“, die den Bundesgesetzgeber auffordert, entsprechende Schritte zu unternehmen. Stattdessen wird das Baugesetzbuch um § 246 erweitert, um für eine angebliche „Wohnungsbauoffensive“ den Wohnungsmarkt zu deregulieren und Investoren das Geschäft zu erleichtern. Also leider das Gegenteil einer gemeinwohlorientierten Boden- und Wohnungspolitik.

Auch wenn sich die Rahmenbedingungen nicht verbessert haben, fordern wir in Mannheim, dass die Stadt sich noch weitaus mehr in den Boden- und Wohnungsmarkt einmischt. DIE LINKE will daher so viel für den Wohnungsbau geeigneten Grund und Boden wie möglich dem Markt und der Spekulation entziehen: Also der Kauf von Grund und Boden und von Bestandsimmobilien, um diese weiter zu entwickeln. **Der Boden, v.a. für Wohnbau geeignete Grundstücke, sollte von der Stadt bzw. der stadteigenen MWSP erworben und möglichst in Erbpacht an die städtische Wohnungsbaugesellschaft GBG**

und gemeinwohlorientierte Träger wie Genossenschaften, Mietshäusersyndikat oder Wohngruppen weitergegeben werden. An letztgenannte müssen die Grundstücke zu einem vergünstigten Erbpachtzins abgegeben werden, um die Projekte durch hohe Zinsen nicht zu belasten oder zu gefährden. Neues Baurecht wird nur noch dann geschaffen, wenn die Stadt über mindestens 50 Prozent der Grundstücke besitzt.

Das sind keine linken Hirngespinnste, sondern sehr wohl reale Möglichkeiten. Das zeigt die Stadt Wien, die europaweit Vorbild für eine soziale und gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik steht. Auch Ulm kann in dieser Hinsicht als Vorbild dienen.

Damit sich hierbei die Rahmenbedingungen verbessern, muss der Bund hierfür die gesetzlichen Voraussetzungen schaffen. Leider hat die Ampelregierung nicht gehalten, was SPD und Grüne noch in ihren Wahlprogrammen versprochen haben, von den anderen Parteien CDU, FDP usw. ganz zu schweigen. Der Wohnungsgipfel 2023 hat zwar 15,7 Milliarden Euro für die Länder für sozialen Wohnungsbau beschlossen. Erforderlich wären jedoch 50 Milliarden Euro pro Jahr, um eine echte Trendwende im Wohnungsbau zu erreichen. Nur DIE LINKE tritt für eine umfassend soziale Wohnungspolitik ein.

Weitere wesentliche Elemente einer wohnungspolitischen Wende müssen von der Bundespolitik

geleistet werden: Mietrecht, Mietspiegel, Mietpreisbremse, Modernisierungskosten, Grundsteuer, Vorkaufsrecht sowie die Einführung der neuen Gemeinnützigkeit im Mietwohnungsbau. Seit Sommer 2020 gilt in Mannheim die Mietpreisbremse, doch diese allein reicht nicht aus, um zu einem Stopp bei den Mietpreissteigerungen zu führen.

DIE LINKE fordert:

- Die Bodenbevorratungspolitik der Stadt wird über die finanzielle und organisatorische Stärkung des Bodenfonds ermöglicht. Hierdurch wird der Kauf von wohnungsbaugeeigneten Grundstücken für gemeinwohlorientierten Wohnungsbau finanziert.
- Für Wohnungsbau geeignete Grundstücke werden durch die Stadt bzw. MWSP aufgekauft, um sie dem Markt und der Spekulation zu entziehen. Solche Grundstücke werden dauerhaft gemeinwohlorientierten Bauträgern preisreduziert angeboten. Die Pflicht zur Preisreduzierung wird über das Grundbuch dauerhaft abgesichert.
- Ein Informations-Netzwerk über anstehende Immobilientransaktionen wird aufgebaut, damit die Stadt möglichst als Erstbietende auftreten kann.
- Das kommunale Vorkaufsrecht wird gestärkt und dort, wo es bereits jetzt möglich ist, aktiv genutzt.

- Die Stadt setzt sich für die Umsetzung eines Planwertausgleichs ein.
- Neues Baurecht wird nur bei einer städtischen Grundstückseigentumsquote von mind. 50 Prozent geschaffen.

Neue Gemeinnützigkeit: Mehr sozialer Wohnungsbau, lange Bindefristen

Die hohen Mietpreise erfordern eine wohnungspolitische Wende mit einem drastisch ausgebauten und am Gemeinwohl orientierten Sektor als Alternative zum freien Wohnungsmarkt. Der soziale Wohnungsbau und die Wohnungsgemeinnützigkeit wurden in den 1990er Jahren von der Bundesregierung zum Stillstand gebracht bzw. ganz abgeschafft. Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften und die Kommunen wurden von Bund und Land im Stich gelassen. Werkwohnungen und Wohnungsbaugesellschaften in öffentlicher Hand wurden privatisiert. Dadurch sind sie zum Spekulationsobjekt von Vonovia, Deutsche Wohnen und anderen ausschließlich profitorientierten Konzernen geworden.

Seit Abschaffung der Gemeinnützigkeit im Wohnungsbau 1990 sind kaum noch neue Sozialwohnungen entstanden. Jedes Jahr fallen mehr ehemalige Sozialwohnungen aus der Mietpreisbindung, als neue gebaut werden. In den letzten Jahren zeichnet sich

in Mannheim zwar ein Anstieg des Sozialwohnungsbestands aus. Dennoch liegt die Zahl der verfügbaren Wohnungen weit unter den tatsächlich benötigten. Vor allem durch die hohen Einkommensgrenzen, wodurch ein großer Teil der Bevölkerung Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein hat, ist die Zahl der Sozialwohnungen viel zu gering.

DIE LINKE fordert:

Sozialwohnungen und andere preisgebundene Wohnungen – egal ob über öffentliche Mittel oder frei finanziert – müssen eine möglichst lange Bindefrist haben. Am besten

- für immer, mindestens jedoch 40 Jahre.
- Eine neue Gemeinnützigkeit im Wohnungsbau, um neue und bezahlbare Wohnungen für breite Bevölkerungsschichten zu ermöglichen.

GBG: Bestandserhalt in kommunaler Hand für mehr preiswerten Wohnraum

Die GBG mit ihren derzeit knapp 20.000 Wohnungen muss im vollständigen Eigentum der Stadt Mannheim verbleiben. Die Privatisierung von Teilen der GBG oder den Verkauf von Teilen des Immobilienbestands lehnen wir ab. Ihren Wohnungsbestand muss sie nachhaltig in gutem Zustand halten. Primäre Aufgabe der GBG ist es, preiswerten Wohnraum zu sichern und den Bestand auszubauen. Preisgünstige

Wohnungen dürfen nicht abgerissen und durch Wohnungen im gehobenen Preissegment ersetzt werden. Neue „Sozialwohnungen“ mit längstmöglicher, am besten dauerhafter Mietpreisbindung sind durch GBG und andere Träger unter Einbeziehung der Landeswohnraumförderung zu errichten. Eine Kapitalaufstockung der GBG durch ihre Gesellschafterin Stadt Mannheim ist mittelfristig unvermeidlich, wenn die GBG weiterhin ihrer Rolle gerecht werden und einen größeren Einfluss auf den Wohnungsmarkt zugunsten der Mieter*innen nehmen soll.

Die neue Online-Vermietungsplattform Immomio stößt bei vielen (potentiellen) GBG-Mieter*innen auf Kritik. Die Vorgänge in der Plattform sind für Wohnungssuchende intransparent und die direkte Kommunikation mit der GBG wird erschwert. Besonders betroffen sind Personen mit geringem Einkommen, Wohnberechtigungsschein oder Empfänger*innen von Transferleistungen sowie Wohngeld. Viele befürchten, dass sie bei Immomio durchs Raster fallen, was vorher bei direktem Kontakt zur GBG nicht der Fall war. Die GBG soll daher prüfen, wie sie wieder selbst und ohne Vermittlungsplattform Wohnungen anbieten kann, sowohl auf digitalem als auch analogem (persönliche Vorsprache im Büro) Weg.

Um die Zufriedenheit und die Identifikation der Mieter*innen mit der GBG zu verbessern, ist

Mitbestimmung wichtig. Daher soll die GBG einen Mieter*innen-Beirat gründen.

DIE LINKE fordert:

- Die GBG verbleibt mit all ihren Wohnungen vollständig in kommunaler Hand.
- Preisgünstige Wohnungen werden durch die GBG erhalten und neu gebaut, auch unter Inanspruchnahme von Landes- und Bundesförderung. Insbesondere der Bau von barrierearmen und barrierefreien Wohnungen wird ausgeweitet.
- Zur Stabilisierung des Mietwohnungsmarktes wird die GBG weiterhin in geeignete Bestandsimmobilien investieren, um sie vor Luxussanierung zu schützen und Mietervertreibung zu verhindern.
- Die Geschäftspolitik der GBG und ihrer Tochterfirmen erfolgt für die Bevölkerung transparent. Die Konzernneustruktur ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung, doch eine vollständige Transparenz ist noch nicht erreicht.
- Die Vermietung der GBG-Wohnungen erfolgt wieder direkt über die GBG und nicht mehr über die zwischengeschaltete Plattform Immomio.
- Die GBG richtet einen Mieter*innen-Beirat ein, um Mieter*innen und ihre Interessen besser einzubinden und zu berücksichtigen.

Gemeinwohlorientierte Wohnungsbauträger fördern

Genossenschaften und andere der Gemeinnützigkeit verpflichtete Bauträger müssen besonders bei Neugründungen unterstützt werden. Insbesondere gemeinschaftlichen Wohnprojekten, z.B. im Mietshäusersyndikat, soll die Stadt durch eine Anschubfinanzierung für Architekt*innen und weitere Planungskosten helfen, um Planungssicherheit herzustellen. Hierzu muss ein revolvingierender Fonds eingerichtet werden: Dieser füllt sich aus den Erlösen der daraus geförderten Projekte wieder auf. Es müssen jedoch klare Kriterien festgelegt werden, wann ein Wohnprojekt gemeinwohlorientiert ist, damit dieses einen Anspruch auf kommunale Förderung erhält. DIE LINKE begrüßt zwar, dass Wohnprojekte in der Reihenfolge bei der Vergabe städtischer Grundstücke bereits an erster Stelle kommen. Allerdings ist es unter den aktuellen Bedingungen für die potentiellen Interessenten nicht möglich, innerhalb der gegebenen kurzen Fristen der Stadt eine feste Zusage zu erteilen.

Da gemeinwohlorientierte Wohnprojekte auch für Menschen mit geringem Einkommen eine ernsthafte Option darstellen sollen, werden diese nicht mehr von der Anwendung der Sozialquote ausgenommen, sofern sie mindestens zehn Wohneinheiten errichten.

DIE LINKE fordert:

- Festlegung von Kriterien für gemeinwohlorientierte Wohnprojekte
- Städtische Baugrundstücke werden nur gemeinwohlorientierten Bauträgern zur Verfügung gestellt.
- Gemeinwohlorientierte Wohnprojekte werden in der Anfangsphase finanziell und organisatorisch unterstützt.
- Als Startkapital wird neuen Wohngruppenprojekten und neuen Genossenschaften ein Darlehen aus einem revolvingierenden Fonds gewährt.
- Gemeinwohlorientierte Wohnprojekte werden von der Sozialquote nicht prinzipiell ausgenommen.

Sozialquote verteidigen und ausweiten!

2017 wurde das 12-Punkte-Programm für bezahlbares Wohnen vom Mannheimer Gemeinderat beschlossen, dessen wesentlicher Bestandteil die Sozialquote ist. Diese sieht vor, dass 30 % aller Wohnungen im Geschosswohnungsbau bei Neubauten im Bereich von neuem und neu geschaffenem Baurecht oder auf Flächen in städtischem Eigentum durch Städtebauliche Verträge bzw. durch Projektausschreibungen zu einem Preis von max. 30 % unterhalb der durchschnittlichen Angebotsmiete vermietet werden müssen. Es ist ein wichtiges Instrument, um von kommunaler Seite in den Wohnungsmarkt zugunsten von

mehr preisgünstigen Wohnungen einzugreifen. 2023 wurde mit der wohnungspolitischen Strategie eine Erhöhung der Sozialquote auf 40 % bei städtischen Konzeptvergaben beschlossen. DIE LINKE konnte für ihre Forderung nach einer generellen 50-%-Sozialquote keine Mehrheit im Gemeinderat finden.

Angesichts der aktuellen Krise im Wohnungsbau ist die Sozialquote bedroht. So fordern beim Projekt der Neubebauung des Collini-Areals alle Parteien des bürgerlichen Lagers die Abschaffung der Sozialquote. Daher kann im neuen Gemeinderat nur mit einer möglichst starken LINKEN die Sozialquote erhalten und ausgeweitet werden!

DIE LINKE fordert:

- Die wohnungspolitische Strategie für bezahlbares Wohnen muss weiter ausgebaut werden.
- Die Sozialquote von derzeit 30 % (40 % bei Konzeptvergaben) muss verteidigt und auf generell 50 % erhöht werden.
- Die Bindungsfrist muss möglichst dauerhaft gelten, jedoch mindestens 40 Jahre.
- Die Sozialquote muss konsequent angewendet und kontrolliert werden. Auch die GBG und MWSP müssen die Sozialquote anwenden bzw. vorgeben.
- Die Stadtverwaltung richtet personelle Kapazitäten ein, um die Umsetzung und Einhaltung der Sozialquote zu kontrollieren.

Housing First!

In Mannheim leben derzeit geschätzt rund 200 Menschen ohne eigene Wohnung. Die Dunkelziffer dürfte noch deutlich höher liegen, beispielsweise, wenn wohnungslose Personen bei Bekannten unterkommen. Damit Obdachlose und andere wohnungslose Menschen eine eigene Wohnung erhalten, müssen sie jedoch erst einige Voraussetzungen erfüllen und ihre „Wohnfähigkeit“ mittels Zwischenunterkünften oder anderer befristeter Mietverhältnisse beweisen. Der Übergang in ein reguläres Mietverhältnis scheitert aber oftmals an einer nicht vorhandenen eigenen Wohnung, sodass eine erneute Wohnungslosigkeit droht. Diese regulären Verfahren sind also nicht zielführend für von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen. Über die Stadtverwaltung kann ein Teil der Personen in GBG-Wohnungen untergebracht werden. Dennoch ist der Bedarf größer als das, was bisher vermittelt werden konnte.

In immer mehr deutschen Städten wird daher das Modell „Housing First“ bereits erfolgreich praktiziert. Dabei sollen wohnungslosen Menschen kostenfrei, aber unter bestimmten Bedingungen, Wohnungen zur Verfügung gestellt werden. Dies geht einher mit einer sozialen Betreuung, um ihnen eine Wiedereingliederung zu ermöglichen. Durch die Unterbringung in einer „eigenen“ Wohnung kann es erfolgreich

gelingen, dass diese Menschen Verantwortung für ihre Unterkunft übernehmen und schneller und nachhaltig eigenständig auf dem Wohnungsmarkt agieren können.

DIE LINKE fordert:

Die Stadt Mannheim setzt dem Wohnungselend von Wohnungs- und Obdachlosen sowie der von Schufa-Einträgen betroffenen Menschen ein Ende, indem sie für diese Menschen – nicht nur über ortspolizeiliche Zuweisung – menschenwürdige Wohnungen in unterschiedlichen Stadtteilen zur Verfügung stellt und deren Finanzierung absichert. Daher muss Mannheim ein Housing-First-Programm aufsetzen. Nur so ist es diesen Menschen möglich, wieder ein geregelteres Leben aufzubauen.

Gentrifizierung bekämpfen: Keine Verdrängung von langjährigen Bewohner*innen

In den vergangenen Jahren sind besonders im Jungbusch und der Neckarstadt Häuser von Privat- und Großinvestoren aufgekauft worden. Viele Häuser wurden und werden systematisch entmietet, die Wohnungen (Luxus-)saniert und teilweise in Eigentumswohnungen umgewandelt, zumindest aber zu deutlich höheren Mieten neuvermietet. In der Neckarstadt-West kann die wohnungspolitische Vereinbarung als freiwillige Selbstverpflichtung der Investoren, die eine Verdrängung von Mieter*innen vermeiden wollten, als intransparent und zahnloser Tiger angesehen werden. Die Verdrängung der alteingesessenen Mieter*innen durch drastische

Mieterhöhungen bedeutet für die Betroffenen nicht nur den Verlust ihres sozialen Umfeldes und die Verdrängung an den Stadtrand. Sozial durchmischte Stadtteile wie die Neckarstadt-Ost werden dadurch entmischt und zu einem Gebiet für Besserverdienende. Umgekehrt besteht bisher in wohlhabenden Stadtteilen keine Möglichkeit für Einkommensschwache, dort eine Wohnung zu erhalten. Auch dies führt zu einer Selektion der Stadtgesellschaft in Arm und Reich. DIE LINKE fordert daher die Eindämmung der Gentrifizierung etwa durch die Schaffung von Sanierungsgebieten, Nutzung des Vorkaufsrechts durch die Stadt, Ausweisung von Sozialwohnungen auch in Bestandshäusern oder Milieuschutzsätzen, wie sie im Sommer 2023 für den Jungbusch gegen den Widerstand von CDU, FDP, ML und AfD beschlossen worden ist. Eine Untersuchung zur Aufstellung weiterer Milieuschutzgebiete in Mannheim, z.B. in Neckarstadt-West, wird durchgeführt. In derzeit gehobenen Stadtteilen wie beispielsweise Lindenhof, Oststadt, Feudenheim oder Neuostheim muss ebenfalls preisgünstiger Wohnraum geschaffen werden, um für eine soziale Durchmischung zu sorgen.

Damit Mieter*innen die Möglichkeit haben, von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch zu machen und ihr Mietshaus selbst aufzukaufen, richtet die Stadt einen Fonds ein. Hierüber erhalten die Mieter*innen finanzielle Unterstützung, denn im Falle eines Verkaufs ist schnelles

Handeln erforderlich. Wie im Beispiel Stamitzstraße 7 soll die Stadt in solchen Fällen das Grundstück aufkaufen und den organisierten Mieter*innen dieses in verbilligter Erbpacht zur Verfügung stellen. Dies ist ein weiterer Baustein, um Gentrifizierung und Verdrängung zu verhindern sowie Mieten preisgünstig zu halten.

DIE LINKE fordert:

- Die Verdrängung von Mieter*innen durch die Möglichkeit von Luxussanierungen oder unverhältnismäßigen Mietpreissteigerungen wird gestoppt.

- Stadt bzw. GBG kaufen auch Bestandsimmobilien auf, um diese dem freien Markt zu entziehen.

- Preisgünstige Wohnungen werden auch in bevorzugten Stadtteilen geschaffen.

- Milieuschutzsätzen in weiteren Stadtteilen (z.B. Neckarstadt-West und -Ost)

- Die Zweckentfremdung von Wohnraum wird konsequent kontrolliert und geahndet.

- Ein Fonds wird eingerichtet, damit Mieter*innen ihr vom Verkauf bedrohtes Haus erwerben können. Die Stadt erwirbt dabei das Grundstück und vergibt es in Erbpacht.

Zweckentfremdung und Leerstand von Wohnraum stoppen

Im Herbst 2021 hat der Gemeinderat die Zweckentfremdungssatzung von Wohnraum beschlossen.

Diese sieht vor, dass alle neu erfolgten Zweckentfremdungen nach dem Stichtag 15. Oktober 2021 anzuzeigen und nur nach Genehmigung durch die Stadt zulässig sind. Dazu zählt die Nutzung als Ferienwohnung o.Ä. (Airb'n'b) für mehr als 10 Wochen pro Jahr, die Nutzung für gewerbliche Zwecke (z.B. als Büro) oder der Leerstand von mehr als sechs Monaten, sofern die Wohnung prinzipiell vermietbar ist. Auch wenn die Satzung offensichtlich einige Ausnahmen zulässt, ist sie dennoch ein wichtiges Instrument, um Kontrolle über anderweitige Nutzungen zu erlangen und Wohnungen wieder als solche zu vermieten. Die Dringlichkeit wird bereits dadurch deutlich, dass laut aktuellem Wohnungsmarktmonitoring 2023 die marktaktive Leerstandsquote in Mannheim mit 1,3 % höher ist als in benachbarten Städten und anderen Großstädten in Baden-Württemberg. Allerdings braucht es hier eine Aufklärung der Bevölkerung über Meldemöglichkeiten einer Zweckentfremdung sowie eine konsequente Kontrolle und Ahndung durch die Stadt.

DIE LINKE fordert:

- Die Zweckentfremdung von Wohnraum wird konsequent kontrolliert und geahndet. Die Möglichkeit, Zweckentfremdungen als Bürger*in zu melden, wird offensiv seitens der Stadt kommuniziert.

- Die Genehmigung neuer Anträge zur Fremdenbeherbergung wird

untersagt.

- Die Stadt sucht den Kontakt zu Wohnungseigentümer*innen, um Leerstand zu beseitigen. Hierfür wird ein Leerstandskataster erstellt.

Qualitativ gute und günstige Wohnungen sind möglich

Günstiges Wohnen ist auch in qualitativ guten, barrierefreien und ökologischen Häusern und Wohnungen möglich. Hierfür muss die Stadt die aktuellen Bautechnikentwicklungen beobachten und diese in ihren Ausschreibungen – auch ihrer Tochtergesellschaft GBG – berücksichtigen. Auch unter stadtklimatischen Aspekten müssen Fassaden-, Dach- und Innenhofbegrünungen stärker gefördert, ordnungsrechtlich vorgeschrieben und umgesetzt werden. Alle Bevölkerungsschichten sollen sich durch reduzierte Baukosten und dadurch reduzierte Mieten eine gute Wohnung leisten können.

DIE LINKE fordert:

- Förderprogramme im Wohnungsbau werden voll ausgeschöpft.
- Preisgünstige Neubauten werden auch mit Fassaden- und Dachbegrünung geschaffen.

Einführung eines „Bürgerbüros Wohnen“

Die Stadt Mannheim soll ein Bürgerbüro Wohnen einrichten, um den Bürger*innen eine Anlauf- und Beratungsstelle bei Problemen auf dem Wohnungsmarkt und

bei der Suche nach geeigneten Wohnungen zu bieten, aber auch um Kleinstgenossenschaften oder gemeinschaftliche Wohnprojekte bei ihren Vorhaben zu beraten und zu unterstützen. Dieses Büro soll folgende Aufgaben umfassen:

- Vermittlung von Sozialwohnungen (Wohnberechtigungsschein): Die GBG ist zwar die größte, aber nicht die einzige Gesellschaft in Mannheim mit Sozialwohnungen. Das Bürgerbüro soll eine Übersicht über freie und preisgünstige Wohnungen haben und entsprechende Bedarfe vermitteln. Angebot und Nachfrage sollen regelmäßig evaluiert werden.
- Vermittlung von barrierefreien Wohnungen: Nicht nur Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen, sondern auch die zunehmend älter werdende Gesellschaft sind auf barrierearme und -freie Wohnungen angewiesen. Das Bürgerbüro soll über eine vollständige Übersicht über derartige Wohnungen verfügen und sie den Menschen vermitteln, die darauf angewiesen sind.
- Wohnungstauschbörse: Viele Menschen wohnen gerade im Alter in zu großen Wohnungen oder Häusern. Junge Familien hingegen finden kaum eine passende Wohnung. Die Tauschbörse soll beide Seiten zusammenbringen und helfen, vorhandenen Wohnraum besser zu vermitteln und effizienter zu nutzen. Ältere Menschen sollen eine Umzugsprämie oder einen Zuschuss für eine eventuell höhere Miete erhalten. Der Seniorenbeirat der Stadt sollte eingebunden

werden, da er als Multiplikator dienen kann.

- Bekämpfung von Mietwucher: Viele Mieter*innen sind sich ihrer Rechte nicht bewusst und Willkür von Vermieter*innen ausgesetzt, die überhöhte Mietpreise oder -erhöhungen verlangen. Das Bürgerbüro soll prüfen, ob der Mietspiegel eingehalten wird oder ob bauliche Mängel vorliegen, die die verlangte Miete nicht rechtfertigen.
- Gründungsförderung: Gemeinschaftliche Wohnprojekte und Kleinstgenossenschaften sollen bei ihrer Gründung beraten und entsprechend unterstützt werden.

Urbanität durch Nachverdichtung statt flächenintensive Einfamilienhaussiedlungen

Jede neue Siedlungsfläche muss mit Infrastruktur (Verkehrswege, Ver- und Entsorgungsleitungen) ausgestattet werden. Das bedeutet hohe Investitions- und dauerhafte Betriebskosten. Aus Gründen des Klimaschutzes und des angestrebten Netto-Null-Neuflächenverbrauchs sollten ohnehin keine neuen Siedlungsflächen auf grüner Wiese mehr erschlossen werden. Aus diesen Gründen zieht DIE LINKE die Nachverdichtung in bereits bebauten Gebieten der Ausweisung neuer Siedlungsflächen vor. Nachverdichtung umfasst unter anderem das Schließen von Baulücken, Umnutzung von zentralen Brachflächen oder die Aufstockung bestehender Gebäude, wo dies nicht zu spürbar negativen Auswirkungen auf das Stadtklima

führt. Für die Aufstockung und den Ausbau von Dachgeschossen hat die Stadt Mannheim seit Kurzem eine Beratungsstelle eingerichtet. Vorhandene Flächen müssen durch Bau von Geschosswohnungen sinnvoll ausgenutzt werden. Im Vergleich zu Einfamilienhaussiedlungen werden dadurch Flächen und vorhandene Infrastruktur besser ausgelastet, was zu niedrigeren Kosten für alle führt. Nahversorgungsangebote können sich durch eine höhere Bevölkerungsdichte im Umkreis eher halten. Durch die kürzeren Wege sinkt die Verkehrsbelastung. Der Bau von flächenintensiven Einfamilienhaussiedlungen ist unter ökologischen und ökonomischen Aspekten nicht sinnvoll und kann die vorhandene Wohnungsnot in Mannheim nicht lindern. Bauen in die Höhe ist deutlich weniger klimaschädlich als in die Fläche.

DIE LINKE fordert:

- In den Stadtteilen erfolgt eine maßvolle Nachverdichtung. Zur Ermittlung wird u.a. das Baulückenkataster genutzt. Die Stadt sucht mit den Grundstückseigentümer*innen das Gespräch.
- Ausreichend neuer Wohnraum wird in Geschossbauweise geschaffen. Der Neubau von Einfamilien-, Reihenhäusern und ähnlich flächenintensiver Bebauung wird nicht mehr vorgesehen.
- Bestehende Einfamilien- und Reihenhäuser werden mit Hilfe einer Wohnungstauschbörse bedarfsgerecht vermittelt.

Sanierung und Umbau vor Abriss und Neubau

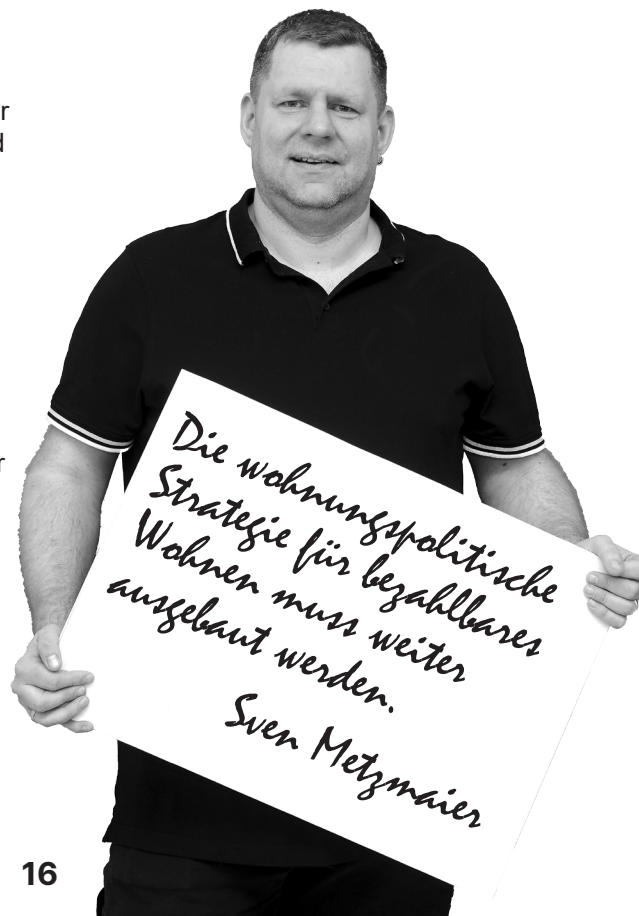
In den vergangenen Jahren hat die ökologische Debatte um das Bauen deutlich an Bedeutung gewonnen. Besonders brisant war die Diskussion in Mannheim am Beispiel der zwei alten Kasernengebäude auf dem Spinellgelände, die zugunsten von zwei Neubauten an nahezu gleicher Stelle und mit gleicher Grundfläche abgerissen werden sollen. Ein weiteres Beispiel sind der Büroturm und die Ladenzeile des Collini-Centers, an dessen Stelle drei neue Wohntürme entstehen sollen. Die Expert*innen aus der Architektur sowie Wissenschaftler*innen können glaubhaft darstellen, dass Sanierung in vielen Fällen eine ökologischere Variante zu Abriss und Neubau ist. Denn der Bausektor verschlingt enorme Ressourcen und hat einen wesentlichen Einfluss auf das globale Klima: Er verbraucht 50 % aller Rohstoffe und ist für 50 % der globalen CO₂-Emissionen verantwortlich. Aus Sicht der LINKEN muss daher bei jedem Bauprojekt geprüft werden, ob eine Sanierung aus ökologischer Sicht sinnvoller ist als Abriss und Neubau. Die Verwendung recycelter oder gebrauchter Bauteile und

Die Linke
Mannheim

Innenausstattung (zirkuläres Bauen) kann die Kosten senken.

DIE LINKE fordert:

- Die Stadt führt eine Fachveranstaltung durch, um Vor- und Nachteile von Sanierung und Abriss/Neubau zu diskutieren. Ergänzt wird dies mit einem unabhängigen Gutachten. Dies soll Einfluss finden auf die Baustrategie der Stadt und ihrer Töchter.
- Bei jedem Bauprojekt erfolgt eine ökologische Überprüfung und Abwägung zwischen Sanierung und Abriss.



2. Gute Kinderbetreuung und Bildung für Alle!

Bildung und Ausbildung für Alle!

Bildung ist ein Menschenrecht. Alle haben Anspruch auf Bildung, unabhängig von ihrer sozialen, ethnischen und religiösen Herkunft, unabhängig auch von Einschränkungen wie Lernschwäche oder einer sogenannten Behinderung. Der Bedarf an Bildung besteht in unserer sich ständig wandelnden Arbeitswelt ein Leben lang. Unser Vorbild ist eine gute Schule für alle: Für Starke und Schwächere, für Kinder mit und ohne Behinderungen – also eine Schule, die nicht ausgrenzt und selektiert, sondern inklusiv arbeitet. Daher halten wir auch am Neubau der Stadtbibliothek in N2 fest. Ein moderner Bibliotheksneubau sorgt für eine bessere Wahrnehmung und für ein zukunftsfähiges Bildungsangebot für alle. Es darf keinen weiteren Verzug beim Neubau geben.

Für bedarfsgerechte, gebührenfreie Krippen und Kindergartenplätze

Damit Eltern ihre Berufstätigkeit planen können, brauchen sie eine rechtzeitige Zusage (mindestens sechs Monate vorher) für einen Betreuungsplatz, der zu ihren Arbeitszeiten passt. Das Bangen darum, ob man einen Platz bekommt, muss ein Ende haben! Eltern brauchen einen wohnortnahen Platz für ihr Kind, Stichwort: „Kurze Beine – kurze Wege“. Einrichtungen

in anderen Stadtteilen zwingen u.U. zu langen, zeitraubenden und umweltschädlichen Autofahrten. Eltern benötigen primär eine Ganztagsbetreuung für ihr Kind, da inzwischen meist beide Elternteile berufstätig sein wollen oder müssen. In den letzten Jahren wurden zahlreiche Kitas von den Kirchen geschlossen, an vielen Kitas wurde der Betrieb wegen Personalmangel zeitweise eingestellt. Gleichzeitig steigen die Gebühren für die Kinderbetreuung. In Mannheim sind die Kitagebühren für zweijährige Kinder die zweithöchsten in Baden-Württemberg, bei 3- bis 5-jährigen Kindern sind die Gebühren noch immer höher als bspw. in Freiburg und Stuttgart. Die Einrichtungen kirchlicher oder freier Träger sind oftmals noch teurer als städtische Kitas. Kitaplatz-Mangel, Unzuverlässigkeit und hohe Gebühren belasten Eltern enorm. Die Stadt muss daher mit Hochdruck mehr Erzieher*innen gewinnen, mehr Kitas selbst betreiben und die Gebühren perspektivisch abschaffen.

Durch das Subsidiaritätsprinzip muss die Stadt anderen Trägern Vorrang gewähren und diese unterstützen, bevor die Stadt selbst Trägerin einer Kita wird. Angesichts des unzuverlässigen Betriebs v.a. kirchlicher Träger und der hohen Kita-Gebühren einiger freier Träger, die sich ein Großteil der Eltern gar nicht leisten können, erscheint der Vorteil dieses Subsidiaritätsprinzips fragwürdig. DIE LINKE möchte daher die finanziellen Zuschüsse der Stadt an Investoren und freie Träger

an die Gemeinwohlorientierung und Gebührenhöhe knüpfen: Gemeinwohlorientierte Investoren und Träger sollen einen höheren Zuschuss erhalten als profitorientierte. Träger, die niedrige Gebühren verlangen, sollen ebenfalls einen höheren Zuschuss erhalten als Träger mit hohen Gebühren.

DIE LINKE fordert:

- Der Bedarf an Krippen- und Kitaplätzen wird vollständig gedeckt
- Wohnortnahe, fußläufig erreichbare Versorgung mit Krippen und Kitas
- Die Stadt erarbeitet ein Anreizsystem, um weitere Erzieher*innen oder Quereinsteiger*innen (PiA-Ausbildung) zu gewinnen. Dazu gehören der erleichterte Einstieg in Ausbildung, angemessene Vergütung oder Bonuszahlungen und Dienstwohnungen durch die GBG.
- Gebührenfreie Ganztagsbetreuung in Krippen und Kitas. Die Stadt Mannheim muss sich dafür einsetzen, dass diese Kosten, wie in anderen Bundesländern auch, vom Land und nicht von der Kommune übernommen werden. Als Übergangslösung soll die Stadt ein einkommensgestaffeltes Gebührensystem einführen, bei dem Eltern mit niedrigen Einkommen auch geringere Gebühren zahlen müssen als Eltern mit hohem Einkommen.
- Vorrang für gemeinwohlorientierte Investoren und Träger!

Profitorientierte Investoren und Träger, die überdurchschnittlich hohe Gebühren verlangen, sollen nicht mehr mit städtischen Mitteln gefördert werden.

- Wir erwarten von freien Trägern, dass diese sich MeKi (Meldesystem Kinderbetreuung) anschließen.
- Präventionsarbeit in der Kita gegen Rassismus und Mobbing

Ganztagsbetreuung auch in der Grundschule sichern!

Die Angebote der Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern sind für Eltern kaum zu durchschauen. Es gibt in Mannheim viele unterschiedliche Träger mit unterschiedlichen Betreuungszeiten. Qualität, Kosten und Räumlichkeiten sind ebenfalls sehr unterschiedlich. Die angebotenen Plätze entsprechen oft nicht dem tatsächlichen Bedarf der Familien. Es gibt nur ein sehr geringes Angebot an Ganztagsgrundschulen. Der überwiegende Teil sind Betreuungsangebote der Stadt oder von freien Trägern außerhalb der Unterrichtszeiten.

Auch der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen, der ab 2026 schrittweise eingeführt wird, sichert nicht die Qualität der Angebote.

Durch einen gesetzgeberischen Trick der Landesregierung, nämlich die Aufnahme der vorhandenen Angebote in das Schulgesetz von Baden-Württemberg, erfüllen nun diese Angebote formal die

im Ganztagsförderungsgesetz des Bundes festgeschriebenen Voraussetzungen. Es gibt keine Festlegung von Qualitätsstandards (z.B. Gruppengröße, Freifläche, Personalausstattung). Damit verzichtet Baden-Württemberg darauf, die Chancengerechtigkeit der Kinder herzustellen. Es findet z.B. bei der gegebenen Personalausstattung in der Regel keine Hausaufgabenbetreuung statt. Kein Wunder, dass die Ergebnisse der Bildungsuntersuchungen für Baden-Württemberg immer schlechter werden.

DIE LINKE fordert:

- Eine flächendeckende Versorgung mit Ganztagsgrundschulen in allen Mannheimer Stadtteilen
- Die Entwicklung eines Qualitätsrahmens seitens der Stadtverwaltung für die derzeit vorhandenen Angebote der Ganztagsbetreuung durch die Stadt oder die freien Träger, um Chancengerechtigkeit herzustellen
- Qualifiziertes Personal wird mit tariflicher Entlohnung eingestellt
- Die Ganztagsbetreuung an den Grundschulen muss kostenlos sein
- In Kitas und Schulen wird gesundes Essen mit mind. einer vegetarischen Option angeboten. Die Lebensmittel sollten mind. 50 % Bio-zertifiziert sein und vorzugsweise von lokalem oder regionalem Anbau stammen.
- Der Elternzuschuss zur Mittagsverpflegung in Schulen muss wegfallen: Kostenfreies Mittagessen

an Schulen!

Integration und Inklusion fördern, Schulsozialarbeit ausbauen!

Eine Schule für alle muss nicht nur barrierefrei sein, sondern auch über die entsprechenden Betreuungsmöglichkeiten verfügen. Die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund sowie von Geflüchteten muss aktiv betrieben werden. Bei Problemen mit der deutschen Sprache müssen diese Kinder zusätzlich betreut werden. Ziel muss es sein, diese Kinder und Jugendlichen schnellstmöglich in regulären Klassen und regulärem Unterricht unterzubringen. An jeder Schule, unabhängig von ihrem Typ, muss Schulsozialarbeit angeboten werden. Die Finanzierung muss durch das Land erfolgen, da Schulsozialarbeit Voraussetzung für einen geregelten Unterricht ist.

DIE LINKE fordert:

- Eine Schule für alle: Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigungen in den regulären Schulalltag als Regelfall. Dazu müssen das Zwei-Pädagogen-Prinzip eingeführt und die Schulklassen verkleinert werden.
- Flächendeckender Ausbau der Schulsozialarbeit an jeder Schule
- Intensive Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Sprachproblemen und schnellstmögliche Integration in reguläre Klassen
- Mehr Bildungsgerechtigkeit durch Stärkung von Zusatzangeboten wie MAUS (Mannheimer

Unterstützungssystem Schule), „Lernen mit Rückenwind“ etc.

- Maßnahmen gegen Mobbing und Rassismus an Schulen

Weiterführende Schulen - für eine „2. IGMH“ und Gemeinschaftsschulen mit gymnasialer Oberstufe

Bildungserfolg hängt in Deutschland stärker als in den meisten anderen europäischen Ländern von der sozialen Herkunft ab. Viele Jugendliche erreichen ihren gewünschten Schulabschluss gar nicht oder erst über Umwege, da das gegliederte Schulsystem aufgrund der frühzeitigen Selektion dazu beiträgt.

Eine Schule für alle ist ein wesentlicher Lösungsansatz gegen Diskriminierung im Bildungssystem und gegen soziale Selektion im Kindesalter. Hierfür gibt es zwei unterschiedliche Ansätze. Einmal mit dem Konzept der Integrierten Gesamtschule – IGMH, die bereits seit 50 Jahren positive Erfahrungen vorweisen kann. Die IGMH kann ihren Erfolg durch die hohen Bewerbungszahlen, die bei weitem die Aufnahmekapazität überschreiten, und die Anzahl an höheren Bildungsabschlüssen belegen. Zum anderen Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe. Der Bedarf an weiteren Schulen zum gemeinsamen Lernen ist akut.

Neben der im Gemeinderat beschlossenen ersten Gemeinschaftsschule mit Oberstufe

in Mannheim auf Spinelli (Käfertal-Süd) wird auch im Süden, speziell in Neckarau oder auf der Rheinau, eine „2. IGMH“ innerhalb der nächsten fünf Jahre benötigt. Die Schüler*innen aus dem Mannheimer Süden können nicht länger warten.

DIE LINKE fordert:

- Im Mannheimer Süden soll schnellstmöglich eine zweite Integrierte Gesamtschule geschaffen werden.
- Weitere Gemeinschaftsschulen sollen mit gymnasialer Oberstufe ausgestattet werden, um bei längerem gemeinsamem Lernen die Chancen auf eine allgemeine Hochschulzulassung für alle zu erhöhen.

Schulen fit für das 21. Jahrhundert machen

Die Sanierung, der Umbau und Ausbau von Schulgebäuden muss konsequent weiterbetrieben werden. Kinder und Jugendliche brauchen gut ausgestattete Klassenräume, Räume für Hausaufgaben und Betreuung, sowie angemessene Bereiche für Sport und Freizeitgestaltung. Auch in Berufsschulen müssen den Schüler*innen zeitgemäße Fachräume, Technik und Lehrmaterial zur Verfügung stehen.

DIE LINKE fordert:

- Die Mittel für Sanierung und Modernisierung von Schulen sowie für Personal im Zuständigkeitsbereich der Kommune müssen deutlich aufgestockt werden.

- Die städtische Tochterfirma BBS, der die Schulgebäude gehören und die für deren Sanierung zuständig ist, muss vollständig im Besitz der Stadt Mannheim bleiben.

Gesundes und kostenfreies Essen für alle Kinder

Ein weiterer wesentlicher Aspekt ist das Essen in den Betreuungseinrichtungen und Schulen.

Die Küchen neuer Kitas, aber auch Schulkantinen, müssen so konzipiert werden, dass das Kochen vor Ort möglich ist. Hierfür ist die Einstellung von Küchenpersonal erforderlich. Frisches, vor Ort zubereitetes Essen ist nicht nur gesünder und oftmals günstiger als Fast Food und aufgewärmtes Essen, sondern hat auch einen wichtigen Lerneffekt für Kinder und Jugendliche. Eine Kooperation mit regionalen und ökologischen Landwirtschaftsbetrieben ist anzustreben.

DIE LINKE fordert:

- Kein Fast Food an Schulen und Betreuungseinrichtungen, sondern vor Ort zubereitetes Essen
- Beitragsfreies Essen für alle Kinder

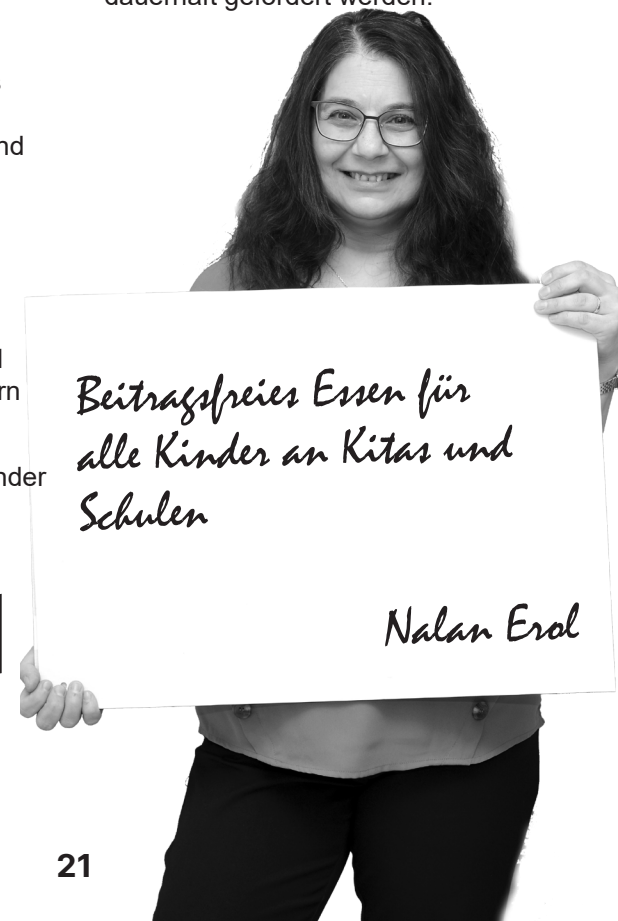
- Bei Bedarf Kooperation benachbarter Einrichtungen bei der Essensversorgung

Bildungsangebote aktiv bewerben, auf Kinder zugehen

Die Bildungsangebote in der Stadt, auch von freien Trägern und Pädagog*innen, sowie integrative Projekte müssen besser vernetzt und beworben werden. Insbesondere Familien aus benachteiligten Schichten müssen besser erreicht werden, etwa auf Spielplätzen und in Parks. Die Stadt soll ein Konzept erarbeiten und die entsprechenden Mittel hierfür bereitstellen. Dies muss auf lange Sicht geplant und dauerhaft gefördert werden.



Mannheim



3. Mannheim klimaneutral bis 2030

1. Ökologische Stadtentwicklung und Stadtklima

Klimaschutzaktionsplan (KSAP) 2030 umsetzen

Im Dezember 2022 hat der Gemeinderat den ambitionierten Klimaschutzaktionsplan (KSAP) 2030 beschlossen, mit dem Mannheim bis 2030 klimaneutral werden will. Bei diesem Plan handelt es sich um einen konkreten Handlungsleitfaden, anhand dessen Einzelmaßnahmen erarbeitet und beschlossen werden müssen. Bis 2030 verbleiben jedoch nur noch wenige Jahre, in denen es massive und deutlich größere Anstrengungen als bisher erfordert, um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen.

Bisher sind die Erfolge eher ernüchternd: Von den Maßnahmen wurden bisher nur wenige in die Wege geleitet und im Jahr 2021 ist der CO₂-Ausstoß in Mannheim erstmals seit 1990 wieder gestiegen, obwohl dieses Jahr noch von Corona beeinflusst war. Inwieweit Mannheims Auszeichnung als EU-Modellstadt im Rahmen des Projekts „100 klimaneutrale Städte bis 2030“ und der Local Green Deal wirkliche Unterstützung bei Finanzierung und Umsetzung der Maßnahmen zur Klimaneutralität zeigen, bleibt abzuwarten. Bisher ist unklar, was über das EU-Projekt für Mannheim erreicht werden soll und kann. Der größte Faktor für den CO₂-Ausstoß ist die Stromversorgung.

Hier können in den nächsten Jahren große Einsparungen erzielt werden, wenn Photovoltaikanlagen in großem Stil ausgebaut werden, was derzeit bei öffentlichen Gebäuden durch die sMART City Mannheim GmbH vorangetrieben wird.

Aber auch private Haushalte können mit Förderung der Klimaschutzagentur Dach- oder Balkon-Photovoltaikanlagen anschaffen und eigenen klimaneutralen Strom erzeugen.

Unter den Sektoren, die für den CO₂-Ausstoß verantwortlich sind, hat die Industrie mit fast der Hälfte den größten Anteil. Hier braucht es Unterstützung und Vorgaben von Bundes- und Landesebene, damit die Industrie ihren CO₂-Ausstoß senken kann. Jeweils knapp ein Viertel machen Verkehr und Privathaushalte aus. Beim Verkehr hat die Stadt den größten Einfluss, indem sie alternative und ökologische Mobilitätsformen ausbaut und unterstützt und den Pkw-Verkehr eindämmt. Bei Privathaushalten ist neben Strom auch der Wärmebedarf ein großer Faktor, der zumindest teilweise von der Stadt beeinflusst werden kann. Die Fernwärme der MVV soll bis 2030 klimaneutral werden, was die CO₂-Bilanz verbessert. Die energetische Sanierung hingegen kann von der Stadt bisher nur in geringem Umfang unterstützt werden.

Wir stehen hinter dem Klimaschutzaktionsplan 2030 und dem Ziel, dass Mannheim bis 2030 klimaneutral werden soll. Allerdings

ist das mit den aktuellen personellen und finanziellen Ressourcen nicht leistbar. Der Investitionsbedarf bis 2030 wird auf rund 2 Milliarden Euro geschätzt. Die Stadt hat bisher lediglich 70 Millionen Euro bis dahin eingeplant. Einen Antrag der Linken zum Haushalt 2024, den Klimafonds jährlich zumindest um 20 Prozent aufzustocken, wurde abgelehnt. Wir sagen aber: Mit diesen „Peanuts“ und der Einhaltung des Neuverschuldungsverbots wird Mannheim nicht klimaneutral werden – weder bis 2030 noch bis 2050!

DIE LINKE fordert:

- Der Klimaschutzaktionsplan 2030 wird engagiert umgesetzt. Die Verwaltung berechnet für die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen den personellen und finanziellen Bedarf. Die Finanzierung der Klimaneutralität 2030 erfolgt über ein Sondervermögen oder über Aussetzen des Nettoneuverschuldungsverbots.

- Die Verwaltung erarbeitet Konzepte, die Klimaschutzmaßnahmen und wissenschaftliche Erkenntnisse besser zu erklären und bekannt zu machen, z.B. über Stadtteil- oder Waldspaziergänge oder das Online-Tool ClimateView

Grünzug Nordost

Die BUGA 2023 war mit über 2,2 Millionen Besucher*innen ein Erfolg für die Stadt Mannheim. Trotz Skepsis und Widerstand bis zuletzt bei Teilen der Mannheimer Bevölkerung hat am Ende die Begeisterung überwogen.

Sicherlich waren einige Kritikpunkte berechtigt, auch im Hinblick auf die ökologischen Aspekte der Großveranstaltung. Allerdings dürfte hinsichtlich der Anreise der Besucher*innen die Klimabilanz deutlich besser sein als zuvor erwartet, da deutlich mehr Menschen mit öffentlichen Verkehrsmitteln anstatt mit dem Pkw angereist sind als im Vorfeld kalkuliert. Auch die Seilbahn war ein Highlight, das die Menschen von dieser für unsere Region unbekanntere Mobilitätsform begeistert hat. Nun gilt es die finale Abrechnung abzuwarten und zu prüfen, ob der Kostenrahmen eingehalten worden ist. Sie war aber kein Selbstzweck, sondern wesentlicher Bestandteil zur Schaffung des Grünzugs Nordost, von dem die Stadtbevölkerung jetzt und in Zukunft profitieren wird. Ohne die BUGA wäre die Entsiegelung und Renaturierung des Spinelli-Geländes deutlich teurer für die Stadt gewesen.

DIE LINKE unterstützt die Schaffung des großen zusammenhängenden Grünzugs Nordost als Frischluftschneise und neues Naherholungsgebiet. Damit das Spinelli-Areal als solches aber auch weiterhin von den Mannheimer*innen genutzt wird, unterstützt DIE LINKE die langfristige Nutzung von Teilen der U-Halle für Gastronomie und öffentliche, kulturelle und ökologische Zwecke, um den südlichen Bereich von Spinelli dauerhaft zu beleben. Dort werden auch ein Wohnquartier und der neue dringend benötigte Grünbetriebshof errichtet. Die Einrichtung des

Jugendkulturzentrums Forum in der U-Halle unterstützen wir. Allerdings fordern wir die Schaffung sicherer und gut beleuchteter Wegeverbindungen, um keine Angsträume zu erzeugen. Anstatt des Lapidariums wäre unseres Erachtens die Einrichtung einer Wildtierauffangstation, die es in Mannheim noch nicht gibt, in der U-Halle sinnvoller. Damit die Besucher*innen der U-Halle und des Grünzugs Nordost sowie die neuen Bewohner*innen ökologisch mobil sein können, setzt sich DIE LINKE für die Einrichtung einer Buslinie ein, die die U-Halle u.a. mit dem Feudenheimer Zentrum verbindet.

Das neu angelegte Gewässer in der Feudenheimer Au kann für eine ökologische Aufwertung sorgen und stellt ansatzweise den Zustand wieder her, durch den die Feudenheimer Au ursprünglich entstanden ist, nämlich als Flusslauf des Neckars. Die Anbindung des Augewässers an den Neckar soll sobald wie möglich erfolgen, um kein Grundwasser mehr hochpumpen zu müssen.

DIE LINKE fordert:

- Die Vernetzung des Grünzugs Nordost mit anderen Freiräumen, um ihn als Teil eines großen zusammenhängenden Naturraumes innerhalb der Stadt erlebbar zu machen und seine Funktion als Frischluftschneise und Kaltluftzeuger zu stärken.

- In der U-Halle werden Gastronomie, Jugendkulturzentrum und eine Wildtierauffangstation etabliert. Die Stadt schafft eine

sichere, gut beleuchtete Zuwegung und eine ÖPNV-Verbindung direkt zur U-Halle.

- Die Feudenheimer Au wird ökologisch aufgewertet.

Kleingärten, Urban Gardening und Gemeinschaftsäcker

Aus Sicht der Linken kommt der dauerhaften Sicherung von Kleingärten und der städtischen Unterstützung von bürgerschaftlichen, gärtnerischen Projekten ein hoher gesellschaftlicher Stellenwert zu. Kleingärtner*innen erbringen einen wichtigen Beitrag für den sozialen und interkulturellen Zusammenhalt der Gesellschaft, aber auch für den Umwelt- und Naturschutz. Kleingärten, die im Zuge unvermeidlicher und wichtiger Infrastrukturmaßnahmen entfallen, müssen an anderer Stelle in unmittelbarer Umgebung ersetzt werden.

In den vergangenen Jahren wurden Flächen für urbanes Gärtnern im Stadtgebiet ausgewiesen. Die Stadt soll auch weiterhin geeignete Flächen für Urban Gardening und Urban Farming zur Verfügung stellen. Darüber hinaus soll auf landwirtschaftlich nutzbaren Flächen Vereinen oder Initiativen die Etablierung von Gemeinschaftsäckern ermöglicht werden. Der Gemeinderat hat hierzu mit Stimmen der Linken einen Grundsatzbeschluss gefasst, um erste Flächen im Stadtgebiet hierfür bereitzustellen. Neben den sozialen Aspekten leisten derartige Projekte

einen Beitrag, Stadtbewohner*innen einen Zugang zu Gartenbau und landwirtschaftlicher Produktion bzw. ökologischer Nahrungsmittelerzeugung in ihrem Wohnumfeld zu geben. So könnte sich mittelfristig eine neue Bewegung unter dem Slogan „Essbares Mannheim“ entwickeln, die gleichzeitig auch einen Beitrag zu Ressourcenschonung und Klimaschutz leistet. Außerdem sollte die Stadt auf ihren eigenen Flächen Biolandwirtschaft und SoLaWi-Modelle fördern.

DIE LINKE fordert:

- Die Stadt sichert und unterstützt Kleingärten, Projekte des Urban Gardening und Urban Farming sowie Gemeinschaftsäcker.

- Auf städtischen Flächen sollen Biolandwirtschaft und Solawi-Modelle besser gefördert werden. (Solawi = Solidarische Landwirtschaft. Das Netzwerk Solidarische Landwirtschaft e.V. ist ein Zusammenschluss von Menschen mit landwirtschaftlichem Hintergrund und Verbraucher*innen, die sich für die Verbreitung von Solidarischer Landwirtschaft einsetzen).

Schwammstadt Mannheim: Gebäudebegrünung und Entsiegelung fördern

Das kommunale Programm der Klimaschutzagentur zur Fassaden- und Dachbegrünung sowie das Programm zur Entsiegelung von Innenhöfen soll bedarfsgerecht finanziell besser ausgestattet werden, um aufsuchende und

aktive Beratungen seitens der Klimaschutzagentur zu ermöglichen und andererseits mehr Projekte zur Gebäudebegrünung und Flächenentsiegelung zu fördern. Vor allem die Entsiegelung von Innenhöfen führt dazu, dass im Gebäudebestand effektiv Frischluft erzeugt werden, Regenwasser versickern und eine ökologische Aufwertung stattfinden kann. In den stark hitzebelasteten Gebieten wirkt dies der Überhitzung im Sommer entgegen und fördert das Konzept der Schwammstadt. Um eine Entsiegelung stadtweit und gezielt umzusetzen, ist ein Entsiegelungskonzept erforderlich. Die Stadtverwaltung hat 2023 ein externes Gutachten in Auftrag gegeben, weiterhin erstellt sie innerhalb der Verwaltung ein weiteres Konzept. Mannheim ist bundesweit die am zweitstärksten versiegelte Stadt: Auf der gesamten Gemarkung sind 42 Prozent versiegelt, im Bereich der Siedlungsflächen sind es im Durchschnitt 65 Prozent und am höchsten ist der Versiegelungsgrad in der Innenstadt mit 86 Prozent. DIE LINKE erwartet daher von der Stadt die Ermittlung der finanziellen und personellen Ressourcen für die Entsiegelung, damit rasch mit der Umsetzung der effizientesten Maßnahmen begonnen werden kann.

Die städtische GBG soll mit gutem Beispiel vorangehen und ihre Neubauten und sanierten Bestandsgebäude ebenfalls mit Fassaden- oder Dachbegrünung versehen, ohne dass sich dies

negativ auf die Mietpreise auswirkt. Auch Bunkergebäude könnten mit intensiver Fassadenbegrünung einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung des Mikroklimas leisten. Die Begrünungssatzung ist entsprechend auszudehnen und auf deren Umsetzung hin zu kontrollieren. Die Möglichkeiten und Vorgaben der Entsiegelung sind über Kampagnen der Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Auch aus sozialen Aspekten sind Entsiegelungs- und Begrünungsmaßnahmen enorm wichtig. Denn oft sind es einkommensschwächere Bevölkerungsschichten, die in den hochversiegelten Stadtgebieten oder entlang großer vollständig versiegelter Hauptverkehrsstraßen leben. Diejenigen, die sich also keine Wohnung mit Gartenanteil leisten können, profitieren am stärksten von solchen Maßnahmen.

DIE LINKE fordert:

- Die Förderprogramme für Dach- und Fassadenbegrünung sowie Innenhofentsiegelung werden bedarfsgerecht ausgebaut und stärker beworben.
- Die Stadt erstellt ein umfassendes Entsiegelungskonzept und sichert die personellen und finanziellen Ressourcen, um schnellstmöglich erste wichtige Flächen zu entsiegeln. Das Konzept der Schwammstadt wird sukzessive umgesetzt, wo es möglich ist.

Bäume, Tiny Forests und Pocket Parks in der Stadt

Neben der Entsiegelung von Flächen und der Begrünung von Gebäuden sind Erhalt und Neupflanzungen von Bäumen ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung des Klimas und zur Abmilderung der Hitze in der Stadt. DIE LINKE begrüßt daher das 1.000-Bäume-Programm, mit dem 1.000 Bäume pro Jahr ersetzt bzw. neu gepflanzt werden. Es ist notwendig, v.a. in baumlosen Straßen neue Bäume zu pflanzen. Hier sind bereits erste Projekte erfolgt.

Die Baumpatenschaft ermutigt Bürger*innen, Bäume in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld zu gießen und die Baumscheiben zu pflegen. Die Stadt soll Anreize prüfen, um mehr Baum-Pat*innen zu gewinnen.

Zusätzlich zu einzelnen Baumpflanzungen unterstützt DIE LINKE das Anlegen sog. Tiny Forests, also intensiv bepflanzter Flächen, die den Charakter eines kleinen Waldes haben. Wir möchten in allen Stadtteilen solche Tiny Forests erhalten.

Bestehende Grünflächen und kleine Parks (Pocket Parks) müssen gepflegt und ökologisch aufgewertet werden. Ein gelungenes Beispiel ist die Aufwertung des Lameygartens in R7.

DIE LINKE fordert:

- Die Stadt hält am 1.000-Bäume-Programm fest und pflanzt im öffentlichen Straßenraum mehr neue Bäume.
- Tiny Forests und Pocket Parks

werden gepflanzt bzw. aufgewertet, um in hoch verdichteten Stadtquartieren das Mikroklima zu verbessern.

Parks, Wälder und Wiesen: Freizeitansprüche und Ökologie verknüpfen

2025 feiern Luisen- und Herzogenriedpark seit der Umgestaltung zur BUGA 1975 ihr 50-jähriges Jubiläum. Zur BUGA 2023 wurde der Luisenpark modernisiert, v.a. durch die neue Parkmitte, die noch nicht vollständig abgeschlossen ist. In den vergangenen Jahren wurden auch Teile des Herzogenriedparks ertüchtigt, was auch dem Druck der engagierten Aktionsgemeinschaft Herzogenriedpark und der Linken zu verdanken ist. So wurden bspw. neue Spielgeräte und Fitnessparcours errichtet und der barrierefreie Zugang an der Ecke Hochuferstraße angelegt. Trotzdem besteht im Herzogenriedpark weiterer Sanierungsbedarf. Er ist für die Bevölkerung insbesondere der Quadrate, Neckarstadt und des Mannheimer Nordens ein wichtiger Erholungs- und Bewegungsort. Bei der Umgestaltung ist die Bevölkerung über verschiedene Formen der Bürgerbeteiligung einzubinden. Bei den Eintrittspreisen, v.a. beim Luisenpark, muss es stärkere Vergünstigungen für Transferleistungsempfänger*innen, Senior*innen und Familien geben. Für den Herzogenriedpark fordern wir den Wegfall der Eintrittspreise bei Erhalt der Umzäunung.

Auch kleinere Stadtteilparks

müssen an neue Freizeit- und Sportbeschäftigungen angepasst werden. Die Waldgebiete wie der Käfertaler Wald oder der Waldpark mit seinem Baumbestand sind zu schützen und als attraktive Naherholungsgebiete zu sichern. Grünflächen sollen seltener gemäht werden und als Wildblumenwiesen angelegt werden, damit dort Biotop für Insekten und Kleintiere entstehen.

Stadt an den Flüssen: Neckarvorland und Rheindamm

Das Neckarufer soll einerseits ökologische Kriterien erfüllen, andererseits auch als Naherholungsgebiet für die Bevölkerung attraktiver gestaltet werden. Die Renaturierungsmaßnahmen der letzten Jahre waren eine wichtige Maßnahme. Aus Sicht der LINKEN ist die vorgesehene Umgestaltung des Neckarufers zwischen Kurpfalz- und Jungbuschbrücke ein gelungenere Kompromiss, um sowohl ökologische Kriterien als auch gesellschaftliche Bedürfnisse zu erfüllen. Wir erwarten, dass der Zugang zum Neckar auf der Innenstadt-/Oststadtseite verbessert und auch dort das Ufer attraktiver gestaltet wird. Seit Jahren wird hierzu diskutiert und es werden Maßnahmen vorgeschlagen, doch man ist noch keinen Schritt nähergekommen. Der benutzerfreundliche Zugang des Neckarzugangs muss unabhängig von der Entwicklung auf dem Collini-Areal erfolgen.

Vor allem die Innenstadt muss auch stärker an den Rhein rücken. Der Zugang zum Rhein über den Schlossgarten muss attraktiver gestaltet werden. DIE LINKE unterstützt die Idee einer Fuß- und Radfahre zwischen Mannheim und Ludwigshafen.

Die Rheindammsanierung muss nach Auffassung der Linken einen sicheren Hochwasserschutz gewährleisten. Dabei sind die Verluste an Bäumen auf das notwendigste Maß zu reduzieren. Dass dies mit einer selbsttragenden Spundwandlösung möglich ist, zeigen viele Praxisbeispiele und auch das von der Stadt in Auftrag gegebene Gutachten. Daher besteht DIE LINKE auf diese Lösung, die sie bereits von Anfang an unterstützt. Ein Dammverteidigungsweg ist dabei nicht notwendig, auch wenn das Regierungspräsidium hier gegenteiliger Auffassung ist. Dass das Regierungspräsidium überhaupt von seiner bisherigen Planung eines baumlosen Erdwalls abzurücken scheint, ist ein Erfolg von Zivilgesellschaft und des Gemeinderats.

2. Energie, Wärme und Wasser Energie und Wärme

Die MVV Energie AG sind keine Stadtwerke mehr, sondern ein überregional und europaweit tätiger Energiekonzern. Trotz eines Aktienanteils der Stadt von 50,1 % haben der Mannheimer Gemeinderat und damit die Bürger*innen nur beschränkte Einflussmöglichkeiten auf die Geschäftstätigkeit.

Die negativen Seiten dieses Umstands haben sich deutlich bei der Aufstellung der Kommunalen Wärmeplanung gezeigt: Zwar möchte die MVV bis 2040 rund 10.000 weitere Gebäude an das Fernwärmenetz anschließen, doch zahlreiche Stadtteile bleiben weitgehend abgehängt von der Fernwärme. DIE LINKE fordert eine nicht am Profit orientierte Ausbauplanung des Fernwärmenetzes, sondern ein Ausbau nach tatsächlichem Bedarf, um auch in den Randstadtteilen zumindest die Mehrfamilienhäuser an das Fernwärmenetz anzuschließen. Denn dort gibt es viele Mieter*innen und Eigentümer*innen, die einen bequemen Fernwärmeanschluss gegenüber anderen Optionen, die derzeit ohne Förderung noch teurer sind, bevorzugen. Die Beratungsangebote und Förderprogramme der Klimaschutzagentur müssen daher verfestigt und ausgeweitet werden.

In Neubausiedlungen bzw. auf Konversionsflächen ohne Fernwärmeanschluss müssen von vornherein klimaneutrale Alternativen zur Wärmeerzeugung wie bspw. Nahwärme, Blockheizkraftwerke oder Kraft-Wärme-Kopplung umgesetzt werden. Sogenannte Bürgerkraftwerke werden unterstützt.

DIE LINKE unterstützt das Ziel der MVV, die Fernwärme bis 2030 klimaneutral zu gestalten. Daher stehen wir der Einrichtung weiterer Flusswärmepumpen, aber auch der Nutzung anderer klimaneutraler

Methoden und dem Bau von Geothermiekraftwerken offen gegenüber.

Die MVV ist am Großkraftwerk Mannheim (GKM) beteiligt, bei dem das Ende der Kohleverstromung absehbar ist. Das GKM muss aus Klimaschutzgründen so schnell wie möglich, spätestens 2030, vom Netz gehen. DIE LINKE hat bereits den Bau des neuen Block 9 kritisiert und abgelehnt. Gleichzeitig muss der Standort zur Energie- und v.a. Wärmeerzeugung erhalten werden. Die im Herbst 2023 eingeweihte Flusswärmepumpe, die klimaneutral Fernwärme erzeugt, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Schließlich muss auch den Beschäftigten des GKM eine langfristige Perspektive gegeben werden. Wir sehen hier die drei GKM-Aktionäre RWE, EnBW und MVV in der Pflicht, eine Zukunftsperspektive am Standort oder in der Region zu geben.

Wir unterstützen die Einrichtung von Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden durch die sMArt City GmbH. Bei der Festlegung der Gebäude sollten aber die langfristig zu erwartende Stromproduktion durch die PV-Anlagen stärker gewichtet werden als die Installationskosten heute. Freiflächen-Photovoltaikanlagen, z.B. Agri-PV, sollen getestet werden, um hier mögliche Potentiale zur Stromerzeugung auszunutzen. Ebenfalls unterstützen wir den Bau von Windkraftanlagen im Mannheimer Norden und fordern hier mehr Tempo von Stadt, MVV und zuständigen Behörden.

Um einerseits Energiesparsamkeit zu unterstützen und belohnen, aber andererseits auch Haushalte mit geringem und durchschnittlichem Einkommen zu entlasten, soll die MVV ein neues Tarifmodell für Strom, Fernwärme, Gas und Wasser einrichten. Dieses soll ein günstiges und realistisches Grundkontingent (abhängig von Personenzahl, Wohnfläche und energetischem Gebäudezustand) umfassen, das zu einem günstigen Preis angeboten wird. Sollte dieser Grundwert überschritten werden, hat die jeweilige Einheit einen deutlich höheren Preis.

Die Klimaschutzagentur wird finanziell gestärkt, um die vorhandenen erfolgreichen und sinnvollen Förderprogramme auszuweiten. Dazu zählen neben der Förderung von Dach- und Balkon-PV-Anlagen auch die Abwrackprämie für energieintensive Haushaltsgeräte. Die Einführung dieser Haushaltsgeräte-Abwrackprämie ist auch ein Erfolg der Linken.

DIE LINKE fordert:

- Die städtischen Anteile an der MVV Energie AG dürfen nicht unter 50,1 % sinken. Mittelfristig wird der Mannheimer Stadtwerke-Anteil aus der MVV Energie AG herausgelöst und rekommunalisiert.
- Das GKM beendet bis spätestens 2030 die Kohleverstromung und wird auf erneuerbare Energien zur Wärmeerzeugung, z.B. Flusswärme, umgerüstet.
- Das Fernwärmenetz wird

bedarfsorientiert und nicht profitorientiert ausgebaut, damit auch äußere Stadtteile an die Fernwärme angeschlossen werden können. Das muss bei der Fortschreibung der Kommunalen Wärmeplanung berücksichtigt werden.

- Dezentrale Biogas-Blockheizkraftwerke (BHKW) zur Strom- und Nahwärmeversorgung werden errichtet und Bürgerkraftwerke gefördert.
- Erneuerbare Energien – Geothermie, Windenergie und Flusswärmepumpen – werden in Mannheim errichtet bzw. ausgebaut.
- Schaffung eines (Strom-) Tarifs mit einem kostengünstigen Grundverbrauch (Höhe abhängig von jeweiligem Haushalt). Der darüber hinausgehende Verbrauch wird entsprechend teurer veranschlagt.
- Förderprogramme speziell auch für einkommensschwache Menschen werden aufgelegt, damit diese energiesparende Haushaltsgeräte kaufen können. Die Klimaschutzagentur wird entsprechend finanziell ausgestattet.

Wasser und Abwasser

Trinkwasser ist ein grundlegendes und notwendiges Lebensmittel. Deshalb sind Wasserressourcen als Gemeingut zu betrachten. Insofern gehört die Wasserversorgung in die Hände der Gemeinde in Form des Eigenbetriebes unter direkter Kontrolle des Gemeinderates. Durch die Eingliederung der

Wasserversorgung in die MVV Energie AG besteht die Gefahr eines vollständigen Verlustes der kommunalen Einflussmöglichkeiten an große, auch international tätige Unternehmen, sollte die EU-Kommission die Türen für Privatisierung öffnen. Diese Gefahr ist durch die geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und anderen Staaten immer wieder vorhanden. Die Stadt muss sich daher auf Bundes- und Europaebene für die Ablehnung derartiger Handelsabkommen einsetzen.

Im Rahmen des Hitzeschutzaktionsplans baut die Stadt kontinuierlich mehr Trinkwasserbrunnen im Stadtgebiet. Bei Großveranstaltungen im Sommer soll die Stadt Stände einrichten, an denen kostenfrei Trinkwasser ausgegeben wird.

Die Abwasserentsorgung in Mannheim nimmt eine Vorreiterrolle ein. DIE LINKE unterstützt die Weiterentwicklung des Klärwerks zu einem energieautarken Betrieb, u.a. den Bau der Windkraftanlage.

DIE LINKE fordert:

- Perspektivisch eine Rückführung der Wasserversorgung als Eigenbetrieb der Stadt Mannheim
- Die Stadt spricht sich auf Bundes- und europäischer Ebene gegen Handelsabkommen aus, die die Privatisierung der Wasserversorgung nicht ausdrücklich ausschließen.
- In der Stadt werden Trinkwasserbrunnen eingerichtet. Bei

Großveranstaltungen im Sommer wird kostenfreies Trinkwasser ausgegeben.

3. Abfallwirtschaft

Die Bewohner*innen Mannheims erzeugen von allen Stadtbewohner*innen Baden-Württembergs pro Kopf nach wie vor den meisten Müll. Das Straßenbild wird von vielen Bewohner*innen als schmutzig bezeichnet, es gibt zahlreiche Beschwerden über Müll auf den Straßen oder illegale Müllablagerungen. Die Neuorganisation von Abfallwirtschaft und Pflege des öffentlichen Raums im neuen Eigenbetrieb Stadtraumservice hat zu keiner sichtbaren Verbesserung geführt. Das Bußgeld für Müllsünder*innen, wie es in der kommunalen Satzung der Stadt Mannheim festgeschrieben und verschärft worden ist, muss umgesetzt werden. Die sog. Mülldetektive können hier zur Ahndung und Aufklärung wilder Sperrmüllablagerungen beitragen. Das allein wird das Problem aber nicht beseitigen.

Die Stadtreinigung muss deutlich mehr Personal erhalten. Während der BUGA wurden zusätzliche Stadtreiniger*innen angestellt. Diesen Personalmehrbedarf gibt es aber auch nach der BUGA. DIE LINKE unterstützt die kommunale gebührenpflichtige Gehwegreinigung, die ausgeweitet werden muss.

Um die wilden Sperrmüllablagerungen besser in den Griff zu bekommen

und um außerplanmäßige Sammeleinsätze zu reduzieren, soll der Stadtraumservice prüfen, ob Mannheim zum alten System der Sperrmüllabholung zurückkehrt, nämlich mit zwei festen Terminen pro Straße und Jahr.

Der wichtigste Hebel für weniger Müll und ein saubereres Stadtbild ist jedoch die Müllvermeidung. Mehrweg-Kaffeebecher sind mittlerweile etwas weiter verbreitet. Doch Mehrwegbehältnisse in der Gastronomie, die mittlerweile angeboten werden müssen, werden kaum genutzt. Ein Grund könnten die zahlreichen unterschiedlichen Systeme sein. DIE LINKE fordert daher die Einführung eines stadtweit einheitlichen Mehrwegsystems in der Gastronomie, wie es bspw. auch in Freiburg umgesetzt wird. Teilnehmende Gastronomiebetriebe sollen über Anreize zur Umstellung und zum Anbieten des einheitlichen Mehrwegsystems bewegt werden.

Die Stadt Mannheim muss hier jedoch von ihrem Satzungsrecht Gebrauch machen und noch weiter gehen, indem Einweggefäße in der Gastronomie in den kommenden Jahren schrittweise verboten werden. Eine Verpackungssteuer könnte hierzu einen Beitrag leisten. Die Einnahmen, die die Stadt hierüber erhält, können in der Stadtreinigung oder für die Unterstützung zur Umstellung auf Mehrwegsysteme genutzt werden. Darüber hinaus müssen Anreize gesetzt werden, Mehrwegbehälter auch im Einzelhandel einzuführen. Mit der Plastikstrategie der Stadt

Mannheim und dem Verbot von Einwegbehältnissen für Speisen bei Straßenfesten ist die Stadt schon einen ersten richtigen Schritt gegangen. Vor allem Vereine müssen aber bei der Umstellung auf Pfandsysteme, Geschirr und Spülen unterstützt werden.

Die Stadt muss sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass das Duale System Deutschland in seiner jetzigen Form abgeschafft wird. Eine Kommune wie Mannheim sollte und kann die Sammlung und Verwertung von Verpackungs- und Wertstoffmüll selbst organisieren und somit die Gelbe Tonne vollständig in Eigenregie leeren. Restmüll- und Altpapierentsorgung müssen vollständig in städtischer Hand bleiben. DIE LINKE setzt sich für eine verpflichtende kostenfreie Biotonne ein. Dadurch wird sie in allen Häusern bzw. in allen Haushalten angeboten und erhöht den Biomüllanteil, der wiederum für die Fernwärme genutzt wird. Durch den sinkenden Restmüllanteil werden Mieter*innen finanziell entlastet, da auch weniger Restmülltonnen als bisher benötigt werden.

DIE LINKE fordert:

- Die Ursachen und Vermeidung für das hohe Müllaufkommen und die starke Verschmutzung des öffentlichen Raums werden wissenschaftlich untersucht.
- Das Personal bei der Stadtreinigung wird deutlich aufgestockt.
- Der Stadtraumservice prüft die

Wiedereinführung von zwei festen Sperrmüllabholterminen pro Straße und Jahr.

- Die Plastikstrategie der Stadt soll mittelfristig zu einem Verbot von Einwegverpackungen in der Mannheimer Gastronomie und bei Straßenfesten führen. Die Stadt führt ein System mit einheitlichen Mehrwegbehältnissen für die Gastronomie ein. Vereine werden bei der Beschaffung und dem Spülen von Geschirr unterstützt.
- Die Abfall- und Wertstoffsammlung und -verwertung sind kommunale Aufgaben der Daseinsvorsorge und verbleiben bzw. gelangen in städtische Hand.
- Die Biotonne wird verpflichtend für alle Haushalte eingeführt.



4. Mobil in Mannheim: Für eine ökologische und soziale Mobilitätswende

Wir haben in Mannheim trotz zaghafter Anzeichen einer Verkehrswende nach wie vor zu viele Autos im Verhältnis zur Einwohnerzahl, zu viele Unfälle und zu viele Verkehrstote. Der motorisierte Individualverkehr (MIV) hat es aufgrund seiner vielfältigen Probleme wie Klima- und Feinstaubbelastung, Flächenverbrauch, unlösbarer Parkdruck in verdichteten Innenstadtquartieren und Einschränkung der Aufenthaltsqualität für alle Menschen außerhalb der Fahrzeuge zu einer breiten öffentlichen Debatte und ersten Konsequenzen geführt.

Eine wichtige Konsequenz ist der Masterplan Mobilität Mannheim 2035, der noch unbedingt in der ersten Jahreshälfte 2024 vom Gemeinderat beschlossen werden muss. Dieser Masterplan bietet eine gute Grundlage unter Berücksichtigung des Klimaschutzaktionsplans und muss zügig umgesetzt werden. In den nächsten Jahren streben wir als messbare Ziele für den Verkehr in Mannheim die Erhöhung des Anteils der zurückgelegten Wege durch den Radverkehr und den ÖPNV (Öffentlicher Personen-Nahverkehr, also Bus und Bahn) auf jeweils 30 Prozent an.

Die Messlatte jeder verkehrsplanerischen Maßnahme ist die Minimierung der bewegten Masse – da sich daran der Energieverbrauch bemisst - und des Flächenverbrauchs pro Einwohner. Damit ist klar, dass wir der Entwicklung zu immer mehr und immer schwereren Fahrzeugen für den Individualverkehr planerische, technische und rechtliche Riegel vorschieben müssen. Der ungeheure Flächenbedarf der Verkehrswege und des ruhenden Verkehrs stellen ohnehin schon viel zu hohe Belastungen für die Stadtgesellschaft und Umwelt dar.

Teilhabe durch Mobilität

Mobilität ist eine Voraussetzung für die wirtschaftliche, soziale, kulturelle, gesellschaftliche und politische Teilhabe der Menschen. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass alle Bewohner*innen der Stadt sich möglichst barrierefrei und wenig belastend für Umwelt und Mitmenschen fortbewegen können. Dazu gehören breitere Unterstützungsangebote für diejenigen, die durch körperliche Einschränkungen (z.B. Alter, Behinderung) oder Armut mobilitätseingeschränkt sind. Als Lösung fordern wir intelligent vernetzte Verkehrskonzepte und kurze Wege, z.B. zwischen Wohnung, Arbeitsplatz und Einkaufsmöglichkeiten. Das On-Demand-Verkehrsangebot „Fips“ (flexibler individueller Personen-Shuttle) der RNV ist ein wichtiger Baustein, um eine individuelle Mobilität vergleichbar wie mit einem

Pkw zu ermöglichen, ohne dass man einen eigenen Pkw besitzen muss.

Verkehr vermeiden und Lebensqualität erhöhen

Die Stadtplanung hat deshalb die Aufgabe, eine „Stadt der kurzen Wege“ zu ermöglichen. Die motorisierte Massenmobilität und ihre Folgen wie die Ausbreitung der Siedlungs- und Gewerberäume sind ein Problem für die Umwelt und die Lebensverhältnisse in den Zentren und an den Hauptverkehrsachsen. Unnötige Distanzen und damit unnötiger Verkehr müssen vermieden werden.

Gewerblichen Verkehr weg vom LKW verlagern - Seilbahnen über den Rhein

Wir befürworten Logistik-Umschlagplätze für Zulieferer der Innenstadt und verdichteter Wohnquartiere. Als Minimalforderung unterstützen wir das Konzept der Micro Hubs als Zwischenlager am Stadtrand, um die Quadrate und zentrumsnahen Stadtteile vom Lieferverkehr zu entlasten.

Seilbahnen über den Rhein, auch für den Güterverkehr, möchten wir weiter konkretisieren und Wirklichkeit werden lassen. Eine Seilbahn zwischen Altrip und Neckarau macht die Nutzung des ÖPNV für Einpendler*innen deutlich attraktiver; gleichzeitig profitieren Mannheimer*innen davon im Freizeitverkehr. Eine Seilbahn zwischen Ludwigshafen und Mannheim könnte neue Direktverbindungen schaffen

und das ÖPNV-Angebot weiter verbessern.

Es muss ein Konzept zur wirksamen Einschränkung des Lkw-Transitverkehrs entwickelt werden. Die Vorschläge hierzu im Masterplan Mobilität 2035 bieten praktikable Ansätze.

Sicherheit und Gesundheit

Die erlaubte Höchstgeschwindigkeit muss an besonders stark lärm- und abgasbelasteten Straßen konsequent von 50 auf 30 km/h herabgesetzt werden, um Anwohner*innen vor Gesundheitsschäden und Unfallrisiken zu schützen. Zur Kontrolle der Geschwindigkeit sollen, wie in vielen anderen Ländern längst üblich, vermehrt Messgeräte aufgestellt werden. Weiterhin soll die Aufstellung von sog. Lärmblitzern, also mobile oder stationäre Verkehrslärmmessgeräte, geprüft und vorgenommen werden. Bei anhaltend hoher Belastung der Luft mit Feinstaub, Stickoxiden etc. sollte im Sinne der Gesundheit der Bewohner*innen ein Einfahrverbot für Fahrzeuge rechtlich geprüft werden. Auch Fahrzeuge mit H-Kennzeichen müssen unter diese Regelung fallen. Schrittweise müssen entsprechend der technischen Entwicklung Null-Emissionszonen eingeführt werden. Im Umfeld von Kitas und Schulen sollen Straßenzüge für den motorisierten Verkehr gesperrt werden. Das Konzept der „Schulstraßen“ soll in Mannheim umgesetzt werden.

DIE LINKE fordert:

- Ausreichende Berücksichtigung der Maßnahmen des Masterplans Mobilität 2035 in den nächsten kommunalen Haushalten: Erarbeitung eines Finanzierungskonzepts und Sicherstellung der Umsetzung der Maßnahmen.
- Ein Logistik-Umschlagplatz am Stadtrand und/oder sogenannte Micro Hubs entlasten die Innenstadt vom Lieferverkehr
- Abkürzungsfahrten von Lkw zur Maut-Einsparung wird ein Riegel vorgeschoben
- Eine City-Maut für LKW wird eingeführt, sobald die rechtlichen Möglichkeiten dafür vorliegen
- Im Umfeld von Kitas, Schulen, Senioreneinrichtungen Tempo 30 oder noch besser 20
- Im Umfeld von Kitas und Schulen Einschränkungen und Barrieren wie Poller gegen Elterntaxis („Schulstraßen“). Die Stadt soll Initiativen der Schulen gegen Elterntaxis fördern
- Für höhere Verkehrssicherheit gilt ab sofort „Vision Zero“ (Ziel: Null Verkehrstote)
- Für eine fortlaufende Reduzierung der Unfallursachen und -gefahren tagt regelmäßig eine Unfallkommission, die dem Gemeinderat berichtet und Empfehlungen vorlegt
- Mannheim schöpft als Mitglied der Initiative „Lebenswerte

Städte und Gemeinden“ alle rechtlichen Möglichkeiten aus, um flächendeckend Tempo 30 einzuführen

• Mannheim setzt sich aktiv für die Novellierung des Straßenverkehrsgesetzes und der StVO für mehr eigene Spielräume in der Verkehrsregelung ein

• Seilbahnen über den Rhein

ÖPNV ausbauen: Barrierefrei, schnell und günstig

Grundlegend für die ökologische und soziale Verkehrswende sind günstige Preise, attraktive Verbindungen und Taktungen oder individualisierte Lösungen wie Fips, Sicherheit und Aufenthaltsqualität in Bussen, Bahnen und an Haltestellen sowie eine gut ausgebaute und sichere Fahrradinfrastruktur.

Perspektivisch muss der ÖPNV umlagefinanziert zum Nulltarif genutzt werden können. Bis dahin muss ein attraktives Tarifkonzept erarbeitet werden. Es muss neben der Beibehaltung eines preislich attraktiven Deutschlandtickets auch preisgünstige Angebote für Einzelfahrten und Kurzstrecken geben. Wir setzen uns für die Beibehaltung des günstigen Sozialtickets für 30,50 Euro, perspektivisch noch günstiger, auf der Basis des Deutschlandtickets ein.

Die Voraussetzung für attraktiven ÖPNV ist die Kapazitätserhöhung zu den Hauptverkehrszeiten. Dies soll zum einen über mehr und größere Fahrzeuge und zum anderen über

eine Taktverdichtung erreicht werden (5- oder 6-Minuten-Takt anstatt 10 Minuten, bei Bussen 10 Minuten anstatt 20-Minuten-Takt).

Auch während der „Rush Hour“ von 6.00 bis 9.00 Uhr sollen die Fahrradmitnahme ermöglicht und entsprechend die Kapazitäten erweitert werden. Auch die Mitnahme von Haustieren soll in Mannheim kostenfrei werden.

Wir unterstützen die vielfältigen ÖPNV-Maßnahmen wie im Masterplan Mobilität 2035 vorgeschlagen. Dazu gehören u.a. der Stadtbahn-Ausbau auf Spinelli Nord (Käfertal-Süd) statt nur Buslinienverkehr, Erweiterung der Stadtbahn über die Stadtgrenzen hinaus (z.B. Brühl – Schwetzingen), eine ÖPNV- und Radbrücke über den Rhein beim Lindenhof, Stadtbahn-Beschleunigung und Taktverdichtungen bei zwingender Entlastung des „Nadelöhrs“ Paradeplatz durch neue Linienführungen. Dazu müssen alle Akteure des VRN eingebunden und Fördermittel eingefordert werden.

Auch der Linienbusverkehr muss optimiert werden. Zum einen müssen Linien innerhalb der Stadtteile zur Feinerschließung gesichert werden, zum anderen müssen tangentielle Verbindungen zwischen Stadtteilen, Stadtbahnknoten und S-Bahn-Stationen ausgebaut werden. Eine Anbindung des neuen Kombibads Herzogenried und der Multihalle mit einer attraktiven und gut vernetzten Buslinie hat DIE LINKE bereits gefordert und wird an dieser Forderung festhalten.

Dass die Ausweitung von Buslinien gegen den Widerstand der RNV möglich ist, zeigt die Linie 61 zum Einkaufszentrum Wohlgelegen, die rege genutzt wird. Eine neue Buslinie soll die U-Halle auf Spinelli mit dem Feudenheimer Stadtteilzentrum und möglicherweise auch mit Käfertal verbinden.

Fips (= flexibler individueller Personen-Shuttle) als Angebot der RNV soll beibehalten und bedarfsgerecht ausgebaut werden.

Unerlässlich für das Gesamtangebot des ÖPNV muss sich die Stadt dafür einsetzen, dass die S-Bahn für Verkehre innerhalb Mannheims, insbesondere auf der Nord-Süd-Achse, besser genutzt werden kann. Eine S-Bahn-Station auf der Schönau soll geprüft werden. Der Ausbau und die Verlegung des Neckarauer Bahnhofs muss nach jahrzehntelanger Diskussion umgesetzt werden. Der S-Bahn-Betrieb über die östliche Riedbahn muss ermöglicht werden.

Gleichzeitig muss für die Vervielfachung des Güterschienenverkehrs (Nord-Süd-Transversale) eine Linienführung durchgesetzt werden, mit der die absehbare massive Lärmbelastung ausgeschlossen wird (Tunnel/Tröge und/oder Umgehungsstrecken für Güterverkehr). Eine komplette Untertunnelung Mannheims für den durchfahrenden Güterschienenverkehr ist ökologisch und finanziell fragwürdig. Auch der Bau eines solchen Tunnels wird sehr viel Zeit beanspruchen und das Klima durch die Unmengen

an benötigtem Beton belasten. Daher müssen realistische Alternativen geprüft werden, wie maximaler Lärmschutz für die Mannheimer*innen gewährleistet werden kann, u.a. durch modernen Lärmschutz oder eine alternative Güterzugtrasse außerhalb des Stadtgebiets, bspw. parallel zur Autobahn A6.

In den vergangenen Jahren musste das ÖPNV-Angebot wegen Personalmangels und technischer Mängel über Monate hinweg reduziert werden. Die Verkehrsunternehmen müssen dafür sorgen, dass sie mehr Fahrpersonal gewinnen und halten können. Dies könnte über mehr Ausbildungsplätze, bessere Gestaltung der Dienstpläne und höhere Entlohnung oder Ausgleich von Überstunden geschehen. Ohne ausreichendes Personal, das die Fahrzeuge und die Technik steuert, kann der ÖPNV nicht ausgebaut werden.

DIE LINKE fordert:

- Perspektivisch ÖPNV zum Nulltarif. Als erster Schritt die Einführung des kostenfreien ÖPNV an Wochenenden
- Ein attraktives Tarifkonzept sowie ein schnelles und zuverlässiges ÖPNV-Angebot bewegt Autofahrer*innen zum Umsteigen auf Bus und Bahn.
- Beibehaltung und Weiterentwicklung des „Sozialtickets“ auf Grundlage des Deutschlandtickets
- Takte und Kapazitäten des ÖPNV

werden erhöht. Dazu werden Strecken ausgebaut und „Nadelöhre“ wie der Paradeplatz entlastet

- S-Bahn-Betrieb über die östliche Riedbahn, Ausbau der Nord-Süd-Achse mit S-Bahn-Station Schönau
- Umgehungsstrecken für den zunehmenden Güterschienenverkehr
- S-Bahn-Ausbau zwischen Mannheim und Heidelberg mit durchgehend eigenen zwei Gleisen, dabei sollen auch neue Streckenführungen jenseits der Bestandsstrecke Mannheim – Heidelberg berücksichtigt werden.

Fuß- und Radverkehr stärken

Wir sind dafür, in Tempo-30-Gebieten Fahrradfahrer*innen und Fußgänger*innen zu bevorzugen. Außerhalb von Tempo-30-Zonen möchten wir geschützte, breite Wege getrennt für Fahrradfahrer*innen und Fußgänger*innen. Die Anbindung der Stadtteile ins Zentrum hat bei dieser Umgestaltung Priorität. Fahrradfahrer*innen und Fußgänger*innen dürfen nicht wie bisher unter Begünstigung des Autoverkehrs gegeneinander ausgespielt werden.

Wir setzen uns ein für mehr echte Fahrradstraßen mit Modalfilter (z.B. „intelligente“ Poller) und weniger Parkständen, die Sanierung und den Ausbau des Radwegenetzes inklusive Radschnellwegen, insbesondere zwischen Innenstadt und den äußeren Stadtteilen. Vorrangig sollen Lücken im Radwegenetz geschlossen werden, z.B. an den Neckarbrücken und in

Neuostheim Richtung Seckenheim und Maimarkt/SAP-Arena/Neckarau. Für eine breite und dauerhafte Nutzung bedarf es auch moderner, umweltgerechter Ausleuchtung von Fahrradstrecken außerhalb der Bebauung, z.B. auf dem Neckartalradweg.

An allen zentralen Orten mit hoher Besucherfrequenz müssen ausreichend überdachte Fahrradbügel oder andere Abstellanlagen einschließlich Fahrradboxen montiert werden. Am Hauptbahnhof müssen Kapazität, Zugang und Außenwirkung des Fahrradparkhauses (Nord) verbessert werden.

DIE LINKE fordert:

- Zügiger Ausbau der Fahrradschnellwege und Vorrangrouten wie im Masterplan Mobilität 2035 aufgeführt
- Trennung Fahrrad- und Fußverkehr, wo nötig auch auf Kosten des KFZ-Verkehrs
- An stark befahrenen und gefährlichen Straßen Einführung von Protected Bikelanes (geschützte Radspuren) wie am Luisenring
- Umsetzung der vom Land vorgeschriebenen Regeln für Gehwegparken, um ein Mindestmaß an Platz für den Fußverkehr zu schaffen. Ausweitung des Bewohnerparkens mit höheren Gebühren für breite und schwere Fahrzeuge (SUVs).
- Ampelsteuerung am Rad- und Fußverkehr ausrichten

- Mehr Radstationen in Kooperation mit Verkehrsverbänden und -initiativen

- Ausweitung VRNnextbike in alle Stadtteile für optimierte Mobilitätsketten ohne Auto

Elektromobilität: Stadt als Vorbild

Nicht nur im Busverkehr der RNV, sondern auch bei der Stadt sollen vermehrt Fahrzeuge mit alternativer Antriebstechnologie (z.B. Batterie) eingesetzt werden. Der städtische Fuhrpark soll sukzessive umgestaltet werden, indem bei Neuanschaffungen entsprechende Fahrzeuge bevorzugt werden. Es werden keine SUVs als städtische Fahrzeuge angeschafft und genutzt. Außerdem soll er zugunsten von mehr Sharing- und Fahrradangeboten reduziert werden.

Digitalisierung der Mobilität und autonomes Fahren frühzeitig sozial und ökologisch steuern

Wir unterstützen und fördern moderne Ride-Sharing-Angebote: Durch autonomes Fahren flächendeckend und permanent eingesetzte „Sammeltaxis“ ersetzen Pkw in Privatbesitz. Die Abrechnung erfolgt nach Streckentarif. Verkehrssimulationen belegen, dass dadurch bis zu 90 % der heute benötigten Autos entbehrlich wären.

Auf der Basis eines weitläufigen öffentlichen Schienen-Personennahverkehrs können die sonstigen Mobilitätsbedarfe durch intelligent und hocheffizient genutzte autonome Kleinfahrzeuge abgedeckt werden, sodass

das Verkehrsaufkommen trotz hoher Mobilität drastisch sinkt. Eine frühzeitige Planung muss diese Chancen sichern und die ebenfalls denkbare Zunahme des Verkehrsaufkommens durch schlecht genutzte autonome Fahrzeuge verhindern.

Keine auto-, sondern eine menschengerechte Stadt: Abkehr von der Auto-Fokussierung

Den weiteren Ausbau von Straßen für den KFZ-Verkehr lehnen wir ab. Die Anzahl der Pkw pro Einwohner und der dadurch erforderliche öffentliche Raumbedarf in Mannheim kann und darf nicht weiter anwachsen. Wir sind für eine Verringerung der Zahl von Pkw-Stellplätzen unter freiem Himmel und streben eine bessere Auslastung der Quartiersparkhäuser an. Ebenso wollen wir eine schrittweise Erhöhung des Preises für Anwohnerparken im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten. Dabei sollen für breite und schwere Fahrzeuge (v.a. SUVs) höhere Gebühren fällig werden, da diese mehr Platz benötigen und Straßen/Parkstände stärker beanspruchen als kleinere/leichtere Fahrzeuge. Bei nachweisbar hohem Bedarf an Pkw-Parkraum aufgrund mangelnder Alternativen kann für Übergangszeiten ganz punktuell, z.B. in der westlichen Neckarstadt, der Bau von überirdischen Quartiersgaragen erwogen werden.

Sharing-Modelle und autonomes Fahren werden dazu führen, dass der Bedarf an Pkw und damit an Stellplätzen sinkt. Auf

diese Entwicklung muss sich die Stadt in der Umgestaltung ihrer Straßenräume schon jetzt vorbereiten. Die Verwaltung soll ein Konzept erarbeiten, wie Mannheim perspektivisch zur „autofreien Stadt“ werden kann. Die Parkhäuser und Tiefgaragen in der Innenstadt sind bereits heute fast nie ganz ausgelastet. Wir lehnen daher den weiteren Bau für den Einzelhandel ab.

Mit der laufenden Neuregelung und Reduzierung des Gehwegparkens muss der ruhende Verkehr auch flächendeckend und intensiver kontrolliert werden. Eckparkende und andere behindernde falschparkende Autos müssen konsequent abgeschleppt werden. Nur so kann die Verkehrssicherheit für andere Verkehrsteilnehmer*innen zu Fuß, mit dem Fahrrad, im Rollstuhl etc. gewährleistet werden.

(Car-)Sharing unterstützen

Den Car-Sharing-Unternehmen wollen wir mehr Parkplätze anbieten und die Mietgebühren für die Stellplätze erlassen, um sie als Träger von Gemeinwohlinteressen zu unterstützen. Es soll geprüft werden, ob das vorhandene Car-Sharing-System in kommunale Hand überführt werden kann, um es durch öffentliche Gelder stärker zu fördern und auszubauen.

Auch die E-Scooter sind mit ihrer Flexibilität und ihrem geringen Verbrauch ein sinnvoller Baustein im Mobilitätsmix. Wichtig dabei sind allerdings zwingend festgelegte Stellplätze, damit sie keine

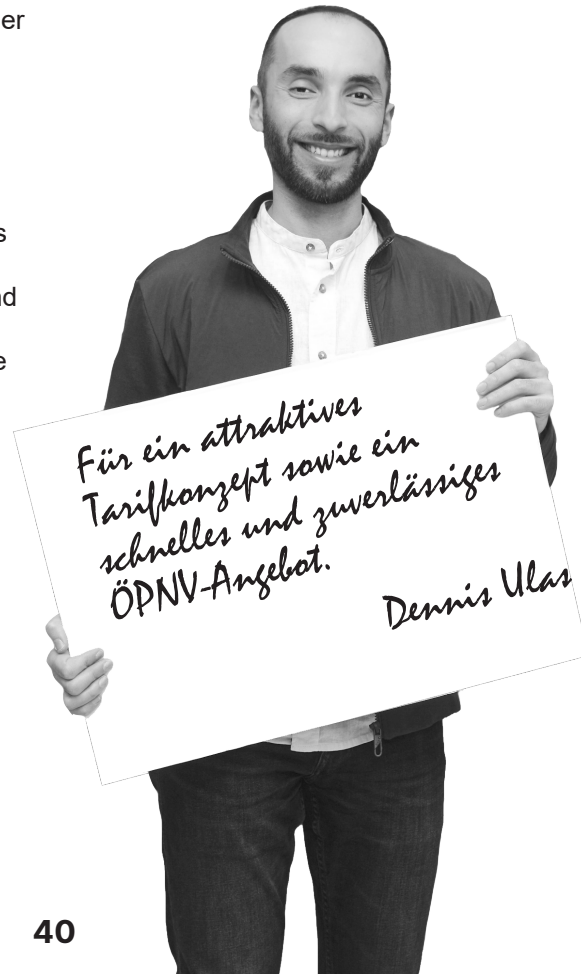
gefährlichen Hindernisse darstellen, und eine Eingliederung in öffentliche Verkehrsunternehmen. Denn es geht um Mobilitätslösungen, nicht um ein Geschäftsmodell mit hohen Gebühren und der Tendenz zur Monopolisierung.

DIE LINKE fordert:

- Mehr Rechte und Sicherheit für Radfahrer*innen und Fußgänger*innen
- Der städtische Fuhrpark wird auf Elektromobilität und Carsharing umgestellt
- Verringerung des öffentlichen Parkraums, dafür Parkhäuser besser auslasten. Neue Tiefgaragen und Parkhäuser in den Quadraten sind nicht notwendig.
- Einführung von Bewohnerparken und Parkraumbewirtschaftung in den Stadtteilen. Die Gebühr für das Bewohnerparken wird so erhöht, dass die Parkstände kostendeckend bewirtschaftet werden können. Dabei sollen für breite und schwere Fahrzeuge (v.a. SUVs) höhere Gebühren fällig werden.



- Prüfung von Quartiersgaragen in den Stadtteilen, um den öffentlichen Raum autofrei zu gestalten
- Die Stadt entwickelt ein Konzept für die Gestaltung des öffentlichen Raums bei sinkender Pkw-Dichte
- Die Stadt entwickelt perspektivisch ein Ridesharing-Modell, das über den Fips hinausgeht
- Die Stadt entwickelt Anreizsysteme, um Privat-Pkw abzuschaffen, bspw. durch Ausbau und Förderung des Carsharings



5. Gute Gesundheitsversorgung und Pflege - für Alle in allen Stadtteilen!

Gesundheit ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht! Deswegen muss der Zugang zu Gesundheit für alle zugänglich und finanzierbar sein. Im zunehmend durchkommerzialisierten Gesundheitssystem werden der Mensch und die Menschlichkeit jedoch an den Rand gedrängt. Wer arm ist, stirbt in Deutschland nach wie vor früher als die Bessergestellten. So liegt in Mannheim die Lebenserwartung bei 77 Jahren, in Heidelberg bei 81 Jahren. Zudem sind Kinder, die in Armut aufwachsen, als Erwachsene häufiger von schwerer Krankheit betroffen. Teure Zusatzzahlungen belasten arme Menschen am meisten. Diesem System müssen Alternativen geboten werden, damit der Fokus der Medizin wieder auf Menschen statt auf Profiten liegt. Eine solidarische Gesundheitsversicherung („Bürger*innenversicherung“) macht Gesundheit für alle zugänglich und ist daher die beste Alternative zur Zweiklassenmedizin. Sozialpolitisches Ziel muss es sein, durch kommunale Initiativen Gesundheit gezielt zu fördern und eine medizinische Versorgung ohne kommerziellen Druck anzubieten, die Zeit hat für Probleme der Patient*innen, für eine nachhaltige Gesundheitsprävention, statt nur für Krankheitsmanagement. Langfristiges Ziel muss es sein den

Krankheitsgrund Armut aufzulösen.

Schutz vor Hitze

Wegen des Klimawandels wird Hitze zunehmend zu einem Gesundheitsrisiko. Inzwischen gibt es in Deutschland mehrere Tausend Todesfälle pro Hitzesommer – Tendenz steigend. Aufgrund der Lage, der vielen versiegelten Flächen und wenigen Grünflächen sind die Sommer in Mannheim bereits jetzt schwer zu ertragen. Von der Hitze besonders betroffen sind Risikogruppen wie zum Beispiel alte Menschen, chronisch Kranke oder Menschen, die im Freien arbeiten müssen. Mannheim hat bereits einen Hitzeaktionsplan, in dem Maßnahmen zur Verhinderung von hitzebedingten Erkrankungen und Todesfällen stehen. Die Förderung für diesen ist jedoch aus befristeten Projektmitteln bereitgestellt. Notwendig ist die langfristige Förderung, denn der Klimawandel wird uns auch in Zukunft noch begleiten!

DIE LINKE fordert:

- Einen klaren Auftrag des Landes für Hitzeschutz. Nur so können Maßnahmen zum Hitzeschutz langfristig begleitet und finanziert werden
- Kostenloser Zugang zum Herzogenriedpark im Sommer. Alle Menschen sollen die Möglichkeit haben sich im Schatten abzukühlen, unabhängig von ihrer finanziellen Lage
- Trinkwasserbrunnen in der Stadt sollen aufgestellt werden, bei

Festen soll kostenloses Trinkwasser ausgegeben werden.

Aufbau einer öffentlichen ambulanten Gesundheitsversorgung in sozial benachteiligten Stadtteilen

Nach den Kriterien der kassenärztlichen Bedarfsplanung ist der kassenärztliche Bezirk Mannheim überversorgt mit Arztpraxen. Weitere Niederlassungen werden nicht zugelassen. Für die Bedarfserhebung ist es unerheblich in welchen Stadtteilen sich die niedergelassenen Praxen befinden.

Das hat zur Folge, dass die medizinische Versorgung in den Mannheimer Stadtteilen ungleich und unfair verteilt ist. In den ärmeren, nicht zentralen Stadtteilen besteht eine schlechter ausgebaute ärztliche Versorgung, jedoch ein hoher Anteil an armutsbedingten Krankheiten.

So gibt es z.B. im kinderreichen Stadtteil Hochstätt keine Kinderarztpraxis. Aufgrund eines durch DIE LINKE initiierten Antrags wurde für diesen Stadtteil zumindest eine Familienhebammenstelle geschaffen und 2023 besetzt.

Aber auch andere Stadtteile, wie z.B. Schönau-Nord, weisen eine haus- und kinderärztliche Unterversorgung aus, obwohl dort besonders viel Unterstützung benötigt wird.

Auf erfolgreiches Drängen der Linken im Gemeinderat wird seit 2022 beim Gesundheits- und Jugendamt ein Konzept

zur Gesundheitsversorgung für Kinder und Jugendliche in sozial benachteiligten Stadtteilen erarbeitet. Das erste Ergebnis ist ein ‚Gesundheitscafe‘ genanntes Projekt auf der Schönau mit einer halben Stelle. Dort soll perspektivisch Erstberatung in medizinischen Fragen angeboten und die Vernetzung der bestehenden Angebote ausgebaut werden.

Um grundsätzlich eine bessere medizinische Versorgung in diesen Stadtteilen zu erreichen, hält DIE LINKE die Schaffung eines Kommunalen Medizinischen Versorgungszentrums im Eigentum der Stadt mit angestellten Ärzten für geeignet.

Das würde gut harmonisieren mit dem Interesse vieler junger Ärzt*innen, keine eigene Praxis zu betreiben und geregelte Arbeitszeiten zu haben.

Die wie Pilze aus dem Boden sprießenden privaten Medizinischen Versorgungszentren, die zum Teil von rein profitorientierten Investoren gegründet werden, lehnen wir ab.

DIE LINKE fordert:

• In medizinisch unterversorgten Stadtteilen den gezielten Aufbau einer öffentlichen ambulanten Gesundheitsversorgung. Prüfung des Modells eines Kommunalen Medizinischen Versorgungszentrums mit direkter Anbindung an eine Sozialberatung und mit psychotherapeutischen Angeboten. Die Planung und der Betrieb solch einer ambulanten Einrichtung obliegen der Stadt Mannheim. Das

heißt, die Immobilie gehört der Stadt und die dort tätigen Fachkräfte arbeiten zu kommunalen Tarifen.

• Eine feste Koordinationsstelle für Kooperationen mit bestehenden Angeboten (Beratungsstellen, Vereinen etc.) in diesen Stadtteilen

Auch psychische Gesundheit ist Gesundheit: Faire Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen

Menschen, die in Mannheim wohnen, sind stärker armutsgefährdet und von Armut betroffen als in anderen Städten Baden-Württembergs. Damit geht auch eine stärkere Gefährdung einher, an psychischen oder psychiatrischen Erkrankungen zu leiden. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen mit psychischen Erkrankungen eine angemessene Betreuung und Versorgung erhalten. Dazu gehört zum Beispiel, dass es in allen Mannheimer Stadtteilen einen gleichen Zugang zu psychotherapeutischen Angeboten und sozialpsychiatrischer Versorgung gibt. Zudem möchten wir, dass Menschen mit psychischen Erkrankungen gleichberechtigt am Alltag teilnehmen können - ohne Diskriminierung, Stigmatisierung oder Gewalt zu erfahren. Die zwei Fälle von tödlicher Polizeigewalt in Mannheim haben gezeigt, dass es hier, gerade bei staatlichen Behörden, noch nicht genügend Sensibilität für dieses Thema gibt.

DIE LINKE fordert:

• Einen bedarfsgerechten Ausbau der sozialpsychiatrischen

Versorgung in allen Stadtteilen, vorrangig in Stadtteilen des Sozialraums III, IV und V.

• Schulungsangebote für staatliche und kommunale Behörden, insbesondere die Polizei, für den Umgang mit Menschen in psychischen Krisen.

Gesundheit, wirklich für alle! – Clearingstelle

Bei der ‚Malteser Medizin für Menschen ohne Krankenversicherung‘(MMM) finden Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen nicht krankenversichert sind, Ärztinnen und Ärzte, die Erstuntersuchungen, Versorgung und medizinische Beratung bei Erkrankung, Verletzung oder einer Schwangerschaft übernehmen. Präventionsmaßnahmen, wie Vorsorgeuntersuchungen, verschiedene Tests und Impfungen, werden ebenfalls angeboten. Die Hilfesuchenden sind vor allem Bürger*innen aus den neuen EU-Mitgliedsländern, aber auch Menschen mit deutschem Pass, z. B. Selbständige, die ihre private Krankenversicherung nicht mehr bezahlen können. Der Anteil an Schwangeren und Kindern ist hoch. Das Angebot ist für die Patient*innen kostenlos und wird aus Spenden finanziert, das medizinische Personal engagiert sich komplett ehrenamtlich.

Seit mehreren Jahren versuchte DIE LINKE vergeblich über Anträge zum städtischen Haushalt die Gründung einer an die MMM angebotenen ‚Clearingstelle‘ zu erreichen. In

anderen Städten erfolgreich erprobt, wird dort mit einzelnen Patient*innen danach gesucht, ob doch Wege in die gesetzliche Krankenkasse zu finden sind.

Nun ist es der MMM über einen erfolgreichen Förderantrag beim Land Baden-Württemberg selbst gelungen, die Finanzierung der Clearingstelle, besetzt mit einer halben Fachkraft, ab Januar 2024 befristet für ein Jahr zu sichern.

DIE LINKE fordert:

- Die langfristige Absicherung dieser Stelle auch über das Jahr 2024 hinaus durch unbefristete Förderung
- Einen Zugang für alle zur Krankenversicherung

Anonymer Krankenschein

Auch mit Existenz der Clearingstelle wird es weiterhin Menschen geben, die nicht in das derzeitige Sozialversicherungssystem zu integrieren sind.

Die medizinische Versorgung läuft bei der MMM durch ehrenamtliche Ärzt*innen aus verschiedenen Fachrichtungen, die jedoch nicht alles abdecken können. Schwierigere Behandlungen müssen an entsprechende Fachpraxen weitervermittelt werden. Wenn Fachärzt*innen überhaupt bereit sind diese Menschen zu behandeln, schicken sie meist eine Rechnung an die MMM, die aus dem Spendenbudget der Malteser beglichen werden muss. Wie allgemein zu beobachten, ist die Spendenbereitschaft der Menschen aufgrund der schlechten

ökonomischen Entwicklung eher im Sinken. Gleichzeitig steigen jedoch der Bedarf und die Kosten für Medikamente etc. rapide an.

Die MMM streben daher das Modell des ‚Anonymen Krankenscheins‘ an. Aus einem Etat im Städtischen Haushalt (beantragt sind 35.540,00€ /Jahr) sollen die eingehenden Rechnungen von Ärzten bezahlt werden, höchstens 1000 € pro Patient*in. Um das formal besser handhaben zu können, sollen die Patient*innen mit nicht von der MMM abzudeckendem Bedarf einen codierten Anonymen Krankenschein bekommen, der die Funktion einer Überweisung hat. Mit so einem formalisierten Verfahren hofft man auch mehr niedergelassene Ärzte ins Boot zu holen.

DIE LINKE hat zum Haushalt 2024 einen entsprechenden Antrag eingebracht. Er kam nicht zur Abstimmung, da die Stadtverwaltung erklärt hat, dass sie gemeinsam mit der MMM ein entsprechendes Konzept erstellen wird.

DIE LINKE fordert:

- Zeitnahe Erstellung und Umsetzung des Konzepts mit einem unbefristeten Finanzierungsplan. Befristete Projekte bieten immer Unsicherheit. Darunter leidet oft die Qualität der Arbeit und es werden Ressourcen für Weiterbewilligungsanträge verschlissen.

Prävention von sexuell übertragbaren Krankheiten

In Mannheim gibt es mehr Neuansteckungen mit HIV als im bundesweiten Durchschnitt. Gleichzeitig gibt es wenige Möglichkeiten sich in Mannheim auf sexuell übertragbare Krankheiten testen zu lassen. Viele Testangebote werden von Ehrenamtlichen gestemmt. Wir setzen uns dafür ein, dass Mannheim Teil der „Fast Track Cities“ Initiative wird, deren Ziel es ist, dass 95% aller HIV-Infektionen erkannt und therapiert werden. Dafür müssen in Mannheim die Möglichkeiten zum Testen ausgebaut werden und mehr Aufklärung stattfinden. Gleichzeitig setzen wir uns gegen die Stigmatisierung und Diskriminierung von Menschen mit HIV ein.

DIE LINKE fordert:

- Wir unterstützen die Fast Track Cities-Initiative
- Den Ausbau von Möglichkeiten, sich auf sexuell übertragbare Krankheiten testen zu lassen, z.B. durch eine feste Anlaufstelle.
- Die Umsetzung der Fast Track Cities-Initiative zusammen mit Betroffenen

Krankenhäuser in Mannheim

Das Universitätsklinikum Mannheim GmbH ist das einzige hiesige Krankenhaus, das den Anspruch der „Maximalversorgung“ erfüllt. Als 100%ige städtische Tochtergesellschaft trägt die Stadt die volle Verantwortung für das UMM. Insbesondere

die finanzielle Verantwortung musste die Stadt in den letzten Jahren immer wieder schultern, um den Krankenhausbetrieb zu sichern. Das stellt die städtische Haushaltsplanung vor enorme Herausforderungen und schwer kalkulierbare Risiken. Nicht zuletzt durch die Corona-Pandemie bekamen die Krankenhäuser in Deutschland die schlechte Ausfinanzierung des Gesundheitssystems bitter zu spüren und müssen nun um ihr Überleben kämpfen. Es zeigt sich immer mehr, dass das Fallpauschalensystem unsere Krankenhäuser und damit unsere medizinische Versorgung hochgradig gefährdet.

DIE LINKE Mannheim stellt sich klar gegen profitorientierte Krankenversorgung und auch gegen die Privatisierung von Krankenhäusern. Die schlechte Ausfinanzierung der Krankenhäuser und der Kommunen gleichzeitig macht es leider nahezu unmöglich, ein kommunales Krankenhaus - insbesondere mit Lehrauftrag - auf Dauer selbst zu tragen. Seit einigen Jahren gibt es daher die Bestrebung zu einem Verbund mit dem Heidelberger Uniklinikum. Beide Häuser könnten einander dabei unterstützen, die gute Gesundheitsversorgung in der Rhein-Neckar-Region aufrecht zu erhalten und auch den Wissenschaftsstandort zu fördern.

Doch dazu braucht es ein klares Bekenntnis des Landes Baden-Württemberg zum UMM und auf Dauer die Übernahme oder bessere

finanzielle Versorgung unseres Maximalversorgers. Auch die Beschäftigten und Studierenden im UMM, die dort täglich ihr Bestes leisten, verdienen Sicherheit und konkrete Aussagen darüber wie es in den nächsten Jahren mit dem UMM weiter geht. Das zentrale Neubauprojekt „Neue Mitte“, das unausweichlich für einen zukunftsfähigen Krankenhausbetrieb ist, kann die Stadt nicht alleine schultern und muss vom Land finanziert werden.

DIE LINKE fordert:

- Die Landesregierung bekennt sich zum UMM, treibt die Verbundlösung weiter voran und übernimmt perspektivisch das UMM von der Kommune. Als Universitätsmedizin ist das UMM längst auf einer fachlichen Ebene mit den Universitätsklinken des Landes und verdient jetzt auch die entsprechende finanzielle Ausstattung.
- Die Landesregierung investiert verstärkt in die nötigen Umbaumaßnahmen und Neubaumaßnahmen des UMMs.
- Die bedarfsgerechte, qualitativ hochwertige und wohnortnahe Krankenhausversorgung wird erhalten. Privatisierungsabsichten treten wir strikt entgegen. Alle Arbeitsplätze in allen Bereichen des Klinikums bleiben in öffentlicher Hand. Bestehende Servicegesellschaften werden abgeschafft, deren Personal wird in die bestehenden Tarifverträge aufgenommen.

Es gibt verbindliche vertragliche Regelungen zur Entlastung des Pflegepersonals und eine den gesetzlichen Vorgaben entsprechende und bedarfsgerechte Personalbemessung für alle im Krankenhaus tätigen Berufsgruppen.

Bedarfsgerechte und bedürfnisorientierte Versorgung für ältere Menschen

Der demographische Wandel der Gesellschaft und seine Folgen gewinnen zunehmend an Bedeutung. Während es in unserer Gesellschaft auch dank des medizinischen Fortschritts immer mehr Senior*innen gibt, sind diese immer mehr von Einsamkeit und durch die sinkenden Renten von Altersarmut betroffen. Frauen sind dabei besonders stark von Altersarmut betroffen. Diesen Menschen, die ihr Leben lang ihren Beitrag zu unserer Gesellschaft geleistet haben, ob im Beruf oder bei der Kindererziehung, schulden wir nun auch ein würdevolles Altern.

Der Zustand der städtischen Seniorentreffs ist im Moment skandalös. Schon 2019 wurde bekannt, dass nur 4 von 19 Senior*innentreffs in Mannheim überhaupt barrierefrei sind und weder finanziell noch personell ausreichend ausgestattet sind. Oftmals sind es die Senior*innen selbst, die als ehrenamtliche Helfer*innen die Treffs schultern. Ihnen gilt unser Dank dafür. Die Stadt Mannheim hat mit der Professionalisierung der Senior*innentreffs begonnen und plant auf der Vogelstang unter

anderem eine intergenerationale Begegnungsstätte und zwei Pflegestützpunkte. In der Zwischenzeit hat sich die Versorgung der Senior*innen allerdings weiter verschlechtert. In der Pandemie wurden Angebote zunächst stark eingeschränkt und die Vereinsamung verstärkt. Um würdevoll zu altern, brauchen die Senior*innen in Mannheim ein differenziertes und starkes Angebot in den Senior*innentreffs vor Ort. Diese Treffs sind Orte des Austauschs, aber auch des Lernens und Erlebens. Ob Computerkurse für die soziale Teilhabe oder die warme Mahlzeit als Hilfe bei Altersarmut, die Senior*innentreffs brauchen die Mittel, diese bedürfnisgerechten Angebote vor Ort zu gestalten.

DIE LINKE fordert:

- In allen Stadtteilen werden Treffpunkte mit fachkompetentem Personal zur Begegnung, Kommunikation und gegenseitiger Unterstützung von jüngeren und älteren Menschen eingerichtet.
- Insbesondere werden Angebote für Menschen mit geringem Einkommen und wenig sozialer Anbindung geschaffen, um Vereinsamung vorzubeugen. Dazu gehört auch die Möglichkeit schmackhafter und gesunder Mahlzeiten zu einem günstigen Preis.

Die Linke

Mannheim

• Neue Wohnformen werden gefördert, damit die Menschen in ihrem bisherigen Wohnumfeld, bei Bedarf mit Unterstützung von Wohnbegleiter*innen, in Würde altern können.

- Die Senior*innentreffs müssen mit ausreichenden finanziellen und personellen Mitteln ausgestattet werden, um bedürfnisorientierte Angebote vor Ort bieten zu können.
- Alle Seniorentreffs müssen perspektivisch barrierefrei ausgebaut werden.



6. Wirtschaft und Arbeit der Stadt Mannheim

1. Wirtschaftsstandort Mannheim: Menschen fördern, Wirtschaft fördern

Die Menschen brauchen sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze. Denn auch die finanzielle, soziale und kulturelle Leistungsfähigkeit der Stadt Mannheim hängt u.a. von der Stärke ihrer Wirtschaft und dem Einkommen ihrer Bürger*innen ab.

Mannheim ist eine bedeutende Dienstleistungs- und Handelsmetropole und trotz aller Opfer der Modernisierung immer noch ein starker Industriestandort. Die Wirtschaft braucht gut ausgebildete Arbeitskräfte, sie braucht eine zweckdienliche Infrastruktur für Personen und Güter, die sich den Anforderungen der Ökologie anpassen muss. Um dies alles sicherstellen zu können, muss von der gewerblichen Wirtschaft eine angemessene Beteiligung an den Kosten gefordert werden. Der aktuelle Gewerbesteuer-Hebesatz von 430 % ist dabei das Mindeste.

Leider gibt es in Mannheim neben tariflich abgesicherten Arbeitsplätzen auch eine große Zahl solcher, die besonders im Dienstleistungssektor kein Einkommen ergeben, von dem man leben kann. Letztlich müssen solche Einkommen vom Job-Center durch Aufstockung subventioniert werden. Viel zu oft auch deshalb, weil der gesetzliche Mindestlohn umgangen oder auf Schwarzarbeit und Scheinselbstständigkeit

gesetzt wird. Hier muss die Stadt, die eine Sicherheitspartnerschaft mit der Landespolizei unterhält, auch mit dem Zoll und der Landesfinanzverwaltung eine Partnerschaft eingehen:

Verstöße gegen das Mindestlohngesetz sowie Arbeitgeber*innen, die Arbeitskräfte ohne Steuer- und Sozialversicherungsbeiträge beschäftigen, in Schwarzarbeit oder als Scheinselbstständige, müssen streng zur Rechenschaft gezogen werden. Die Kleinunternehmen in unserer City aus Handwerk, Handel und Gastronomie sind zunehmend belastet. Zum Einen aufgrund der starken Konkurrenz durch den Onlinehandel, der durch die Corona-Pandemie enorm an Aufwind gewonnen hat, aber zum anderen auch aufgrund der stetig steigenden Boden- und Mietpreise ist der Einzelhandel unserer Stadt gefährdet. Eigentümerbetriebene Läden und Gaststätten sind zunehmend in ihrer Existenz bedroht. Dies führt zur Verödung von Stadtteilen und auch zur Vernichtung von nicht wenigen Arbeitsplätzen. Um dem entgegen zu wirken muss in die Infrastruktur investiert werden, um das Einkaufserlebnis zu verbessern.

Dazu gehört eine gute Anbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln, auch speziell für das Mannheimer Umland, beispielsweise mit einem gut ausgebauten Park and Ride-Angebot. Darüber hinaus muss auch bei Gewerbeimmobilien in die Preisentwicklung eingegriffen

werden. Die Kommunalisierung von Gewerbeimmobilien in der Stadt kann dabei Abhilfe schaffen. So sollte die Stadt Mannheim den Ankauf von innerstädtischen Gebäuden mit Gewerbeflächen vorantreiben und auf Landes- und Bundesebene die Idee eines Mietendeckels für Gewerbemieten in Stadtteilzentren anstoßen. Dies wird nötig sein, um die soziale Stabilität und Qualität des Handelsstandortes Mannheim zu sichern.

2. Kommunale Beschäftigungspolitik

Die Stadt Mannheim muss die begonnene Rekommunalisierung von Dienstleistungen, die bisher an Fremdfirmen vergeben sind, weiter voranbringen. Die Subventionierung solcher Firmen über Aufstockungszahlungen durch das Job-Center muss durch tarifliche Bezahlung der Beschäftigten bei der Stadt Mannheim selbst ersetzt werden.

Jugendliche aus Bedarfsgemeinschaften dürfen bei der Frage der Berufsfindung nicht schlechter gestellt werden als andere. Sie müssen besonders unterstützt werden. Noch vor dem Schulabschluss müssen diese Jugendlichen Zugang zu einer qualifizierten Berufsberatung durch die Arbeitsagentur erhalten. Auf jeden Fall muss vor der Vermittlung in eine Berufsbildungsmaßnahme eine persönliche Berufsberatung durch die Arbeitsagentur erfolgt sein.

Da das Job-Center eine gemeinsame Einrichtung von

Bundesagentur für Arbeit und Stadt ist, muss die Stadt ihren Einfluss auf beschäftigungsfördernde Maßnahmen erhöhen.

Diese sollten zukünftig im entsprechenden Ausschuss Wirtschaft, Arbeit und Soziales zunächst vorberaten, diskutiert und beschlossen werden, bevor diese eingesetzt werden. Zukünftig sollte der Gemeinderat hierbei aktiv mitgestalten, statt Maßnahmen erst im Nachhinein zur Kenntnis vorgelegt zu bekommen. Dazu gehört auch eine fortschreitende Ausarbeitung der Fördermaßnahmen, z.B. in Integrationsbetrieben. Der Übergang Schule - Beruf muss für alle Schüler*innen unter gleichen Startbedingungen stattfinden. Hierzu gehört eine qualifizierte Berufsberatung durch die Arbeitsagentur.

Die vorzeitige und zwangsläufige Eingliederung von Jugendlichen aus Bedarfsgemeinschaften in so genannte Fördermaßnahmen muss beendet werden. Stattdessen muss die Stadt Mannheim für alle jungen Menschen eine Ausbildungsinitiative mit den ortsansässigen Betrieben auf den Weg bringen. In einer Situation wie der aktuellen, dass auf der einen Seite viele junge Menschen nach ihrer Schulzeit ohne Ausbildung dastehen und auf der anderen immer mehr Betriebe ihre Ausbildungsplätze nicht besetzen können und in vielen Branchen ein Fachkräftemangel herrscht, ist ein qualifizierter Übergang Schule - Beruf dringender denn je. In diesem

Bereich darf es keine Kürzungen geben, wie wir dies bereits für den Haushalt 2024 erreicht haben.

Nicht nur, aber auch im Zuge des Fachkräftemangels ist es unerlässlich, geflüchtete Menschen in Arbeit zu bringen, bzw. diesen so schnell als möglich Arbeit zu ermöglichen. Neben der Aufgabe, die Mannheimer Betriebe darin zu unterstützen, muss auch die Stadt tarifgebundene Arbeitsplätze schaffen, notfalls auch solche zur Einstiegsbeschäftigung. Hier gilt es, bestehende Qualifizierung anzuerkennen, weiter zu qualifizieren und fehlende nachzuholen. Insbesondere in Bereichen mit besonderem Bedarf wie Pflege und Erziehung soll die Stadt ihre Bemühungen verstärken, Abschlüsse anzuerkennen. Erfolgreiche Flüchtlingspolitik und Integration funktioniert am besten, wenn die Schutzsuchenden in die Lage kommen, selbst für ihr Leben aufzukommen. Dies fördert deren Selbstwertgefühl und stärkt die Gesellschaft sowie auch die Sozial- und Stadtkasse. Funktionierende Integration ist keine Einbahnstraße. Sie bedarf maßgeblich auch den Willen der Gesellschaft.

Stadt und GBG prüfen, ob die ausreichende Bereitstellung von Dienstwohnungen gerade für Menschen, deren Beschäftigung dem Fachkräftemangel entgegenwirken sollen, möglich ist. Das gleiche gilt auch für ausreichende und bezahlbare Wohnungen oder Wohnheime für Auszubildende.

3. Die Stadt als Arbeitgeberin

Die Stadt Mannheim gehört mit über 8000 Teil- und Vollzeitstellen zu den drei größten Arbeitgeber*innen in der Region. Sie beschäftigt, mit über 260 Berufen in 33 Bereichen, verteilt auf 6 Dezernate, so viele unterschiedliche Berufsgruppen wie kein privates Unternehmen. Für viele Beschäftigte ist die Anstellung in der Kommune ein Garant für ein sicheres und planbares Leben.

Trotz der Anstrengungen der Stadt zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Zeiten des Fachkräftemangels, beispielsweise durch die coronabedingte Einführung von mobilem Arbeiten und auch neuen Räumlichkeiten wie dem technischen Rathaus und dem geplanten neuen Grün-Betriebshof, besteht weiterhin Verbesserungsbedarf in einzelnen Bereichen. So bestehen unter den Müllwerker*innen noch immer befristete Arbeitsverträge, aufgrund der saisonalen Arbeit auch wiederkehrende Befristungen. Die Arbeitsverträge müssen dringend konsequent entfristet werden, denn eine Befristung baut unnötigen Druck und Belastung auf die Beschäftigten auf. Stress und drohender Arbeitsplatzverlust machen krank und schränken die Lebensplanung ein. Die wichtige Arbeit, die für unsere Stadtgesellschaft geleistet wird, sollte im Gegenzug die nötige Sicherheit für die Lebensplanung bieten.

Gerade in Zeiten starker Veränderungen sind zufriedene und motivierte öffentlich Angestellte

wichtig. Dies setzt voraus, dass Arbeitsplätze ausreichend besetzt, die Arbeitsmittel und die Qualifikation immer auf dem aktuellen Stand gehalten werden. Gerade für soziale Tätigkeiten sind persönliche und professionelle Weiterentwicklung unerlässlich. Von guter Arbeit im kommunalen Raum müssen alle Bürger*innen profitieren. Daher ist der gute Kontakt zwischen den öffentlich Angestellten und den Bürger*innen von großer Bedeutung. Probleme und Spannungen führen meist in eine sich verstärkende Abwärtsspirale.

Die Stadt Mannheim muss zukünftig auch vermehrt die Tariftreue stärken. So sind das Einhalten der Tarifverträge in den städtischen Tochtergesellschaften zwar gegeben, wird aber dann in Enkeltöchtergesellschaften aufgeweicht. Hier muss es Verbesserungen geben. Alle Enkeltöchter- oder Urenkeltöchtergesellschaften der Stadt sollten sich konsequent an Tarifverträge halten müssen.

Dabei gilt auch zu beachten, was genau die Tätigkeiten der Beschäftigten in den Enkeltöchtergesellschaften sind. Es ist nicht hinnehmbar, wenn in einem Betrieb ein guter Tarifvertrag besteht, dann eine Enkeltochtergesellschaft dort für ähnliche Dienstleistungen eingesetzt wird und deren Mitarbeitende dann aufgrund eines anderen Tarifvertrags ein schlechteres Gehalt bekommen. Es ist nicht tolerierbar, dass in einem städtischen Haus für dieselbe Arbeit

zwei unterschiedliche Gehälter ausgezahlt werden. Hier sollte gelten: Gleiche Arbeit, gleiches Gehalt!

Auch bei der Vergabe von Aufträgen sollte die Stadt zukünftig die Tariftreue als Kriterium berücksichtigen. Es darf nicht sein, dass Anbieter*innen nicht beauftragt werden, weil ihr Angebot teurer ist, weil sie im Vergleich zur Konkurrenz eventuell faire Löhne bieten. Hier muss genauer hingesehen werden, wer von der Stadt beauftragt wird, um ein städtisch betriebenes Lohndumping endlich zu unterbinden.

4. Die Stadt als Unterstützerin der Beschäftigten

Die Stadt Mannheim ist nicht nur Arbeitgeberin, sondern sie muss auch auf der Seite ihrer Einwohner*innen stehen, so dass sie gute, sichere und gut bezahlte Arbeit in Mannheim finden und behalten können. Dazu muss die Stadt nahe bei den Arbeitnehmer*innen stehen. Um dies zu gewährleisten, ist neben dem Schaffen von Strukturen zum Arbeitsplatzaufbau und -erhalt eine enge Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften unerlässlich. Diese haben ein wertvolles, engmaschiges Netz bis in die Betriebe und direkt an die Beschäftigten an ihren Arbeitsplätzen. Speziell in Zeiten der stattfindenden Transformation ist das Wissen der Beschäftigten mehr als Gold wert. Darauf zu verzichten kann sich die Stadt Mannheim gerade in diesen Zeiten nicht leisten. Es ist aktuell vielmehr fatal, dass auf diesen

Wissenspool nicht ausreichend zurückgegriffen wird. Tariflöhne sind mitnichten mit den Arbeitgeber*innen alleine zu schaffen, es bedarf hierzu maßgeblich die enge Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, die wir als wichtige und unerlässliche Partnerinnen in den Fragen Arbeit, Soziales und Gesellschaft sehen.

Transformation und Beschäftigung stellt die Stadt vor große Herausforderungen. Eine ist die Zukunft der Beschäftigten des GKM, das bis spätestens 2030 aus der Kohleverstromung aussteigt. Es müssen Alternativen geschaffen werden, damit die Beschäftigten nach dem Ende der Kohleverstromung weiterhin in Arbeit sind. Transformation muss bedeuten, dass man Beschäftigten, deren Tätigkeiten wie bisher wegfallen werden, auch erklärt, wo sie danach arbeiten sollen. Die Stadt muss hier Anstrengungen unternehmen, damit das GKM weiterhin, aber klimaneutral, als Strom- und Wärmeerzeuger existieren kann. Hier ist alternative Energiegewinnung das Stichwort. Dies würde die Stadt auch unabhängiger von Energieimporten zur Stromgewinnung machen, die zu ca. 99% importiert werden müssen.

5. Für Löhne, die zum Leben reichen: Kommunalen Mindestlohn

DIE LINKE Mannheim setzt sich dafür ein, dass die Stadt parallel zum lokalen Mietspiegel einen lokalen Lebenshaltungskostenpiegel aufstellt. Aus dieser Ermittlung der durchschnittlichen

Lebenshaltungskosten soll ein spezifischer Mannheimer Mindestlohn-Bedarf ermittelt werden.

Zur Anwendung kommen soll dieser, soweit er den bundesweiten Mindestlohn übersteigt. Die Stadt Mannheim soll sich verpflichten, die errechnete Summe als Mindestlohn selbst zu zahlen und bei Ausschreibungen als Vergabekriterium zu benennen, soweit der Aspekt der Tariftreue nicht greift bzw. soweit Tarifverträge nicht bessere Regularien für Arbeitnehmer*innen enthalten.

DIE LINKE Mannheim wirkt darauf hin, dass Stadt und Gemeinderat erstens eine dringende Empfehlung an die lokale Wirtschaft aussprechen, sich an diesem kommunalen Mindestlohn zu orientieren und außerdem die Unternehmen zu einer (kollektiven) Selbstverpflichtung auf diesen Mindestlohn anhalten. Ferner möchten wir, dass die Stadt eine entsprechende Vereinbarung mit der Agentur für Arbeit initiiert, dass Arbeitsverhältnisse unter dem kommunalen Mindestlohn von Bürgergeld-Empfänger*innen nicht angenommen werden müssen.

Langfristig soll diese Initiative das Selbstbewusstsein aller in Mannheim Arbeitenden stärken. Vor allem in den prekären Bereichen wie Gastronomie, Lieferservices und -logistik, persönliche Dienstleistungen aller Art (auch Sexarbeit) sowie in informellen Arbeitsverhältnissen (Tagelöhner*innen, „Arbeiterstrich“) vor allem unserer Mitbürger*innen

mit Migrationsgeschichte, soll dieses Lohnniveau zur Selbstverständlichkeit werden.

DIE LINKE fordert:

Die Stadt fördert fachliche und persönliche Weiterbildung jeder und jedes Angestellten.

- Transparenz zur Situation der befristeten Arbeitsverträge.
 - Überführung bestehender grundlos befristeter Arbeitsverträge in sichere und unbefristete.
 - Tariftreue bei Vergaben von städtischen Aufträgen
 - Tariftreue in städtischen Töchter- und Enkeltöchterunternehmen und gleiche tarifliche Bezahlung bei gleicher Arbeit.
 - Kernverwaltung und Eigenbetriebe garantieren den Verzicht auf sachgrundlose Befristung. Ebenso werden Leiharbeit sowie Scheinselbstständigkeit vermieden.
 - Zu einer grundsätzlich guten Beschäftigungspolitik gehören existenzsichernde Einkommen und ständige Investitionen in Ausstattungen.
 - Betriebe, die öffentliche Dienstleistungen bereitstellen, z.B. die Müllentsorgung, sind immer vollständig durch die Kommune als Eigenbetriebe zu führen. Das Ziel ist es, gut abgesicherte Stellen durch öffentliche Einrichtungen zu bewahren und für die Bürger*innen gute Leistungen zu erhalten.
 - Die kommunalen Betriebe werden so gestaltet, dass die Stadt
- Mannheim von allen Berufsgruppen als attraktive Arbeitgeberin wahrgenommen wird. Das Ziel ist es, den Personalbestand so aufzubauen, dass immer komplexer werdende Aufgaben auch in Zukunft bewältigt werden können.
- Im Zuge einer aufbauenden Personalentwicklung dürfen Bewerber*innen keine Hemmnisse etwa aufgrund langer Erwerbslosigkeit, Quereinstieg in neue Berufsgruppen oder Führungsaufgaben in Teilzeit im Wege stehen. Die Stadt geht mit anonymisierten Bewerbungsverfahren im Kampf gegen Diskriminierungen beispielhaft voran.
 - Die Stadt setzt sich auf Bundes- und Europaebene dafür ein, Freihandelsabkommen zwischen EU und anderen Staatengemeinschaften abzulehnen. Diese sind eine Gefahr für die kommunale Selbstverwaltung und Dienstleistungsbetriebe.
 - Ins Leben gerufen wird eine konsequente und nachhaltige Ausbildungsinitiative der Stadt mit den ortsansässigen Betrieben, damit der Berufseinstieg der Menschen ohne Ausbildung sowie dem in vielen Bereichen bestehenden und drohenden Fachkräftemangel effektiv entgegengewirkt werden kann.
 - Die Stadt setzt sich dafür ein, dass Geflüchtete schnell in Arbeit gebracht werden. Dabei soll bestehende Qualifizierung anerkannt, weiter qualifiziert und nachzuholende gefördert

werden. Auch dies trägt dazu bei, Fachkräftemangel zu bekämpfen und eine erfolgreiche Integration, u.a. durch die Stärkung des Selbstwertgefühls zu erreichen.

- Die Stadt sieht in den Gewerkschaften einen wichtigen und engen Partner bei den Fragen Arbeit, Soziales und Gesellschaft und baut die Zusammenarbeit im Interesse der Mannheimer*innen aus.
- Es muss eine tragbare und nachhaltige Lösung für die auslaufende Kohleverstromung des GKM und deren Beschäftigte gefunden werden. Ein Fokus hierbei muss auf dem Zusammenspiel von Arbeitsplatzerhalt und nachhaltigem Klimaschutz gleichermaßen liegen. Der Ausbau erneuerbarer Energien trägt u.a. nachhaltig und maßgeblich zur Unabhängigkeit von Energieimporten bei.
- Die Stadt Mannheim braucht einen etablierten „Mannheimer Mindestlohn“ als Selbstverpflichtung der Stadt für Auftragsvergaben und als freiwillige Selbstverpflichtung für die Mannheimer Betriebe – sofern die infrage kommenden Tarifverträge keine vorteilhafteren Regelungen enthalten.



DIE LINKE regt gemäß ihrem Grundsatzprogramm zudem an:

- Es wird ein Konzept zur 30-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich als Vollzeit für die Veränderungen der zukünftigen Arbeitswelt ausgearbeitet. Damit werden Arbeitnehmer*innen zugunsten familiärer und ehrenamtlicher Aktivitäten entlastet. Wir wollen die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit für Erziehung und Pflege mit der persönlichen Lebensgestaltung verbessern. Die Stadt soll hierbei auch als Vorreiterin und Vorbild für die private Wirtschaft wahrgenommen werden.

Soziale Belange werden bei kommunalen Ausschreibungen stärker berücksichtigt. Wir möchten, dass Aufträge für Leistungen nur an Unternehmen vergeben werden, die sozialverträgliche Arbeitsbedingungen bieten. Zudem sollen für Waren, die von außerhalb des EU-Raumes stammen, Mindeststandards entsprechend der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte gelten.

- DIE LINKE sieht sich als verlässliche Vertreterin der Beschäftigten im Gemeinderat und wird dies auch kontinuierlich ausbauen und pflegen.

7. Solidarisches und gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen – Menschenrechte sind unteilbar

Solidarische Einwanderungsstadt: kein Ausspielen Geflüchteter gegen arme Bürger*innen in Mannheim!

Mannheim war seit der Stadtgründung im Jahre 1607 schon immer eine für Migrant*innen offene Stadt und ist es bis heute geblieben. Arbeitsmigration nach Mannheim war schon immer Teil der Stadtgeschichte.

Heute steht die Kommune durch die Aufnahme von mehr geflüchteten Menschen als je zuvor vor besonderen Herausforderungen, die es jetzt durch gute Integrationsmaßnahmen als Chance zu nutzen gilt, um unsere Gesellschaft weiter zu stärken. Hierbei gilt es im ersten Schritt, geflüchtete Menschen als Teil unserer Gesellschaft willkommen zu heißen und im späteren Schritt, in gute Arbeit zu bringen, die es ihnen ermöglicht, ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Dazu gehört auch die menschenwürdige Unterbringung von geflüchteten Menschen. Die Stadt Mannheim steht hier immer wieder vor der Herausforderung, gute Unterkünfte zu finden. Diese Unterkünfte sollten unter anderem ausreichend Platz, aber auch Privatsphäre bieten, warm und

trocken sein und auch gut an Supermärkte und den öffentlichen Nahverkehr angebunden sein. Hierbei gilt es auch speziell auf die Bedürfnisse vulnerabler Gruppen wie Familien oder verfolgten Minderheiten einzugehen.

Alle Einwander*innen, ob geflüchtet oder nicht, sollten also in Mannheim auch ein vernünftiges Wohnumfeld zu bezahlbaren Preisen vorfinden und gegebenenfalls von städtischer Seite bei der Wohnungssuche unterstützt werden.

Auch eine unmittelbare medizinische Versorgung geflüchteter Menschen, auch ohne Versicherungskarte, ist nötig, damit diese unter menschenwürdigen Bedingungen hier ankommen können. Dabei gilt es zu prüfen, welche rechtlichen Möglichkeiten die Kommune ausschöpfen kann, um eben nicht auf den nächsten Antrag oder die Bearbeitungszeiten der Ausländerbehörde verweisen zu müssen, sondern unmittelbar Hilfe leisten kann. Oftmals helfen hier in Mannheim Wohlfahrtsverbände aus, wenn es um Beratung und Versorgung geflüchteter Menschen geht. Den Helfer*innen gilt hierbei unser Dank.

Die Beispiele zeigen auch, dass es in Mannheim bereits einige gute Angebote für geflüchtete Menschen gibt. Allerdings sollten diese gezielt zusammengeführt und gestärkt werden, damit gute Integration stattfinden kann. Aus den einzelnen Fäden der sozialen Angebote sollte auf Dauer ein stabiles Netz werden, um die Integration

in Mannheim zu verbessern. Hierbei soll ein Runder Tisch Zuwanderung gegründet werden, an dem verschiedene Akteur*innen unserer Stadt gemeinsam aus der Herausforderung eine Chance machen können.

Geflüchtete, die nach Mannheim kommen, haben keinen uneingeschränkten Zugang zu medizinischer Versorgung. Bisher wird in solchen Fällen eher auf die Wohlfahrtsverbände verwiesen, wenn soziale Belange angesprochen werden. Die Tafeln und Einrichtungen, in denen nicht nur Mahlzeiten verteilt werden, sondern auch medizinische Hilfe geleistet wird für Menschen, die nicht über eine Krankenversicherung verfügen, etwa die Vesperkirche, sind dafür Beispiele. Die Stadtverwaltung sollte sich nicht nur auf immer mehr Industrieansiedlungen und Gewerbebeanmeldungen konzentrieren. Auch die Bewältigung von sozialer Not ist städtische Aufgabe. Soziale Belange von Migrant*innen und Geflüchteten dürfen dabei nicht in Konkurrenz zu den Bedürfnissen von Erwerbslosen und Obdachlosen gestellt werden. Statt Neiddebatten benötigen wir eine Politik des solidarischen Miteinanders.

Willkommenskultur muss weiterentwickelt werden

Auch in Zukunft müssen die Strukturen der Willkommenskultur für Geflüchtete und Migrant*innen weiterentwickelt werden.

DIE LINKE setzt sich kommunal und

überregional ein für:

- Einrichtung einer städtischen Koordinierungsstelle für Geflüchtete und neu ankommende Migrant*innen und den Ausbau der Zusammenarbeit mit den Verbänden der Sozial- und Verfahrensberatung
- Die Ausländerbehörde versteht sich als „Willkommens-Agentur“ und legt die einschlägigen Gesetze humanitär aus. Alle ihre Mitarbeiter*innen werden interkulturell geschult. (Video-)Dolmetscher oder Sprachmittler*innen müssen in ausreichender Zahl zur Verfügung gestellt werden.
- Werbung für mehr Einbürgerungen und größere Unterstützung bei Einbürgerungsanträgen. Die Einbürgerung darf nicht vom Einkommen abhängig gemacht werden.
- Dezentrale Unterbringung in den Stadtteilen. Ausreichender, preiswerter Wohnraum wird für alle, die darauf angewiesen sind, gewährleistet.
- Orte der Begegnung sind in allen Stadtteilen vorhanden.
- Eine Ombuds-Stelle für Migrant*innen und Geflüchtete, die dem Gemeinderat berichtet, wird eingerichtet.
- Orientierungshilfen werden in verständlicher Sprache bereitgestellt.
- Kostenlose, differenzierte Deutschkurse für alle Interessierten
- Kostenlose und diskriminierungsfreie

Gesundheitsversorgung. Dazu macht auch die Stadt ihr Interesse an einer europäischen Sozialversicherung geltend.

Gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe für Alle

Zur Entwicklung der gesellschaftlichen Teilhabe für alle braucht die Stadt einen auf mehrere Jahre angesetzten „Partizipationsplan“, über dessen Umsetzung regelmäßig dem Gemeinderat berichtet wird. Dieser ist in einem Aktionsprogramm für die Stadtteile zu konkretisieren. Er muss die begleitende Unterstützung und Beratung in den Bereichen Leben, Wohnen, Gesundheit, Bildung/ Ausbildung/Weiterbildung, Arbeit, kulturelle und politische Teilhabe für Geflüchtete und Migrant*innen umfassen. Das erfordert überall dort, wo besondere Unterstützung und Förderung notwendig ist, auch Ressourcen bereitzustellen bzw. diese aus Landes- und Bundesmitteln einzufordern.

DIE LINKE fordert:

- Das Recht auf Kita und Schule wird für alle Kinder umgesetzt. Ausländische Abschlüsse werden in angemessen kurzer Zeit überprüft.
- Eine angemessene Unterstützung bei der Suche nach einem Ausbildungs- und Arbeitsplatz wird gewährleistet.
- Interkulturelle Öffnung der Verwaltung, größere Diversität bei Personaleinstellungen auf allen Führungsebenen
- Erweiterte Mitwirkungsrechte

für alle Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Mannheim haben, und größere Repräsentation von Menschen mit Migrationsgeschichte in den politischen Gremien der Stadt

Keine kommunale Unterstützung von Abschiebungen – Mannheim soll Stadt der Zuflucht und Solidarität werden

Wir wollen, dass Menschen, die nach Deutschland geflüchtet sind, um Schutz vor Elend, Krieg, Zerstörung oder politischer Verfolgung zu suchen, in Mannheim willkommen sind. Nach dem Vorbild der USA und Kanadas entwickeln sich auch in Deutschland unter dem Eindruck der Verschärfung der Asylpolitik der Bundesregierung und einer europäischen Abschottungspolitik Ansätze einer Vernetzung von Städten, die sich zu Städten der Zuflucht und Solidarität erklären. DIE LINKE begrüßt, dass auch Mannheim dem Bündnis „Sichere Häfen“ beigetreten ist und dadurch seine Bereitschaft dokumentiert hat, aus Seenot gerettete Schutzsuchende aufzunehmen. Diese Selbstverpflichtung muss nun mit Leben gefüllt werden. Dazu braucht es einen grundsätzlichen Kurswechsel. Stadt und Behörden müssen die ihnen per Gesetz und Verwaltungsregelung übertragenen Rechte, Aufgaben und Ermessensspielräume nach humanitären, menschenrechtlichen und solidarischen Grundsätzen auslegen und anwenden, auch wenn die Bundesregierung aktuell eine Politik der Abschottung vor

und Abschreckung von Geflüchteten vollzieht. Die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Initiativen der Bereiche Wohnen, Bildung, Arbeit und Gesundheit gilt es im Sinne einer menschenrechtlich ausgerichteten Stadtpolitik weiterzuentwickeln und zu vertiefen.

DIE LINKE fordert:

- Keine städtische Unterstützung bei Abschiebungen, insbesondere nicht von besonders schutzbedürftigen Menschen. Landes- und Kommunalbehörden dürfen sich keinesfalls bei Abschiebungen aus Schulen und Kindergärten beteiligen!

- Größerer Einsatz der Stadt auf Landes- und Bundesebene, um mehr Menschen in Not in Mannheim aufzunehmen und für eine Kehrtwende in der deutschen Asylpolitik

- Unterstützung und Ausbau der städtischen Strukturen für bessere Teilhabemöglichkeiten von nach Mannheim geflüchteten Menschen



8. Für Demokratie und Vielfalt – gegen Rechts und völkischen Nationalismus

Rund 20.000 Mannheimerinnen und Mannheimer gingen am 27. Januar 2024 auf die Straße und demonstrierten wie in hunderten anderen Städten für Demokratie und Vielfalt, gegen Rechts, gegen die AfD. Direkter Anlass war ein Treffen von AfD-Mitgliedern mit rechtsextremen und völkischen Nationalisten, bei dem Pläne geschmiedet wurden, wie Millionen von Menschen aus Deutschland deportiert und vertrieben werden sollen.

In der Erklärung der demokratischen Parteien im Gemeinderat Mannheim, die auch DIE LINKE unterzeichnet hat, heißt es dazu zur Situation in Mannheim: „Insbesondere die Äußerungen (der AfD) im Rahmen der Haushaltsberatungen in Mannheim lassen nichts Gutes ahnen. Bevölkerungsgruppen, die in Mannheim friedlich miteinander leben, werden durch die AfD gegeneinander ausgespielt.“

Mit den Mitteln der parlamentarischen Demokratie die parlamentarische Demokratie abzuschaffen und durch diktatorische Regierungsformen zu ersetzen – das ist das Ziel der AfD. Das trifft auf unseren entschiedenen Widerstand.

DIE LINKE vertritt die Grundsätze parlamentarischer Demokratie

und des Rechtsstaates, und sie verteidigt sie gegen alle rechten, rechtsextremen, völkisch-nationalen und faschistischen Bestrebungen, die diese historischen Fortschritte beseitigen wollen. Dies kann nur in einem gesellschaftlichen Bündnis gelingen, das alle demokratischen Kräfte umfasst.

DIE LINKE will darüber hinaus eine weitere Demokratisierung der parlamentarischen Demokratie und ihrer Institutionen, mit größerer Transparenz von Entscheidungsprozessen. Demokratie ist nicht einfach nur „Mehrheitsentscheidung“, sondern umfasst auch den fairen Umgang mit Minderheitspositionen und -interessen bei der öffentlichen, gesellschaftlichen Willensbildung. Eine so verstandene Demokratisierung der repräsentativen Demokratie muss sich auch in der Stadtgesellschaft bewähren. Je komplexer die zu bewältigenden Aufgaben sind, desto größer ist der Bedarf an Bürger*innen -information, -beratung und -beteiligung. Mit einer Mandatierung über fünf Jahre hat der Gemeinderat zwar viel Handlungskompetenz, aber nicht in allen denkbaren Fragen auch die erforderliche Sachkompetenz.

DIE LINKE fordert:

- Die Bürgerbeteiligung bei wichtigen Entscheidungen wird weiterentwickelt. Dafür werden die passenden Formate gefunden und auch digitale Möglichkeiten genutzt.

- Für den Beteiligungshaushalt wird eine breitere Bevölkerungsschicht

als bisher erreicht und eingebunden. Die Umsetzung der von den Bürger*innen gewählten und realisierbaren Projekte muss durch die jeweiligen Fachabteilungen der Stadtverwaltung sichergestellt und unterstützt werden.

- Gemeinderatsarbeit wird transparenter. Das Abstimmungsverhalten der Mitglieder wird elektronisch dokumentiert. Dies ist besonders bei einer politisch immer differenzierteren Zusammensetzung des Beschlussorgans notwendig.

- Die Arbeit der Bezirksbeiräte wird gestärkt und attraktiver. Auch die dezentrale Budgetverantwortung wird gestärkt.

- Verwaltungshandeln wird transparenter: Die Verwaltung erläutert ihr Handeln effektiver und in Formen, die von der breiten Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Desinformiertheit der Bürger*innen bildet u.a. die Basis für Gerüchte und vergiftet das demokratische Klima.

Kein Platz für rechtes Gedankengut in Mannheim

Die demokratischen Parteien des Gemeinderates und die Politik der Stadt und ihrer Verwaltung tragen eine entscheidende Verantwortung dafür, ob sich in Mannheim die Stadtgesellschaft gegen die Rechtsentwicklung zur Wehr setzen kann, ob sie Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit verteidigen und eine sozial gerechte, solidarische

Stadt für alle verwirklichen kann. Gegen soziale und politische Spaltung und Ausgrenzung muss eine Stadt für Alle eine Politik des solidarischen Miteinanders setzen. Verstöße gegen die Grundsätze der Völkerverständigung und der Menschenwürde sowie gegen das Verbot der Volksverhetzung müssen mit allen zur Verfügung stehenden Rechtsmitteln geahndet werden.

Antifaschistische Tradition in Mannheim

DIE LINKE Mannheim stellt sich entschieden gegen rassistische Gruppierungen und Parteien. Wir setzen uns für ein breites gesellschaftliches Bündnis gegen Rassismus und Faschismus ein. Deshalb unterstützen wir Organisationen und Bündnisse, die sich gegen rechte Hetze engagieren. Wir fordern ein solidarisches Zusammenleben ohne Diskriminierung von Menschen, die aufgrund von Krieg, Verfolgung oder Perspektivlosigkeit fliehen mussten und in Mannheim eine neue Zukunft suchen. Die gegen Migrantinnen und Migranten gerichtete Hetze von rechten Parteien und Organisationen spalten die Gesellschaft. Unsere gemeinsame Aufgabe ist es, diese Entwicklung zu stoppen, für eine Welt ohne Rassismus zu kämpfen und dafür zu sorgen, dass in Mannheim kein Platz für Faschismus ist. Durch rechte Parolen spitzt sich der soziale Konflikt weiter zu. Wir treten den rechten Angriffen entgegen – gemeinsam mit allen Menschen, egal welcher Herkunft. Unsere

Alternativen heißen Solidarität und gleiche soziale und politische Rechte für alle. In Mannheim gibt es inzwischen eine gute Tradition, den alten und neuen Nazis über parteipolitische Grenzen hinweg geschlossen entgegenzutreten. DIE LINKE befürwortet diese wirksame Vorgehensweise. Wir unterstützen die Bündnisse „Mannheim gegen Rechts“, „Mannheim sagt Ja“, „Aufstehen gegen Rassismus“ und deren weitere finanzielle Förderung durch die Stadt.

Bildungs- und Aufklärungsauftrag

Die Erinnerungskultur an den Nationalsozialismus und seine Opfer ist in Mannheim weit entwickelt. Bürgerschaftliche Initiativen spielten und spielen dabei eine wichtige Rolle. Dagegen belegen jüngste Studien, dass Wissen und Kenntnis über den Holocaust insbesondere unter der jüngeren Bevölkerung in Deutschland gering bis teilweise nicht vorhanden sind. Hier hat auch die Stadt einen Bildungs- und Aufklärungsbeitrag zu leisten. Viel zu spät ist in Mannheim der Umfang der Verbrechen der sog. „Arisierung“ aufgedeckt worden, ausgehend von der Enthüllung der Arisierungsaktivitäten des Mannheimer Mäzens und Ehrenbürgers Heinrich Vetter. Mit der Dauerausstellung „Was hat das mit mir zu tun?“ zur Mannheimer NS-Zeit im MARCHIVUM hat die Stadt Mannheim eine beispielhafte Möglichkeit, ihren Aufklärungsbeitrag auszubauen.

DIE LINKE fordert:

- Die Stadt ergreift die Initiative für eine Bundesgedenkstätte zu den Verbrechen der Arisierung, die die grundlegende Bedeutung von Rechtsstaatlichkeit und die unteilbare Gültigkeit von Menschenrechten verdeutlicht.

- Die Stadt Mannheim setzt sich von der Feierstunde zum Volkstrauertag, sofern sie vom Militarismus und der Gleichsetzung aller Kriegshandlungen getragen ist, ab und richtet stattdessen ihr Gedenken antimilitaristisch und antifaschistisch aus.

- Antikolonialismus unterstützen, u.a. durch Rückgabe von Raubkunst (z.B. Benin-Bronzen in Mannheimer Museen)

- Straßenumbenennungen unter antikononialen und antifaschistischen Aspekten prüfen

- Regelmäßige aufklärende Veranstaltungen zum Thema Rechtsextremismus für die Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung und der Polizei.

- Intervention und Prävention gegen Rechtsextremismus an Schulen

- Eine präventive Arbeit von Polizei und Justiz durch eine Opfer- und Ausstiegsberatung sowie die Bildung von Aktionsprogrammen gegen Rechts

- Weitere finanzielle Förderung der Bündnisse „Mannheim gegen Rechts“, „Mannheim sagt Ja“ und „Aufstehen gegen Rassismus“

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Ein solcher Konsens muss sich in Gesetzen niederschlagen und von Gemeinderat und Stadtverwaltung aktiv umgesetzt werden.

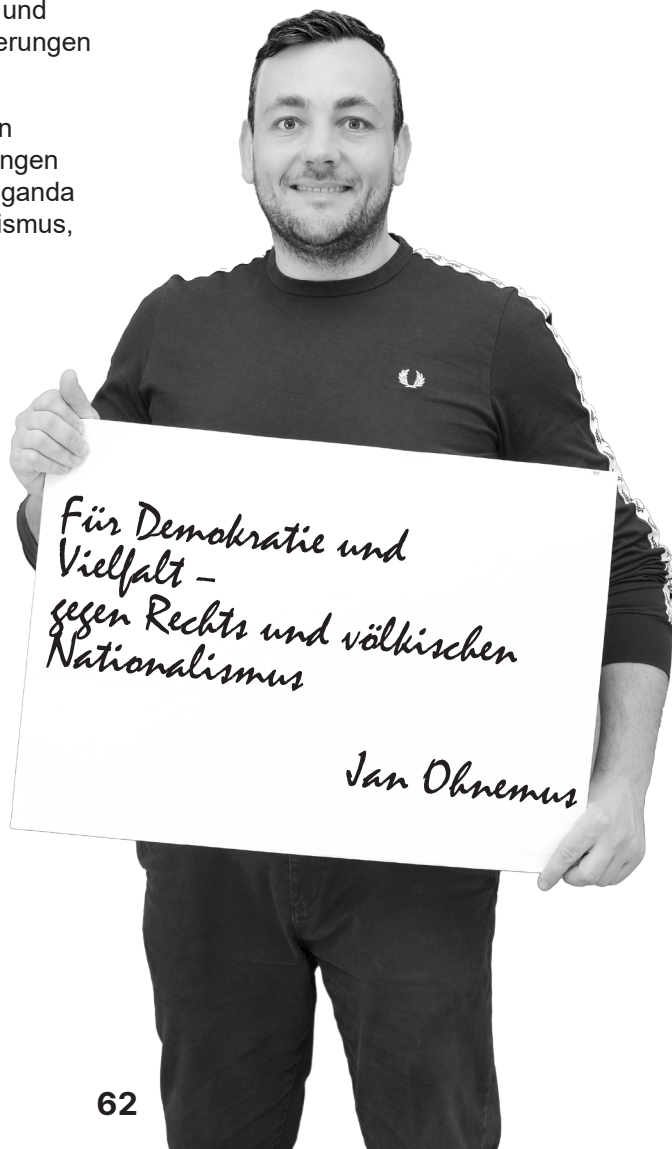
DIE LINKE fordert:

- Städtische Räume werden rechtsextremen, demokratie- und menschenfeindlichen Gruppierungen nicht zur Verfügung gestellt.
- Es werden keine öffentlichen Aufmärsche oder Veranstaltungen zugelassen, bei denen Propaganda für einen völkischen Nationalismus,

Aufforderungen zu Verstößen gegen Menschen- und Bürger*innenrechte und der Straftatbestand der „Volksverhetzung“ zu befürchten sind.

Die Linke

Mannheim



9. Ohne Frauen* ist kein Staat zu machen!

... und auch keine Kommune. Der Frauenanteil an der Mannheimer Stadtbevölkerung beträgt knapp 50%, der Anteil der Frauen* im Mannheimer Gemeinderat gerade mal 44%. Frauen und deren Belange werden immer noch überwiegend von Männern vertreten. Ohne quotierte Listen zu den Wahlen – wie von den LINKEN durchgängig praktiziert - wird der Frauenanteil in den Vertretungsorganen weiter stagnieren.

Gleichstellung von Frauen* und Männern muss durchgängiges Leitprinzip aller Aufgabenbereiche der Stadt sein. Dazu gehört ein bedarfsgerechter Einsatz öffentlicher Mittel durch eine geschlechtergerechte Haushaltssteuerung und die Pflicht zur Prüfung der Auswirkung kommunaler Entscheidungen auf die Geschlechter.

Bei der Stadt Mannheim arbeiten mehr Frauen* als Männer. Führungspositionen sind jedoch mit mehr Männern als Frauen besetzt. Als Arbeitgeberin trägt die Kommune Verantwortung dafür, dass die Rechte von Frauen verwirklicht werden. Hierbei geht es sowohl um gleiche Chancen für den Aufstieg in Führungspositionen, als auch um die Einkommen in den Berufsgruppen, in denen überwiegend Frauen arbeiten.

DIE LINKE fordert:

- Rückführung von privatisierten Arbeitsbereichen der Kommune in tarifgebundene Beschäftigungsverhältnisse.
- Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen; dazu gehören unterstützende Maßnahmen für Frauen und Männer zur Vereinbarkeit ihrer Berufstätigkeit mit der Versorgung von Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen.
- Gute Fortbildungsmaßnahmen, welche sich auch speziell an Frauen* richten, die bereits in der Verwaltung tätig sind.

Bundesweit sind 93% der alleinerziehenden Frauen. In Mannheim ist dieser Anteil nicht niedriger. Ohne Ganztagsbetreuung für ihre Kinder wird ein System unfreiwilliger Teilzeit etabliert. Es ist ihnen kaum möglich, durch Berufstätigkeit ein eigenständiges, existenzsicherndes Einkommen zu erzielen. Das Armutsrisiko bei Alleinerziehenden und ihren Kindern liegt bei über 40%. Altersarmut ist dort fast unausweichlich und trifft hauptsächlich Frauen.

DIE LINKE fordert:

- Ausbau von Maßnahmen zur Rückkehr in den Beruf nach einer Familienpause und die Förderung von Weiterqualifizierungsmaßnahmen
- Ausbau der sozialen Infrastruktur für Familie, Kinder und Jugendliche; dazu zählt eine gebührenfreie bedarfs- und altersgerechte Kindertagesbetreuung.

- Ausreichend vorhandene Wohnungen in allen Stadtteilen Mannheims, die auch mit niedrigen und mittleren Einkommen bezahlbar sind. Gute, bezahlbare Wohnungen sind Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Alleinerziehende und Frauen mit niedriger Rente können keine hohen Mieten zahlen.

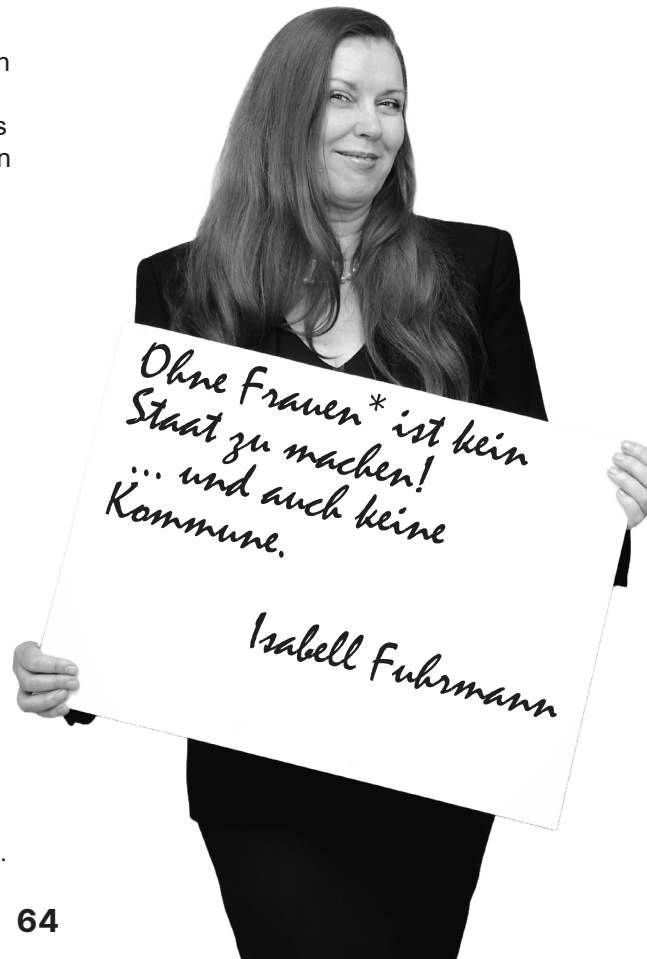
2022 wurden fast 158.000 Frauen und Männer von ihrem Partner oder Ex-Partner misshandelt oder bedroht. Nur jedes fünfte Opfer sucht Hilfe. Tatsächlich sind Hunderttausende betroffen - zu mehr als 80 Prozent Frauen. Die neue Istanbul-Konvention gibt vor, dass die unterzeichnenden Länder Frauen angemessen vor Gewalt schützen müssen. Für Deutschland würde das rund 11.000 Plätze in Frauenhäusern bedeuten, aktuell gibt es gerade mal 6700. Auch in Mannheim müssen viele Frauen von den beiden Frauenhäusern abgewiesen werden, da es weder genügend Plätze gibt noch die Finanzierung gesichert ist. Diese ist nur für Bezieherinnen von Sozialleistungen geregelt, alle anderen können auf Selbstzahlerinnenbasis ein Frauenhaus aufsuchen, was für die meisten nicht leistbar ist.

DIE LINKE fordert:

- Ein Gesetz, das die Finanzierung des gesamten Schutz- und Hilfesystems dauerhaft und verbindlich sicherstellt und die finanzielle Verantwortung dafür zwischen Bund und Ländern so regelt, dass eine bedarfsgerechte Infrastruktur entwickelt werden kann.

- Finanzielle und personelle Förderung von Hilfsprogrammen und bereits bestehenden Einrichtungen für traumatisierte Mädchen und Frauen.

- Die kostenlose Abgabe von Menstruationsartikeln in sämtlichen öffentlichen Gebäuden und Schulen.



10. Queer im Quadrat: LGBTIQ Freedom Zone Wirklichkeit werden lassen!

Menschen mit unterschiedlichen sexuellen und geschlechtlichen Identitäten prägen das vielfältige und offene Leben in Mannheim entscheidend mit. Mannheim ist eine bunte Stadt mit einer aktiven und vielfältig engagierten queeren Community und soll es auch bleiben. Die Stadt Mannheim als Unterzeichnerin der Charta der Vielfalt und Mitglied des Rainbow Cities Network verpflichtet sich zum Einsatz für Menschen vielfältiger sexueller und geschlechtlicher Identitäten. Im Jahr 2021 hat sich die Stadt Mannheim als eine der ersten Städte Deutschlands zur LGBTIQ Freedom Zone („LGBTIQ-Freiheitsraum“) erklärt. Dies stellte zu diesem Zeitpunkt eine Gegenreaktion zur queerfeindlichen Politik in Polen dar, die in „LGBTIQ befreite Zonen“ einen erschütternden Ausdruck findet. Mannheim hat hier also einige gewichtige Titel für eine LGBTIQ-freundliche Agenda aufzuweisen. Es darf jedoch nicht bei Lippenbekenntnissen bleiben, sondern es müssen auch politische Maßnahmen folgen. Dies kann vor allem erreicht werden, indem entsprechende Strukturen vor Ort gestärkt werden.

Als erste Stadt in Baden-Württemberg hat Mannheim eine Beauftragung für die Chancengleichheit von

Menschen vielfältiger sexueller und geschlechtlicher Identitäten geschaffen, kurz LSBTI-Beauftragung. Diese soll das Bindeglied zwischen Politik, Verwaltung und LSBTI-Community (lesbisch, schwul, bisexuell, transsexuell, intersexuell) sein, Konzepte zur Förderung von Chancengleichheit und aktiver Teilhabe von LSBTIQ-Menschen in Mannheim entwickeln und Dienststellen der Stadtverwaltung sowie externen Organisationen beratend zur Seite stehen.

Die Community erwartet zurecht, dass die LSBTI-Beauftragung deren Belange ernst nimmt und diese unterstützen kann. Dies ist wichtig, um Bedürfnisse queerer Menschen in der Stadtverwaltung und auch in der Öffentlichkeit besser sichtbar zu machen. Wir setzen uns für eine angemessene personelle und bessere finanzielle Ausstattung dieser LSBTI-Beauftragung ein. Ihre Funktion als Schnittstelle zwischen Community und Stadtverwaltung ist in den vergangenen Jahren wichtiger geworden.

Einen wesentlichen Beitrag zur besseren Sichtbarkeit leistet die jährliche CSD-Demonstration. Vor der Corona-Pandemie zählte der Mannheimer CSD zu einer der größten derartigen Veranstaltungen in ganz Deutschland. Durch die Pandemie und gestiegene Auflagen sind eine Demonstration und ein Straßenfest mit so vielen Besucher*innen auf ehrenamtlicher Basis nicht mehr zu stemmen und für ausrichtende Vereine nicht mehr

zu finanzieren. Die Stadt muss den Organisator*innen des CSD hinsichtlich des Sicherheitskonzepts sowie anderer Auflagen unterstützend zur Seite stehen und vor allem finanzielle Mittel bereitstellen, um die Veranstaltung zu ermöglichen. Mittelfristig soll aus dem eintägigen CSD eine Pride Week werden. So soll die Strahlkraft Mannheims als queeres Zentrum weit in die Region hinein erhöht werden.

Mit dem Queeren Zentrum Mannheim (QZM), das als Projekt aus dem Beteiligungshaushalt 2019 hervorgegangen ist, hat Mannheim eine Einrichtung erhalten, die unverzichtbarer Bestandteil des queeren Lebens in der Stadt und Region ist. Bereits vor dieser Etablierung hat DIE LINKE die Idee eines queeren und nicht-kommerziellen Treffpunkts in der Stadt unterstützt. In der aktuellen Immobilie können jedoch nicht all die Angebote umgesetzt werden, die das QZM plant. Daher unterstützen wir weiterhin die Suche nach einer geeigneten Immobilie bzw. einem geeigneten Standort, um das geplante Life Cycle Haus, in dem Angebote von Kita bis hin zu Senior*innen-Wohnen angeboten werden sollen, realisiert werden können.

Um Senior*innen zu unterstützen, möchten wir Wohngemeinschaften für ältere Menschen fördern, in diesem Fall auch Wohngemeinschaften für queere Senior*innen, sogenannte Regenbogen-

Altenwohngemeinschaften. Dadurch wollen wir Menschen im Alter vor Vereinsamung und Diskriminierung schützen. Mannheim würde hier Städten wie Berlin und Frankfurt folgen. Abgesehen vom QZM könnte die städtische GBG bzw. APH Wohnungen hierfür bereitstellen, da sie auch über barrierearme und -freie Wohnungen verfügt und gezielt zur sozialen und altersmäßigen Durchmischung der Häuser und Quartiere beitragen kann.

Wir fordern auch Wohngemeinschaften für queere Geflüchtete. In den regulären Sammelunterkünften sind queere Geflüchtete von anderen Geflüchteten bedroht. Somit geraten queere Geflüchtete in den Sammelunterkünften in eine Situation, vor der sie gerade geflüchtet sind. DIE LINKE hat einen entsprechenden Antrag im Gemeinderat gestellt, der trotz Mehrheit im Gemeinderat für ein solches Konzept von der Stadtverwaltung abgelehnt worden ist. Die Notwendigkeit eines sicheren Unterkunfts-konzepts für queere Geflüchtete ist jedoch weiterhin gegeben und muss von der Stadt umgesetzt werden. Gute Beispiele hierfür finden sich in Mainz.

Noch immer erleiden viele queere Menschen Diskriminierung und Gewalt. Viele Betroffene schämen sich, wenden sich deshalb nicht an die Polizei, suchen oft keine psychologische Hilfe. Wir möchten ein niedrigschwelliges Angebot schaffen, an das sich Betroffene zunächst auch anonym wenden

können. Zum einen sollen hier Opfer von Gewalt, aber auch Menschen, die von der Polizei nicht ernstgenommen werden, unterstützt werden. Eine solche unabhängige Meldestelle soll den Menschen als Anlaufstelle dienen und sie bei ihrem weiteren (juristischen) Vorgehen beratend unterstützen.

Bei queeren Veranstaltungen müssen Polizist*innen vorab für die Belange der queeren Menschen sensibilisiert werden, um frühzeitig störende Unbeteiligte zu erkennen und die Veranstaltung zu schützen. Auch der kommunale Ordnungsdienst und die Bürgerdienste müssen gut geschult sein, um einen sensiblen Umgang mit queeren Menschen sicherzustellen. Um hierfür entsprechend qualifiziertes Personal zu bekommen, wäre eine Kooperation mit und eine bessere finanzielle Ausstattung von bereits vorhandenen Beratungsstellen, wie z.B. PLUS (Psychologische Lesben- und Schwulenberatung) Rhein-Neckar e.V. denkbar.

Eine Maßnahme zur besseren Sicherheit für queere Menschen in den Abend- und Nachtstunden könnte ein Angebot ähnlich zum Frauennachttaxi sein. So könnten bspw. bei entsprechenden Veranstaltungen und Partys Gutscheine für eine Rückfahrt mit dem Taxi angeboten werden. In einem Pilotprojekt könnte eine solche Maßnahme getestet werden. Auch wäre eine Kooperation mit dem Fips möglich und mit dem Konzept des Frauennachttaxis sinnvoll.

Um Hass entgegenzuwirken und besseres Verständnis füreinander zu schaffen, muss die Beratung an den Schulen und in Religionsgemeinschaften ausgeweitet werden. Eine Informationskampagne für Schüler*innen kann junge Menschen für dieses Thema sensibilisieren und Betroffene vorbeugend vor Diskriminierung und Ausgrenzung schützen. Die Stadt selbst – über die LSBTI-Beauftragung oder in Zusammenarbeit mit Beratungsstellen – kann besser über die Angebote für junge queere Menschen informieren als es die Lehrkräfte können. Im Vorfeld des CSD wäre eine städtische Plakatkampagne sinnvoll, um gegenseitigen Respekt und Akzeptanz zu fördern und um Anlaufstellen für queere Opfer bekanntzumachen.

Die sexuelle Gesundheit – auch für Menschen, die sich nicht als queer identifizieren – muss stärker als bisher in den Fokus genommen werden.

Die Neuinfektionsrate mit HIV ist in Mannheim im Vergleich zu anderen Städten überdurchschnittlich hoch, Mannheim hatte 2023 die höchste HIV-Neuinfektionsrate unter deutschen Großstädten. Auf Initiative der LINKEN hat eine Mehrheit im Gemeinderat bereits 2020 beantragt, dass die Mitgliedschaft Mannheims im internationalen Städtenetzwerk Fast Track Cities geprüft und in die Wege geleitet werden soll. In diesem Netzwerk haben sich Metropolen auf der ganzen

Welt zusammengeschlossen, um HIV zu bekämpfen und die Neuinfektion mit HIV bis 2030 auf Null herabzusetzen. Dadurch sind bessere medizinische und Beratungsangebote zu erwarten, um HIV und andere sexuell übertragbare Krankheiten besser zu testen, zu behandeln und zu bekämpfen.

DIE LINKE fordert:

- Mannheim muss seinem Titel als LGBTIQ Freedom Zone durch aktive Politik gerecht werden.
- Die LSBTI-Beauftragung wird personell und finanziell besser ausgestattet.
- Der CSD als die größte queere Demonstration in der Region wird gesichert.
- Das QZM wird dabei unterstützt, sein Konzept umzusetzen und so wirtschaftlich tragfähig zu werden.
- Queere Senior*innen-Wohngemeinschaften werden unterstützt.
- Die Stadt setzt ein Konzept zur sicheren Unterbringung queerer Geflüchteter um.
- Die Polizei sowie der Ordnungsdienst und die Bürgerdienste müssen stärker für die Belange queerer Menschen sensibilisiert werden. Es muss eine unabhängige Meldestelle eingerichtet werden, um sich auch über respektloses Verhalten seitens der Polizei beschweren zu können.
- Einführung von Maßnahmen zur besseren Sicherheit queerer

Menschen nachts, ähnlich dem FrauenNachtTaxi

- Informations- und Aufklärungskampagnen gegen Hass seitens der Stadt
- LSBTI-Beratungsstellen erhalten eine bessere finanzielle Unterstützung.
- Die Stadt engagiert sich stärker in der Bekämpfung von HIV-Neuinfektionen.



11. Jugend ist Zukunft!

Die Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern hängen maßgeblich von ihrem sozialen Umfeld ab. Wie solidarisch eine Gesellschaft ist, lässt sich deshalb auch an den Chancen und Möglichkeiten beurteilen, die alle Kinder haben, unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten ihrer Eltern.

Spielplätze wohnortnah und sauber

Gute Spielplätze sind unerlässlich, gerade in dicht bebauten Stadtteilen. Das Spielplatzkonzept der Stadt muss daher kritisch betrachtet und begleitet werden und regelmäßig den aktuellen Bedürfnissen angepasst und zeitnah umgesetzt werden. Die Neuausweisung und Modernisierung von Spielplätzen muss fest eingeplant werden.

Neue Spielplätze und Sanierungen bestehender werden unter Beteiligung von Nutzer*innen konzipiert. Auch andere Spielgelegenheiten in den zentralen Stadtteilen müssen aufgewertet und besser gereinigt werden. In der Fortschreibung des Spielplatzkonzepts müssen diese Punkte berücksichtigt werden.

DIE LINKE fordert:

- Attraktivere Spielplätze und Schulhöfe, v.a. in den zentralen und benachteiligten Stadtteilen
- Die Spielplätze müssen regelmäßig gereinigt werden
- Öffnung der Schulhöfe außerhalb

der Schulzeit

Begegnungsstätten für Kinder und Jugendliche fördern und ausbauen

Kinder- und Jugendhäuser haben in Mannheim großen Zulauf. Zur besseren Förderung und der Entwicklung persönlicher Potentiale, aber auch zur Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen, bedarf es eines besseren und flächendeckenden Angebots an entsprechenden Einrichtungen. Neben der Einrichtung von Jugendhäusern in den Stadtteilen braucht die Jugendförderung Mittel zur passgenauen Entwicklung von Angeboten der Jugendarbeit, die auch über die klassische offene Jugendarbeit in den Häusern hinausgeht (Stelle zur sozialräumlichen Analyse der Bedarfe und Konzeptstellen in den Bezirken). Hier können sich Jugendliche aufhalten, hier werden sie für gesellschaftliche Themen erreicht. Neben der Ausweitung städtischer Jugendtreffs wie z.B. im Wohlgelegen oder in Neuhermsheim soll die Stadt auch Räume zur Verfügung stellen, die von Jugendlichen in Selbstverwaltung betrieben werden können. Offene Jugendarbeit hat trotz oder gerade wegen der notwendigen Entwicklung von Ganztagschulen eine selbständige Bedeutung und muss adäquat und dynamisiert gefördert werden. Das Jugendzentrum in Selbstverwaltung Friedrich Dürr (JUZ) ist unverzichtbarer Bestandteil der politischen Bildungsarbeit für junge Menschen. Seit Jahrzehnten

werden hier Inhalte vermittelt, die für unser demokratisches und friedliches Zusammenleben in Mannheim selbstverständlich sind. Eine Kürzung von städtischen Mitteln lehnen wir ab. Das Jugendkulturzentrum FORUM leistet ebenso eine sehr breite kulturelle und politische Bildungsarbeit für die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen. Die dafür vorhandene personelle Mindestausstattung muss entsprechend der allgemeinen Kostenentwicklung kontinuierlich gefördert werden. Eine Kostendeckelung verringert die Bildungsarbeit.

DIE LINKE fordert:

- Jugendtreffs und -häuser in allen Stadtteilen mit der Möglichkeit zur Selbstverwaltung
- Möglichkeiten für selbstverwaltete, unkommerzielle Treffpunkte für Jugendliche
- Konzeptstelle zur Entwicklung passgenauer sozialräumlicher Angebote der Jugendarbeit
- Erhalt und dynamisierte Förderung von Jugendkulturzentrum FORUM und JUZ
- Sichere beleuchtete Wege und bessere Erreichbarkeit der U-Halle mit dem ÖPNV, wenn das FORUM dorthin zieht.
- Längere Öffnungszeiten abends von Jugendhäusern, wie es DIE LINKE mit einem Haushaltsantrag für 2024 bereits probeweise in die Wege geleitet hat.

- Der Stadtjugendring wird detailliert in die Umzugsplanungen zur U-Halle einbezogen und optimale Arbeitsmöglichkeiten für die Geschäftsstelle und Verbandsmitglieder gewährleistet. Der Zugang zur U-Halle wird barrierefrei und zu allen Tageszeiten sicher gestaltet. Angsträume werden aufgelöst.

Stadtteilkonferenzen und Jugendbeteiligung

Die Stadtteilkonferenzen für Kinder und Jugendliche haben bisher wichtige Erkenntnisse geliefert und sollten von der Stadt Mannheim als ständige Einrichtung fortgeführt werden. Die bisherige Jugendbeteiligung in Mannheim mittels Jugendbeirat und Stadtteilkonferenzen muss hinsichtlich ihrer Wirksamkeit gegenüber Gemeinderat und Verwaltung jedoch kritisch geprüft werden.

Das neue Konzept des Jugendbeirats setzt das um. Bei der Umsetzung der Forderungen müssen eine größere Verbindlichkeit und Einfluss auf Entscheidungsprozesse gewährleistet werden. Eine Nachbesprechung der geforderten Anliegen ist aus Sicht der Linken sinnvoll, um die Stadträt*innen stärker dazu zu verpflichten, die Themen ernst zu nehmen und nach Lösungen zu suchen. Wenn Kinder und Jugendliche eine Rückmeldung bekommen, was aus ihren Anliegen wird bzw. geworden ist, können sie ein besseres Verständnis für politische oder verwaltungsinterne

Prozesse erhalten und stärker zu demokratischer Partizipation motiviert werden. Das Kinder- und Jugendbüro braucht die Möglichkeit, Prozesse zu evaluieren und entsprechend der Wirksamkeit anzupassen.

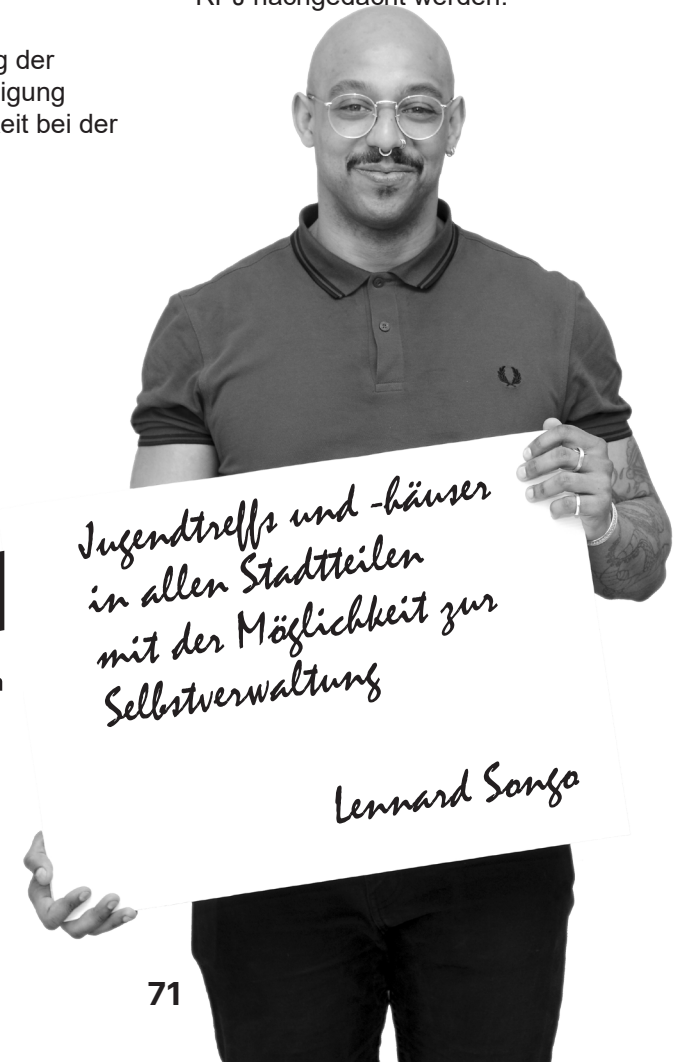
DIE LINKE fordert:

- Fortführung der Stadtteilkonferenzen für Kinder und Jugendliche mit besserer Rückmeldung seitens des Gemeinderats und der Verwaltung zu den Anliegen der Kinder und Jugendlichen
- Eine stärkere Förderung der Kinder- und Jugendbeteiligung und größere Verbindlichkeit bei der

Umsetzung.

Ring Politischer Jugend

Der Ring Politischer Jugend (RPJ) muss in seiner Außenwahrnehmung und als Institution der jugendpolitischen Bildung gestärkt werden. Die Aufnahmekriterien neuer, bisher nicht im RPJ verteilter Jugendverbände demokratischer Parteien muss neu strukturiert werden. Andernfalls muss über eine Kürzung der Gelder oder eine vollständige Neugründung des RPJ nachgedacht werden.



Die Linke

Mannheim

*Jugendtreffs und -häuser
in allen Stadtteilen
mit der Möglichkeit zur
Selbstverwaltung*

Lennard Songa

12. Inklusion und selbstbestimmtes Leben trotz Beeinträchtigungen

DIE LINKE Mannheim streitet seit jeher für eine inklusive Gesellschaft, an der alle Menschen teilnehmen können. Dazu müssen Hürden, sei es im Verkehr, in Gebäuden oder in den Köpfen der Menschen überwunden werden. Wir wollen diese Schranken einreißen, damit ALLE Menschen gleichberechtigt am Mannheimer Stadtleben teilhaben, damit Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen wirksam und umfassend am politischen und öffentlichen Leben teilhaben können.

Der barrierefreie Zugang zu allen Wahllokalen, zu Kultur- und Informationsveranstaltungen, auch der Parteien, muss zur Selbstverständlichkeit werden. Wir möchten den schnellstmöglichen barrierefreien Umbau aller Haltestellen und der Bürgerdienste. Wir möchten eine Gesellschaft erreichen, in der sich ALLE Menschen frei bewegen können, die wirksam dafür sorgt, dass Menschen mit Behinderungen ihre persönliche Mobilität mit größtmöglicher Selbstbestimmung gestalten können. Behinderte Menschen wollen selbstbestimmt leben und arbeiten. Hier sehen wir das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung als wichtigen Schritt hin zu einer solidarischen Gesellschaft für ALLE.

DIE LINKE fordert:

- Die Stadt setzt die UN-Behindertenrechtskonvention auf kommunaler Ebene rechtsverbindlich um.

- Die Belange der Menschen mit Behinderungen werden ohne Ausnahme in jedem Stadium der Stadtplanung und bei der Bereitstellung von Infrastrukturmaßnahmen mit berücksichtigt. Die Behindertenverbände als ihre Interessenvertretungen erhalten hierfür ein verbindliches Mitsprache- und Stimmrecht.

- Barrierefreiheit: Der gesamte öffentliche Raum wird vollständig barrierefrei. Auch Veranstaltungen mit städtischer Beteiligung gibt es nur noch barrierefrei.

- Die Stadt setzt sich aktiv dafür ein, die Integration behinderter Menschen in den allgemeinen Arbeitsmarkt stärker zu fördern und dafür höhere Mittel zur Verfügung zu stellen, um dauerhaft Arbeitsplätze auf dem Ersten Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten.

- Behindertenfahrdienste bieten zum ÖPNV-Takt Zeitfahrten an

- (Assistiertes) Wohnen in den eigenen vier Wänden wird der stationären Unterbringung vorgezogen. Um dies zu erreichen, wird der behindertengerechte Umbau von Wohnungen bedarfsgerecht mit Zuschüssen gefördert.

- Um die Inklusion zu fördern, stellt die Stadt ausreichend qualifiziertes

Personal zur Verfügung.

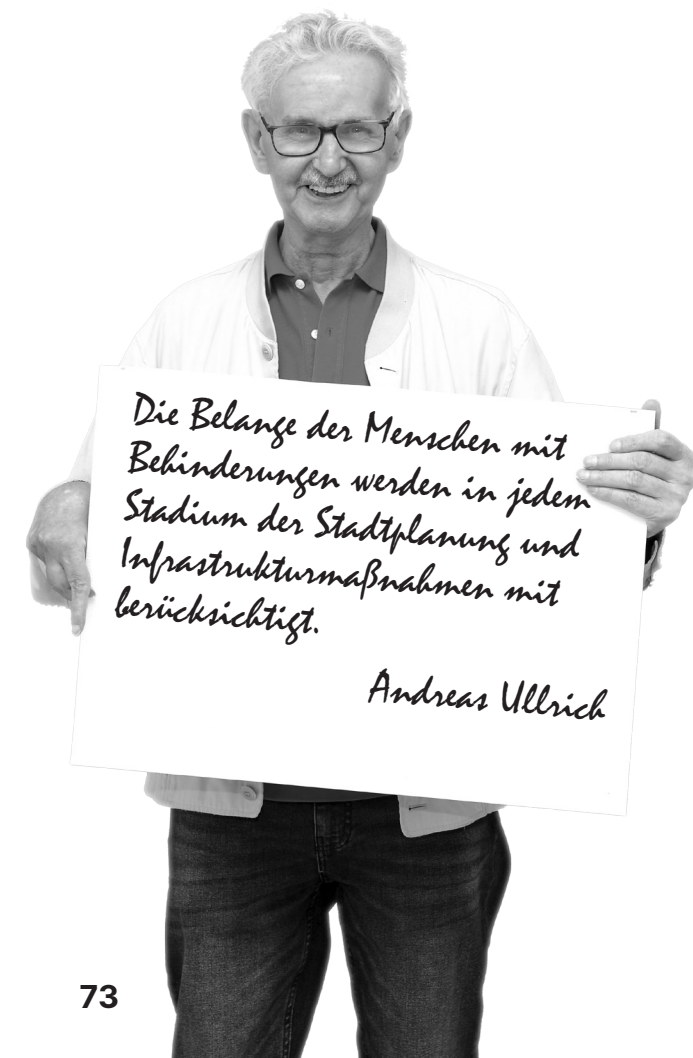
- Die Stadt sucht die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften sowie den betrieblichen Schwerbehindertenvertretungen, um die dauerhafte Integration behinderter Menschen in den allgemeinen Arbeitsmarkt stärker zu fördern. Diese werden zu tariflichen Bedingungen eingestellt. Insbesondere wird auch versucht,

jungen Leuten eine vernünftige Ausbildung zu ermöglichen.

- Die Stadt stellt bei jeder Sitzung des Gemeinderats und bei öffentlichen städtischen Veranstaltungen Gebärdensprach-Dolmetscher*innen.

Die Linke

Mannheim



13. Kultur für alle - alle Kultur sichern

Mannheim ist eine Stadt, die sehr reich an Kultur ist. Dies hat eine lange Tradition, die erhalten, gefördert und ausgebaut werden muss. Wir denken dabei nicht allein an die sogenannte Hochkultur mit ihren „Leuchttürmen“, wie sie beispielsweise erfolgreich durch das Vierspartenhaus Nationaltheater, die Kunsthalle und die Reiss-Engelhorn-Museen (REM) repräsentiert wird. Die kulturelle Stadtentwicklung hat Mannheim in den vergangenen Jahren positiv beeinflusst und kulturell breiter aufgestellt. Diese Errungenschaften sollen erhalten bleiben und die Konzepte weiter ermöglicht werden, allerdings in Einklang mit den Bewohner*innen im jeweiligen Quartier.

Nationaltheater und Museen

DIE LINKE unterstützt das große Projekt Sanierung des Nationaltheaters. Jedoch muss um weitere finanzielle Unterstützung geworben werden, da der Kostenrahmen vermutlich nicht eingehalten werden kann. Allein bei der Ersatzspielstätte „Oper am Luisenpark“ (OPAL) ist es nach der Insolvenz des ursprünglich beauftragten Generalunternehmers und der Fortsetzung der Baufertigstellung zweimal zu Kostensteigerungen gekommen, wodurch der ursprünglich kalkulierte Kostenrahmen nicht mehr gehalten wird. Wir sehen vor allem das Land in der Pflicht, die Generalsanierung

des Nationaltheaters finanziell stärker zu unterstützen. Die Sanierung der Staatsoper in Stuttgart wird vom Land zu 50 Prozent getragen - schätzungsweise könnte dieses Projekt insgesamt bis zu 1 Milliarde Euro kosten, das Land trägt also bis zu 500 Millionen Euro. Das Mannheimer Nationaltheater wird vom Land gerade einmal mit 40 Millionen Euro unterstützt, was lediglich etwa 15 Prozent der Kosten für die Generalsanierung sind.

Als Ersatzspielstätten sehen wir anstatt teurer Ersatzspielstätten eher die Kulturhallen in den Stadtteilen: Einerseits um Kosten zu sparen und andererseits um den Theaterbetrieb näher an die Menschen zu bringen.

Dem Technoseum steht ebenfalls eine kostenintensive Generalsanierung bevor. Außerdem ist es erforderlich, die Ausstellung nach aktuellen museumspädagogischen Konzepten und künftigen Anforderungen der Besucher*innen anzupassen. Auch das wird die Stadt nicht alleine stemmen können.

Kunsthalle und Reiss-Engelhorn-Museen sollen in kommunaler Trägerschaft bleiben. Wir halten an der Forderung fest, dass der Namenszusatz „Engelhorn“ in den Reiss-Engelhorn-Museen entfallen muss. Dieser Namenszusatz wurde als Anerkennung gegenüber Curt Engelhorn für seine Spende und Stiftung an das Museum beschlossen. Das kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Curt Engelhorn durch das Ausnutzen von Steuerschlupflöchern beim

Verkauf seiner Boehringer-Werke in Mannheim sowohl der Stadt als auch dem Staat möglicherweise hunderte Millionen Euro an Steuern vorenthalten hat.

Freie Kulturszene

Das Kulturleben in Mannheim ist weitaus vielfältiger und bietet für jeden Geschmack und jeden sozialen Hintergrund etwas. Nur ist diese freie Szene finanziell meist unzureichend ausgestattet, die Kulturschaffenden - oftmals Selbstständige - betreiben Selbstausbeutung. Das ist nicht hinnehmbar. Eine Stadt, der es gelingt, alle Arten von Kunst angemessen zu fördern, macht sich selbst lebenswert und zum Anziehungspunkt kreativer Menschen, die diesen Prozess weiterführen.

Auch die freie Szene der zahlreichen freien Theater, bildenden Künstler*innen und Musiker*innen wollen wir daher stärker fördern. Mit dem Haushalt der Stadt für 2024 ist es gelungen, die institutionelle Förderung für viele Einrichtungen zu erhöhen. Neue Institutionen wurden in der Vergangenheit in die städtische Förderung aufgenommen. Das begrüßt DIE LINKE sehr. Wir erwarten aber auch gleichermaßen, dass diese kulturellen Institutionen hauptsächlich in Mannheim tätig sind und Künstler*innen aus der Stadt fördern.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt darauf achtet, Honoraruntergrenzen bei Kulturschaffenden einzuhalten und

idealerweise höhere Honorare in angemessener Höhe zu zahlen. So sollen Künstler*innen von ihrer Arbeit auch auskömmlich und ohne Zweitjobs annehmen zu müssen, leben können.

Seit 2014 ist Mannheim UNESCO City of Music. Diese musikalische Auszeichnung muss sich im kulturellen Leben und im Stadtbild besser bemerkbar machen als bisher, bspw. über regelmäßige öffentliche Musikdarbietungen in der Fußgängerzone und in den Stadtteilen.

Club- und Nachtkultur

Das Problem der Club- und Nachtkultur ist, dass deren Einrichtungen nur als „Vergnügungsstätten“ eingestuft werden und daher keine kulturelle Förderung erhalten, obwohl sie ebenfalls Teil des kulturellen Lebens sind. Eine Förderung der Clubkultur hätte aber Vorteile sowohl aus kultureller Sicht als auch aus wirtschaftlicher Sicht, da sie ebenfalls Besucher*innen nach Mannheim locken. Förderung muss hier jedoch nicht nur in finanzieller Form, sondern vielmehr in Form von Bürokratieabbau und anderen Strukturen verstanden werden. Die Hürden für den Betrieb sind bereits hoch, u.a. durch berechtigte Immissionsschutzgutachten. Doch oft beschweren sich Anwohner*innen über den Lärm, wenn Besucher*innen spätestens um 5 Uhr aus den Clubs strömen und sich auf den Heimweg machen. Um diese geballte Lärmproblematik abzumildern und um den Clubs

zusätzliche Einnahmen zu ermöglichen, hält DIE LINKE weiterhin an ihrer Forderung fest, die Sperrstunde 5 Uhr aufzuheben. Dadurch entzerrt sich das Verlassen der Clubs stärker und verlagert sich in die späteren Morgenstunden, wo Bewohner*innen nicht mehr so stark beeinträchtigt werden.

Ebenfalls unterstützen wir die Idee der Kulturfreiflächen, um in den Sommermonaten kulturelle Veranstaltungen im Freien und an Stellen, wo sie keine Bewohner*innen stören, zu ermöglichen.

Zugang zu Kunst und Kultur

Kunst erlebbar zu machen darf aber nicht ausschließlich von der individuellen sozialen Situation unserer Einwohner*innen abhängen. Eine Stadt ohne kulturelles Leben wäre eine arme Stadt. Von der kulturellen Teilhabe ausgeschlossen zu sein, ist Teil der Armut. Der Kulturpass ist daher zu einem unverzichtbaren Angebot geworden. Weitere Maßnahmen müssen jedoch folgen, z.B. eintrittsfreie Tage in Museen oder Theater. Beim Nationaltheater soll eine einkommensgestaffelte Struktur bei den Eintrittskarten geprüft werden, um auch Menschen mit geringem Einkommen einen Theater- oder Opernbesuch zu ermöglichen.

DIE LINKE fordert:

- Die Stadtverwaltung setzt sich beim Land dafür ein, einen höheren Zuschuss für die Sanierung des Nationaltheaters zu erhalten. Mannheim wird hier bspw. Stuttgart

gegenüber benachteiligt.

- Erarbeitung eines Zukunftskonzepts für das Technoseum zusammen mit dem Land
- Keine Ehrung des Steuertrickers Curt Engelhorn! Streichung des Namenszusatzes „Engelhorn“ aus den Reiss-Engelhorn-Museen! Die Stadt könnte einen Beteiligungsprozess starten, um ggf. einen neuen Namenszusatz zu finden.
- Förderung der freien Kunst- und Theaterszene
- Die Nacht- und Clubkultur wird durch Bürokratieabbau und Aufhebung der Sperrstunde besser unterstützt. Sie wird als Bestandteil des Mannheimer Kulturlebens angesehen.
- Das Kulturtragflächenkonzept wird umgesetzt, um Freiflächen zur kulturellen Bespielung auszuweisen.
- Ausbau kultureller Teilhagemöglichkeiten für Menschen mit geringem Einkommen

Das TECHNOSEUM muss ein „Landesmuseum für Technik und Arbeit“ bleiben!

Das TECHNOSEUM, das zu 50 % von der Stadt Mannheim finanziert wird, hat den Bildungsauftrag, sowohl über Technik wie auch über deren soziale Implikationen (Anlässe und Folgen) zu informieren und aufzuklären. Der Direktor des TECHNOSEUMs hat angekündigt, die Ausrichtung des TECHNOSEUM

verstärkt auf Zukunftstechnologien und Folgen neuer Technologien auszurichten. Das TECHNOSEUM orientiert sich damit an der technischen Ausbildung in den Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik, kurz MINT. (Mannheimer Morgen, 14.11.2023).

Das TECHNOSEUM sollte in solchen Entscheidungen autonom sein und bleiben. Dennoch wurde das TECHNOSEUM bei der gemeinsamen Gründung der Stadt Mannheim und des Landes Baden-Württemberg als Museum für Technik und Arbeit konzipiert, wobei unter dem Aspekt der „Arbeit“ die sozial-ökonomischen Aspekte behandelt werden sollten und wurden. Auch die Darstellung von Zukunftstechnologien benötigt

eine intensive Darstellung der gesellschaftlichen Aspekte. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass diese auch bei einer inhaltlichen Neuausrichtung des TECHNOSEUM bedacht werden, bei der entsprechenden Neugestaltung gewerkschaftliche und arbeitnehmerinnennahe Positionen berücksichtigt werden und die Stadt Mannheim als Miteigentümerin des TECHNOSEUM ihren Einfluss in diese Richtung geltend macht.



14. Sport und Vereinsleben

Vereine für den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Die Stadtgesellschaft profitiert von einem starken und vielfältigen Vereinsleben, das ein riesiges Spektrum an Aktivitäten und Aktiven aller Altersgruppen umfasst. Die Vereine übernehmen vielfältige gesellschaftliche Aufgaben, leisten breitgefächerte Jugendarbeit bis hin zur Hausaufgabenunterstützung in Schulkooperationen und sind wichtige Anbieter von Freizeitaktivitäten. Häufig führen Vereine auch Menschen aus sehr unterschiedlichen Milieus und sozialen Umfeldern zusammen, die sonst kaum in Kontakt kommen würden. Damit leisten sie einen Beitrag zum Abbau sozialer Gegensätze. Etliche bieten auch Angebote für Senior*innen und inklusiv für Menschen mit Einschränkungen. Mit hoher sozialer Kompetenz und mit großer Verantwortung tragen die Vereine zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei.

Das Vereinsleben ist auf die Leistungen unzähliger Ehrenamtlicher angewiesen. Wo keine sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse eingespart werden, unterstützen wir ehrenamtliches Engagement voll und ganz. Das Ehrenamt soll allerdings nicht dazu dienen, bürokratische Vorgaben abzuarbeiten. Deshalb fordern wir einen Maßnahmenkatalog aller politischen

Ebenen zum Bürokratieabbau im Zusammenhang mit Vereinen und ehrenamtlichem Engagement.

Von den Vereinen erwarten wir, dass sie sich offen für Vielfalt und gesellschaftliche Entwicklungen zeigen. Es sollte z.B. selbstverständlich sein, sich „gendersensibel“ und respektvoll gegenüber allen Menschen zu verhalten, alte Geschlechterrollen und kulturelle Klischees zu überwinden. So haben Mädchen und Frauen das Recht, selbst zu bestimmen, wie sie sich bei öffentlichen Auftritten, etwa bei der Fasnacht, kleiden und darstellen.

Breitensport ist ein wichtiger Gesundheitsfaktor

Sportliche Angebote tragen nicht nur zu sozialer Bindung, sondern auch zu einem bewegungsaktiven, gesundheitsfördernden Lebensstil in allen Altersgruppen bei. Deshalb steht es für uns außer Frage, dass wir das Vereinsleben mit dem Schwerpunkt Sportvereine fördern und stärken wollen. Zu dieser Förderung gehört auch eine von den Vereinen nutzbare Infrastruktur, z.B. Schulsportanlagen. Wir setzen uns dafür ein, dass diese auch in den Schulferien generell genutzt werden können. Unsere Gemeinderatsfraktion LI.PAR.Tie. hat dazu bereits einen Antrag gestellt.

Darüber hinaus befürworten wir auch Freizeitsport ohne Vereinsbindung und setzen uns für Kursangebote wie „Sport im Park“ sowie den Erhalt und weiteren Ausbau öffentlicher

Anlagen, z.B. „Bolzplätze“ in allen Stadtteilen, ein.

Wichtig ist uns auch ein dauerhaftes Angebot an Bademöglichkeiten. Wir begrüßen das Konzept der Kombi-Bäder der Stadt. Damit werden Badespaß und Sportschwimmen dauerhaft gewährleistet. Allerdings lehnen wir damit möglicherweise einhergehende hohe Eintrittspreise ebenso ab wie die Schließung kleinerer Bäder in den Stadtteilen. Sie stellen dort wichtige Angebote für die Menschen vor Ort dar und tragen zur Attraktivität der Quartiere bei. Insbesondere das Hallenbad Vogelstang und das Herschelbad in den Quadranten müssen erhalten bleiben. Ideen für das Herschelbad wie die Umwandlung in einen exklusiven „Wellness-Tempel“ erteilen wir eine klare Absage.

Keine einseitigen Belastungen zugunsten des Profisports

Wir befürworten die Förderung der Vereine, des Breitensports und des Profisports durch die Stadt

auf verschiedene Art und Weise. Allerdings müssen ausgegliederte Profiabteilungen der Vereine wie z.B. die Spielbetriebs-GmbH des SV Waldhof auf eigenen Beinen stehen und dürfen keine Förderungen erwarten, die ein Gemeinwesen einseitig stark belasten. Auch deshalb sind wir dagegen, dass die Stadt ein neues Stadion errichtet oder mitfinanziert, wenn das Carl-Benz-Stadion günstiger und ökologisch sinnvoller ertüchtigt werden kann. Vielen Fans ist das Stadion auch längst ans Herz gewachsen und eine Rückkehr in den Waldhof scheint aufgrund der Anforderungen an einen Stadion-Standort ausgeschlossen zu sein.

15. 15-Minuten-Stadt: Attraktive Innenstadt und Stadtteilzentren

Mannheim als Oberzentrum hat eine herausragende Funktion für die gesamte Metropolregion Rhein-Neckar, u.a. als Kultur- und Einzelhandelsstandort. Die Innenstadt mit ihrem breiten und vielfältigen Angebot, auch mit dem spezifischen Sortiment (z.B. Hochzeitsmode) lockt Menschen aus weiter Entfernung an. Die letzten Jahre waren dennoch schwierig für den Einzelhandel: Corona-Pandemie, steigende Beliebtheit des Online-Handels, Inflation, Warenknappheit, enorm hohe Gewerbemieten sowie Verkehrsprobleme durch Baustellen auf den Straßen und durch teilweise massive Einschränkungen von S-Bahn und ÖPNV haben den Betrieben in der Innenstadt und in den Stadtteilen zu schaffen gemacht.

DIE LINKE setzt sich für eine attraktive Innenstadt ein und unterstützt Maßnahmen, um die Attraktivität für Gewerbetreibende, Besucher*innen und Anwohner*innen weiter zu erhöhen. Die Sanierung von Planken und Seitenstraßen war eine erste gelungene Maßnahme, die allein jedoch nicht ausreicht. So haben wir auch den Verkehrsversuch Innenstadt unterstützt, der erfolgreich gezeigt hat, dass mit Sperrung von Straßenabschnitten der Durchgangsverkehr deutlich sinkt, gleichzeitig die Innenstadt mit ihren Parkhäusern weiterhin für

den Autoverkehr erreichbar bleibt, die Besucher*innen-Frequenz gestiegen ist, der Radverkehrsanteil erhöht wird und die Aufenthalts- und Wohnqualität sich verbessert haben. Daher halten wir an der Idee fest, die drei Durchgangsstraßen Fressgasse, Kunststraße und Marktstraße für den Autoverkehr zu unterbrechen, um Fahrzeuge gezielt in Parkhäuser und Tiefgaragen zu lenken und den Durchgangs-, Parksuch- und Poserverkehr zu reduzieren.

Die neu gewonnen Freiflächen werden zu attraktiven Fußgängerzonen umgebaut, von der sowohl Einzelhandel und Gastronomie profitieren können, die aber auch als konsumfreie Aufenthaltsbereiche und Grünflächen den Anwohner*innen dienen können. Noch besser wäre es, wenn Besucher*innen gar nicht erst mit dem Pkw in die Innenstadt fahren würden und ihre Fahrzeuge am Stadtrand (Park-and-Ride-Plätze) abstellen würden oder den Weg nach Mannheim mit dem ÖPNV zurücklegen. Die RNV und der Einzelhandelsverband erarbeiten ein Konzept für Rabattaktionen im Einzelhandel gegen Vorlage eines gültigen Fahrscheins/ÖPNV-Abos. Weiterhin erarbeiten Stadt und Einzelhandelsverband ein Konzept zur Zwischenlagerung von Einkäufen oder zum nachträglichen Versand der Waren nach Hause, um Kund*innen mit Fahrrad und ÖPNV besser entgegenzukommen. Aus diesem Grund setzt sich DIE LINKE für einen massiven Ausbau des städtischen und regionalen ÖPNV ein.

Enorm hohe und teilweise noch weiter steigende Boden- und Mietpreise v.a. in der Innenstadt belasten Kleinunternehmen aus Handwerk, Handel und Gastronomie. Eigentümerbetriebene Läden und Gaststätten sind zunehmend in ihrer Existenz bedroht. Das führt in den letzten Jahren vermehrt zu Ladenschließungen, zur Verödung von Innenstadt und Stadtteilen und auch zur Vernichtung von Arbeitsplätzen. Es stellt sich daher zunehmend die Frage, ob nicht auch Gewerbeimmobilien in der Stadt kommunalisiert werden müssen, um die soziale Stabilität und Qualität des Handelsstandortes Mannheim zu sichern. DIE LINKE tritt dafür ein, möglichst viel Grund und Boden in kommunalem Eigentum zu belassen. Die Stadt bzw. die GBG sollen Immobilien mit Gewerbeflächen aufkaufen und dadurch zu einer demokratisch legitimierten Entscheidung darüber führen, welche Betriebe dort angesiedelt werden. Bei besonders wichtigen Immobilien muss die Stadt Vorkaufsrechtsatzungen erlassen, um bei einer geplanten Veräußerung zugreifen zu können. Besonders wichtig wäre dies beim Kaufhof-Gebäude am Paradeplatz.

Mannheim ist aber auch eine Stadt der starken Stadtteile. Daher gilt es die Nahversorgung zu unterstützen und auszubauen. Das Zentrenkonzept muss strikt eingehalten werden, zentrenrelevanter Einzelhandel darf nur noch in den definierten Stadtteilzentren neu entstehen. Großflächige Einzelhandelszentren

wie das Kurpfalz-Center Vogelstang dürfen nicht neu entstehen und bestehende Zentren nicht erweitert werden. Bei der Schließung von Bauhaus in Vogelstang muss verhindert werden, dass sich andere zentrenrelevante Geschäfte auf dieser Fläche ansiedeln. Nahversorger, die einkaufen auf kurzen Wegen ermöglichen, sind jedoch in den Stadtteilen und kleinteiligen Quartieren notwendig und willkommen, ebenso wie Marktstände bzw. Wochenmärkte.

DIE LINKE möchte aber weitergehen als das Zentrenkonzept der Stadt: Mannheim soll das Konzept der 15-Minuten-Stadt aufgreifen und in der Stadtplanung mittel- und langfristig umsetzen. Dieses Konzept sieht vor, dass alle Einrichtungen des täglichen Lebens und Bedarfs (Arbeitsplatz, Kitas, Schulen, Geschäfte, Arztpraxen, Kultur- und Sportangebote usw.) nur maximal 15 Minuten zu Fuß, mit dem Fahrrad oder dem ÖPNV vom eigenen Zuhause aus entfernt sein sollen. Das soll Verkehre reduzieren, das Klima schützen, soziale Begegnungen im Stadtteil ermöglichen, letztendlich auch Stress vermeiden und die Gesundheit der Menschen verbessern. Die Stadtteilzentren würden dadurch für die Bewohner*innen gestärkt werden und an Bedeutung gewinnen. Dieses Konzept muss bei allen Neuplanungen der Stadt berücksichtigt werden, insbesondere bei der Umwandlung von nicht mehr genutzten Industrie- oder Brachflächen (z.B. Spiegelgelände).

Das Ziel der Innenverdichtung, das die Stadt Mannheim verfolgt, kommt dieser Idee schon entgegen. Weitere Faktoren, um dieses Konzept zu unterstützen, sind die weitere Umgestaltung und Attraktivierung von Stadtteilzentren sowie der Ankauf von Schlüsselimmobilien durch die Stadt bzw. GBG, um hier die erforderlichen und notwendigen Nutzungen für einen Stadtteil unterzubringen.

In Einklang mit dem Konzept der 15-Minuten-Stadt müssen auch Gewerbegebiete neu gedacht werden. Zum einen braucht es dort eine stärkere Nutzungsmischung (Zulassung von Wohnen und Kitas), zum anderen muss der Umgang mit der endlichen Ressource Boden verbessert werden. So soll es künftig verboten werden, ebenerdige Parkplätze anzulegen, wenn diese mehr als ein Viertel der überbauten Grundfläche ausmachen. Parkplätze sollen entweder in Tiefgaragen, auf dem Dach oder in Parkpaletten/ Quartiersgaragen untergebracht werden. Die Verbesserung der Fahrradinfrastruktur und des ÖPNV-Angebots in Gewerbegebieten, z.B. durch Verlängerung der Stadtbahnlinie 7 nach Taylor oder bessere Erschließung der Hafengebiete mit Buslinien, kann zu einer Verlagerung hin zu umweltfreundlicher Mobilität führen.

DIE LINKE fordert:

- Die Innenstadt wird durch Verkehrsberuhigung und Umgestaltung des dadurch gewonnen öffentlichen Raums, v.a. in Fressgasse, Kunststraße

und Marktstraße, attraktiver für Gewerbe, Besucher*innen und Anwohner*innen. Der motorisierte Durchgangsverkehr wird unterbunden und dadurch der Pkw-Verkehr insgesamt reduziert.

- Um Einfluss auf die Angebote in der Innenstadt und in den Stadtteilzentren zu entwickeln und um Leerstände zu vermeiden, sollen Stadt bzw. GBG Immobilien mit Gewerbeflächen aufkaufen und diese zu moderateren Mietpreisen an benötigte Gewerbebetriebe vermieten. Hierfür erlässt die Stadt u.a. Vorkaufsrechtssatzungen für Schlüsselimmobilien.
- Die Stadtteilzentren werden durch strikte Einhaltung des Zentrenkonzepts gestärkt.
- Das Konzept der 15-Minuten-Stadt wird in Mannheim umgesetzt.
- Ebenerdige Parkplätze in größerem Umfang werden in Gewerbegebieten untersagt und stattdessen anderweitig realisiert.

16. Mit Sicherheit ein gutes Gefühl für alle Schwächeren

Glücklicherweise zeigt die Kriminalstatistik für Mannheim seit Jahren fallende Tendenzen. Insgesamt können sich die Menschen in der Stadt ziemlich sicher fühlen. Trotzdem gibt es natürlich Quartiere mit überdurchschnittlich vielen Delikten und es gibt Bevölkerungsteile, die für sich eine subjektiv höhere Bedrohungslage sehen. Das sollte nicht ignoriert werden. Bei allen Überlegungen ist zu beachten, dass die Polizei in den Zuständigkeitsbereich des Landes fällt, also nur indirekt ein kommunalpolitisches Thema darstellt. Es gibt jedoch Überschneidungen in den Zuständigkeiten und Befugnissen. So wurde die sogenannte intelligente Video-Überwachung von der Stadt vorangetrieben und mitfinanziert. Der Kommunale Ordnungsdienst gehört dagegen zur Stadt und unterliegt kommunalpolitischer Kontrolle.

Videoüberwachung - keine sichere Lösung

Der Videoüberwachung stehen wir kritisch bis ablehnend gegenüber. Dafür gibt es mehrere Gründe:

Trotz fortschreitender Technik gibt es keinen Schutz vor einem Eingriff in die Privatsphäre und einer gezielten Verfolgung einzelner Personen ohne Straftatsbezug. Die vielgelobte Künstliche Intelligenz zur Erkennung

von vermeintlichen Gefahren neigt wissenschaftlichen Studien zufolge zu selektiver Auswahl, sprich: Rassismus und vorurteilsgeladener Diskriminierung.

Videoüberwachung führt zur Verlagerung von Kriminalitäts-Hotspots. So wurde die Dealer-Szene am Alten Messplatz zu großen Teilen ans Neckarufer und ins Parkdeck an der Neckarpromenade verdrängt und hat dort einen akuten Angstraum geschaffen, der für die Nachbarn sehr belastend ist. Kriminalität ist ein scheues Reh, das Kameras meidet, aber sich deshalb nicht in Luft auflöst.

Der Sicherheits-Effekt ist eher gering, da zwischen Erkennung einer Straftat durch die Videoüberwachung und dem Eingreifen durch die Polizei meistens zu viel Zeit vergeht, um die Täter*innen zu ergreifen. Dadurch steigt weder die Aufklärungsquote noch die Prävention, weil sich dieser Verzögerungseffekt herumspricht.

Das subjektive Sicherheitsempfinden wird nur gering gestärkt. Eine Kamera in luftiger Höhe kann eine Fußstreife, die in einem Quartier regelmäßige Präsenz zeigt, und erst recht sozialarbeiterische Maßnahmen nicht ersetzen. In tatsächlichen oder gefühlten Kriminalitäts-Hotspots wäre die vorstellbarste Alternative Fußstreifen ohne Schusswaffen wie in Großbritannien in Zusammenarbeit mit Sozialarbeiter*innen, vergleichbar mit den sogenannten Tandemstreifen wie zeitweise am Neumarkt eingesetzt. Diese

Streifen könnten mit geringer Eskalationsneigung Konflikte tatsächlich auflösen, anstatt nur zu reagieren, wenn Straftaten bereits passieren.

Rechtlich ist die Voraussetzung für die Videoüberwachung fragwürdig, weil die Kriminalitätsrate insgesamt gesunken und damit der Anlass weggefallen ist.

Waffenverbotszone: Ein Schuss, der nach hinten losgeht

Waffenverbotszonen stellen ganze Quartiere unter Kriminalitäts-Generalverdacht. In Waffenverbotszonen wird das Sicherheitsempfinden eher verringert als erhöht, weil dort von erhöhtem Waffengebrauch ausgegangen werden muss. Die Einschränkungen des Besitzes und Mitführens von Waffen ist zwar zu begrüßen, gelten aber bereits flächendeckend. In Waffenverbotszonen gibt es anlasslose Kontrollen, die befürchten lassen, dass sie sich auf bestimmte Personengruppen beziehen und damit diskriminierende Behandlung durch Sicherheitskräfte begünstigen.

Straftaten ihren Anlass nehmen

Auffällig ist der sehr häufige Zusammenhang zwischen bestimmten Faktoren und Anzahl an Straftaten. Kriminalität hat Ursachen. Dazu gehören z.B. Armut, geringe (Hemm-)Schwellen zu Straftaten bei geringen Lebensperspektiven, Beschaffungskriminalität bei Drogensucht usw. Die besten Maßnahmen gegen Kriminalität setzen vor der

Verübung von Straftaten an. Mit Lebensperspektiven für Menschen in Armut und benachteiligten Lebensverhältnissen, mit Prävention vor und Hilfen bei Suchtkrankheiten, einer Entkriminalisierung von Drogenkonsum, die die Beschaffungskriminalität stark reduzieren würde und vieles mehr. Kriminalität ist nicht nur, aber zuallererst ein soziales Problem. Deshalb begrüßen wir auch die Einrichtung eines beaufsichtigten Drogenkonsumraums auch für harte Drogen.

Sicherheit für vulnerable Gruppen

Nicht nur Eigentumsdelikte sind ein Problem, sondern auch Bedrohungssituationen, Belästigungen und Vorfälle körperlicher Gewalt. Neben dem Auflösen von Angsträumen etwa durch bauliche Maßnahmen und das Einbeziehen von weiblichen Perspektiven und den Perspektiven anderer besonders verletzlicher Gruppen wie Kinder und Senior*innen in die Raumplanung muss diese Perspektive in allen Lebensbereichen Berücksichtigung finden. Deshalb unterstützen wir die Entwicklung der sicheren Fortbewegung von Frauen z.B. mit Frauennachttaxis. Besonders bedrohte Bevölkerungsteile, neben Mädchen und Frauen alle als Randgruppen wahrnehmbare Menschen, z.B. Behinderte und queere Menschen, müssen im öffentlichen Raum besonders geschützt werden. Wir unterstützen Konzepte und Maßnahmen zum Schutz dieser

besonders gefährdeten Gruppen in der Öffentlichkeit, z.B. bei Veranstaltungen über mobile Anlaufstellen, und im privaten Bereich. Deshalb fordern wir die bessere Ausfinanzierung von Frauenhäusern und vergleichbaren Schutzeinrichtungen, Beratungsstellen etc.

Doch auch die Täter (*innen, das jedoch seltener) müssen frühzeitig betreut werden. Gewaltbereitschaft, Intoleranz, Hass, Männlichkeitswahn und Aggressionen haben ihre gesellschaftlichen und individuellen Ursachen, die frühzeitig behandelt werden können - in der Schule, im sozialen Umfeld, im Verein und wenn nötig, in Therapien.

Sicherheit im Straßenverkehr

Menschen erleben in Mannheim zu Fuß, auf dem Rad, mit Rollator, mit Kinderwagen oder Rollstuhl ständige Einschränkungen durch den ruhenden Verkehr in rücksichtslos zugeparkten Straßen oder durch den massenhaften Kraftfahrzeug-Verkehr. Wir erwarten vom Sicherheits- und Ordnungsdienst beim ruhenden Verkehr und von der Verkehrspolizei beim fließenden Verkehr mehr Präsenz und Aufmerksamkeit in Bezug auf die Bedürfnisse und

Rechte der nichtmotorisierten Verkehrsteilnehmer*innen. Besonders bei der Parkraumüberwachung erwarten wir mehr Handlungsbereitschaft. Auch bei Baustellen muss mehr auf die Bedürfnisse des Fuß- und Radverkehrs eingegangen werden, statt nur einseitig den Autoverkehr zu bevorzugen.

Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der sich alle Menschen sicher fühlen und angstfrei bewegen können, besonders die Schwächeren, in der niemand den Drang hat, anderen etwas wegzunehmen, sie zu verletzen oder zu etwas gegen ihren Willen zu zwingen. Dem können wir uns annähern. Dazu wünschen wir uns eine Polizei, der wir wirklich vertrauen können und der wir gerne auf der Straße begegnen.

17. Kommunale Friedensarbeit in der Friedensstadt Mannheim

Friedenspolitische Gruppen setzen sich für die Freigabe des 210 Hektar großen Militärgeländes des Coleman-Areals in Mannheim-Sandhofen durch die US-Army ein. Die Fläche ist fünfmal so groß wie der Luisenpark. Das früher Coleman Barracks genannte Areal, heute Coleman Work Site, nutzt die US-Armee zur Wartung von Militärfahrzeugen, darunter auch Panzer und als logistisches Drehkreuz zur Versorgung der ukrainischen Armee. Das Militärgerät wird regelmäßig zu Militärübungen und -manövern nach Polen und in osteuropäische Nato-Länder transportiert. Der Förderverein für Frieden, Abrüstung und internationale Zusammenarbeit e.V. hat die Studie „Konversion der Coleman Barracks in Mannheim – Status – Potenziale Widerstände“ herausgegeben. Sie beschreibt die militärische Bedeutung von Coleman und welche Vorschläge vom Umweltforum in den letzten Jahren gemacht wurden, um das Gelände umwelt- und klimagerecht zu nutzen. Die Stadt muss Druck auf Land und Bund ausüben, damit die US Armee das Gelände freigibt.

DIE LINKE Mannheim unterstützt die Forderung aus der Friedensbewegung, den Militär- und Panzerstandort Mannheim-Sandhofen zu schließen. Mannheim darf nicht zur Drehscheibe für bestehende und zukünftige Kriege

werden. Stadt, Land und Bund sollen sich für die Freigabe des Coleman-Areals einsetzen.

DIE LINKE fordert:

- Das Coleman-Areal wird freigegeben und einer sinnvollen Stadtentwicklung zugeführt, wie sie in einem Bürgerbeteiligungsprozess zum Teil schon erarbeitet wurde.
- Keine Werbung der Bundeswehr an Schulen
- Keine Werbung der Bundeswehr für Kinder und Jugendliche bei öffentlichen Veranstaltungen wie z.B. Maimarkt oder Sport und Spiel am Wasserturm
- Förderung der Friedensbildung und -erziehung durch Nutzung des Angebots der Servicestelle Friedensbildung Baden-Württemberg für Lehrende

Die Stadt Mannheim unterhält Partnerschaften zu 11 Städten (darunter Haifa) und Freundschaftsverträge zu zweien (darunter El Viejo/Nicaragua). Mit der Stadt Hebron unterhält sie eine Verwaltungspartnerschaft zur Unterstützung der dortigen Abwasserwirtschaft. Diese Partnerschaft sollte zu einer Städtepartnerschaft ausgebaut werden. Eine Partnerschaft mit Haifa und Hebron wäre ein gutes Zeichen für eine friedliche Entwicklung in Israel/Palästina. Die seit 2022 offizielle ukrainische Partnerstadt Czernowitz, die zahlreiche ukrainische Flüchtlinge aufgenommen hat, muss sich weiterhin auf humanitäre und

technische Unterstützung der Stadt Mannheim verlassen können.

DIE LINKE unterstützt auch die Netzbildung zwischen Kommunen auf europäischer Ebene und auf Ebene der Vereinten Nationen. DIE LINKE unterstützt die Mitgliedschaft des Mannheimer Oberbürgermeisters bei der Nichtregierungsorganisation Mayors for Peace (Bürgermeister*innen für den Frieden), die sich für weltweite atomare Abrüstung einsetzt. Diesem Ziel dient der ICAN-Appell, den

der Mannheimer Gemeinderat am 21. Juli 2020 beschlossen hat. Er fordert die Bundesregierung auf, dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten. Gemeinderät*innen und OB sind aufgefordert, sich als Kommune für atomare Abrüstung einzusetzen.



18. Ausreichende Finanzierung und öffentliches Vermögen erhalten!

Grundlage der kommunalen Finanzen sind die Einnahmen aus Steuern, Zuweisungen und Erstattungen für Transferleistungen. Jedoch nur etwa ein Drittel der Einnahmen können von der Kommune selbst gesteuert werden, im Wesentlichen die Gewerbe- und Grundsteuer (Realsteuern). Die Hebesätze dieser Steuern könnten bei sich ändernden Mehrheitsverhältnissen im Gemeinderat wieder Streitpunkt bei den Haushaltsberatungen werden.

Keine Senkung der Gewerbe- und Grundsteuern

DIE LINKE fordert mindestens die Beibehaltung in bisheriger Höhe. Eine Senkung der Realsteuern wie durch die konservative Mehrheit im Jahr 2000 darf es nicht wieder geben.

Erst nach zwölf Jahren wurde dieser Fehler nach Forderung und mit Hilfe der LINKEN wieder korrigiert. Mannheim braucht sowohl für die erforderlichen umfangreichen Investitionen als auch beispielsweise für die soziale Sicherung ausreichende Einnahmen. Bei einer Steuersenkung würden der Stadt finanzielle Mittel für wichtige Investitionen fehlen.

Zusätzlich zu den Grundsteuern A und B muss die Stadt, sobald dies vom Gesetzgeber ermöglicht wird, die Grundsteuer

C eingeführt werden. Diese Steuer wird auf baureife, aber noch nicht bebaute Grundstücke erhoben (Baulandmobilisierung). Dadurch soll der Druck auf die Grundstücksbesitzer*innen erhöht werden, ihrer Eigentumsverpflichtung nachzukommen und das Grundstück zu bebauen, um bspw. dringend benötigten neuen Wohnraum zu schaffen. Die Einnahmen dieser Steuer kommen dem städtischen Haushalt zugute und könnten bspw. zweckgebunden für den Bodenfonds verwendet werden.

DIE LINKE wird an der 2024 eingeführten Beherbergungssteuer, umgangssprachlich auch Bettensteuer genannt, festhalten. Die Steuersatz von aktuell 3,5 % muss mittelfristig auf 5 % erhöht werden, wie es in den meisten anderen deutschen Großstädten üblich ist. Um einen direkten Bezug zu Hotelübernachtungen herzustellen, sollten die Einnahmen aus dieser Steuer von der Stadt für kulturelle Zwecke oder das öffentliche Mobilitätsangebot verwendet werden.

Unter dem Kampfbegriff „Generationengerechtigkeit“ und der neoliberalen Doktrin von der zu senkenden Staatsquote folgend hat eine Mehrheit des Gemeinderates 2009 ein Netto-Neuverschuldungsverbot in die Hauptsatzung geschrieben. Diese Form der „Generationengerechtigkeit“ ist irreführend: Zukünftigen Generationen werden eine verminderte kommunale

Verschuldung und damit geringere Schuldendienste versprochen. Auf der anderen Seite dürfen sich nach dieser Logik künftige Generationen dann aber auch über eine weiter verfallende, energieineffiziente und immer aufwändiger zu sanierende Infrastruktur „freuen“, etwa marode Schulen, zu geringen öffentlichen Wohnungsbau, verfallende Straßen und Brücken oder nicht getätigte Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen. Der Sanierungs- und Investitionsstau ist kalte Verschuldung und keineswegs „generationengerecht“.

DIE LINKE fordert:

- Der Hebesatz der Gewerbesteuer wird mindestens in bisheriger Höhe beibehalten.
- Die Höhe der Grundsteuern A und B wird beibehalten.
- Die Einführung der Grundsteuer C, sobald dies möglich ist.
- An der Beherbergungssteuer wird festgehalten und sie wird auf 5 % erhöht. Die Einnahmen hieraus kommen der Kultur und öffentlicher Mobilität zugute.
- Das Netto-Neuverschuldungsverbot muss gekippt werden.
- Stärkung der kommunalen Finanzierung über Bund und Länder, insbesondere zur Bewältigung besonderer gesamtgesellschaftlicher Aufgaben

Öffentlich vor privat – Kein Ausverkauf städtischer Töchter, keine PPP

Ohnehin hat das Netto-Neuverschuldungsverbot für die Gesamtstadt noch zu keiner Zeit funktioniert. Die Verschuldung wird allenfalls verlagert: Eine mittlerweile stattliche Zahl privatrechtlich organisierter städtischer Töchter übernimmt einen zunehmenden Teil kommunaler Investitionen und verschuldet sich dabei bei den Banken; die Stadt übernimmt Bürgschaften. Der Gemeinderat kontrolliert diese Gesellschaften lediglich über nichtöffentliche Aufsichtsräte - darunter leidet die Transparenz.

DIE LINKE fordert, diese Städtischen GmbHs zu 100 % in kommunaler

Trägerschaft zu halten: keinen Ausverkauf bzw. Privatisierung solcher Gesellschaften, auch nicht schleichend durch Beteiligung von privatem Kapital, welches dann auch die Kontrolle übernimmt! Die immer wieder von marktliberaler Seite geforderten PPP- bzw. ÖPP-Projekte (öffentlich- private Partnerschaft) lehnt DIE LINKE ab. Sie dienen ausschließlich der Gewinnmaximierung privater Anleger.

Das Gebäude der Abendakademie ist ein desaströses Beispiel solcher ÖPP, das die Stadt über unnötig hohe Betriebskostenzuschüsse teuer zu stehen kommt. Öffentlich vor privat! Das gilt auch und insbesondere für Klinikum, GBG und MWSP.

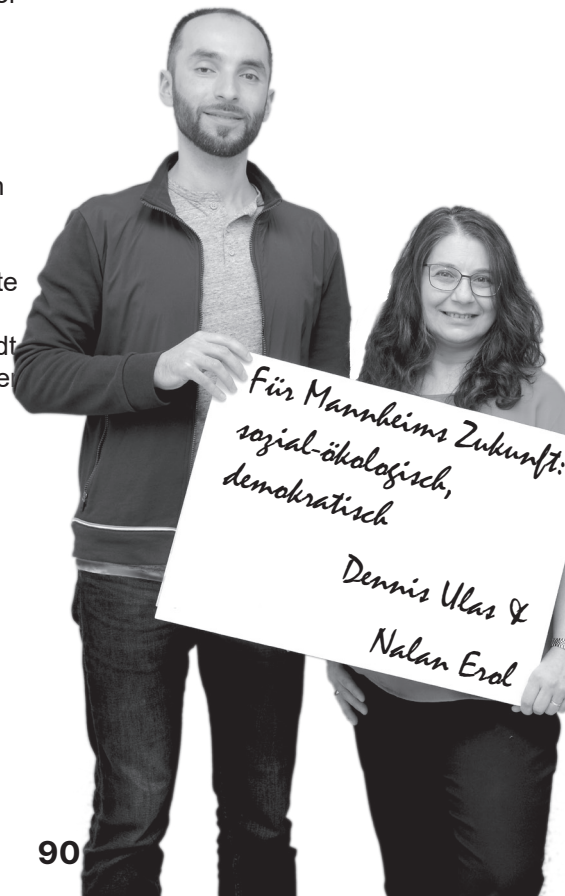
Gegen Bodenspekulation

Das private Eigentum an Grund und Boden entscheidet über die Nutzungsmöglichkeiten und verschafft dem Boden die Eigenschaft von Waren einschließlich der Möglichkeit von Spekulation. DIE LINKE tritt dafür ein, möglichst viel Grund und Boden in kommunalem Eigentum zu belassen. Dies gilt ganz besonders für Grundstücke, die zum Wohnungsbau geeignet sind. Die Stadt muss hier, statt Flächen zu verkaufen, nach Möglichkeit Flächen und Wohngebäude aus privatem Eigentum zurückkaufen und sie so der Spekulation entziehen. Die Bodenspekulation ist ein Grundübel sowohl in der Wohnungswirtschaft als auch für Gewerbeflächen. In der Innenstadt führt sie zu fortschreitender Verödung im Einzelhandel. Boden ist nicht vermehrbar und muss der sozialen und öffentlichen Bodennutzung vorbehalten bleiben. Kommunen brauchen vermehrte Vorkaufsrechte und die Stadt muss dieses auch wahrnehmen. Bisher nutzt die Stadt den Verkauf auch von Grundstücken die für die soziale Bodennutzung wichtig sind, um außerordentliche Erträge zu erzielen, mit denen der Haushalt stabilisiert wird. Dieses Verfahren ist nicht zukunftsfähig im Sinne einer sozialen Stadt. Mit einer Grundstücksstrategie, die den Ankauf und die Mehrung von mehr Grundstücken durch die Stadt vorsieht (Bodenfonds), kann langfristig preiswerter Wohnraum

gesichert und neu geschaffen werden sowie die Stadtentwicklung demokratisch mitbestimmt werden.

DIE LINKE fordert:

- Städtische GmbHs bleiben zu 100 % in kommunaler Hand. Die MVV wird als echte Stadtwerke rekommunalisiert.
- Die Stadt und ihre Gesellschaften verzichten vollständig auf PPP-Projekte.
- Grund und Boden bleiben so weitgehend wie möglich in kommunalem Eigentum und werden durch Zukauf von Grundstücken und Immobilien erweitert (Bodenfonds), um sie der Spekulation zu entziehen.



**Am 09. Juni 2024
DIE LINKE wählen**

